X. Steuern und Regalien.

A. Steuern.

1. Direkte Steuern und Zuschläge, Gemeindeumlagen auf den Mietzins (Zins-, Schul- und Einquartierungsheller):

a) Im allgemeinen.

1. Ausmaß der direkten Steuern und Zuschläge, dann der Gemeindeumlagen auf den Mietzins . . . . . Seite 222—230

2. Stand der Steuerkonten . . . . . „ 230

b) Summarium der direkten Steuern samt Zuschlägen, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt, mit Einschluß der Zins- und Schulheller . . . . . „ 231—236

c) Grundsteuer . . . . . „ 237—238

d) Gebäudesteuern, Zins- und Schulheller . . . . . „ 239—246

e) Erwerbsteuer.

1. Allgemeine Erwerbsteuer . . . . . „ 247—253

2. Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen . . . . . „ 254—259

f) Rentensteuer . . . . . „ 260—262

g) Personal-Einkommensteuer . . . . . „ 263—273

h) Besoldungssteuer . . . . . „ 273—275

i) Bei den der Aufsicht der k. k. Finanz-Landesdirektion unterstehenden Kassen eingehobene, ferner an die k. k. Finanz-Landesdirektion überwiesene direkte Personalsteuern . . „ 275—276

k) Gemeindeumlagen auf den Mietzins . . . . . „ 276

l) Zur Einhebung der direkten Steuern . . . . . „ 276—278

2. Verbrauchssteuern . . . . . „ 279—284

3. Sonstige Steuern und Gebühren . . . . . „ 285—288

B. Regalien (Das Lottogefälle) . . . . . „ 289

X. Steuern und Regalien.[1])

A. Steuern.

1. Direkte Steuern und Zuschläge, Gemeindeumlagen auf den Mietzins (Zins-, Schul- und Einquartierungsheller).[2])

a) Im allgemeinen.

1. Ausmaß der direkten Steuern und Zuschläge, dann der Gemeindeumlagen auf den Mietzins.[2])

1. Das Ausmaß der Staatssteuern in den Jahren 1896—1900.

a) **Grundsteuer.** Mit der Kundmachung des k. k. Finanzministeriums vom 22. Juni 1883, R.-G.-Bl. Nr. 119, war das Grundsteuerprozent für die Periode vom 1. Jänner 1883 bis 31. Dezember 1895 für ganz Österreich mit 22.$_7$% des nach den Beschlüssen der Zentralkommission für die Grundsteuerregelung ermittelten Reinertrages festgesetzt worden. Dieser Prozentsatz gilt auch noch gegenwärtig, jedoch wurde der zu zahlende Steuerbetrag zweimal ermäßigt. Zunächst erfuhr die im Gesetze vom 7. Juni 1881, R.-G.-Bl. Nr. 49, mit 37.$_5$ Millionen Gulden festgesetzte Grundsteuer-Hauptsumme vom Beginn des Jahres 1897 ab eine Ermäßigung um 2.$_5$ Millionen, infolgedessen die Grundsteuer nicht mehr von dem ermittelten, sondern von einem um 6$^2/_3$% herabgesetzten Reinertrage vorgeschrieben wird. Sodann findet nach Art. VIII des Gesetzes vom 25. Oktober 1896, R.-G.-Bl. Nr. 220, betreffend die direkten Personalsteuern, an der vorgeschriebenen Grundsteuer und Gebäudesteuer, mit Ausnahme der 5%igen Steuer vom Ertrage steuerfreier Gebäude, vom 1. Jänner 1898 an ein Nachlaß von 10 Prozent ihres Betrages statt, ein Nachlaß, der sich nach Art. IX je nach dem Erträgnisse der direkten Personalsteuern bei der Grundsteuer auf 15%, bei der Gebäudesteuer auf 12$^1/_2$% erhöhen kann.[3]) Im Jahre 1898 hat eine solche Erhöhung nicht stattgefunden. Im Jahre 1899 betrug der Nachlaß bei der Grundsteuer 12·5%, bei der Hauszinssteuer 11·2%, im Jahre 1900 15%, beziehungsweise 12·5%.

b) **Gebäudesteuern.** Es sind drei Arten von Gebäudesteuern zu unterscheiden: Die Hauszinssteuer, die Steuer von den aus dem Titel der Bauführung die Befreiung von der Hauszinssteuer genießenden Gebäuden und Gebäudetheilen und die Hausklassensteuer.

Nach § 1 des Gesetzes vom 9. Februar 1882, R.-G.-Bl. Nr. 17, betreffend einige Abänderungen der Gebäudesteuergesetze, unterliegen der Hauszinssteuer alle Gebäude, a) welche in Orten gelegen sind, in denen sämtliche Gebäude oder wenigstens die Hälfte davon und außerdem die Hälfte der Wohnbestandteile einen Zinsertrag durch Vermietung abwerfen, oder b) welche, außerhalb dieser Orte gelegen, ganz oder teilweise durch Vermietung benützt werden. Von diesen letzteren unterliegen jedoch die nicht mehr als drei Wohnbestandteile enthaltenden und einer der drei untersten Klassen des Hausklassen-Steuertarifs eingereihten Gebäude, welche von dem Eigentümer bewohnt und nur zum Teile vermietet sind, ebenso wie alle übrigen Gebäude der Hausklassensteuer.

1. Das Ausmaß der Hauszinssteuer wurde in diesem Gesetze für die in einer Reihe von namentlich aufgezählten Städten und Orten gelegenen Gebäuden mit 26$^2/_3$%, für alle übrigen hauszinssteuerpflichtigen Gebäude mit 20% des nach Abzug der Erhaltungs- und Amortisationskosten ermittelten steuerbaren, reinen Zinsertrages festgestellt. Als solche Kosten können für Gebäude in den namentlich erwähnten Städten und Orten 15%[4]), für die sonstigen Gebäude 30% vom Bruttozinse abgezogen werden. Die 26$^2/_3$%ige Hauszinssteuer war außer im ehemaligen Gemeindegebiete noch in den ehemaligen Vororten: Gaudenzdorf, Ober- und Unter-Meidling des XII., Hietzing und Penzing des XIII. Gemeindebezirkes, ferner im ganzen XIV. und XV. Gemeindebezirke, dann in Neulerchenfeld des XVI., Hernals des XVII., Währing und Weinhaus des XVIII., Ober- und Unter-Döbling und Heiligenstadt des XIX Gemeindebezirkes, also in einem Gebiete zu entrichten, welches bei der Volkszählung zu Ende des Jahres 1890 375.567 = 71·6% der Bevölkerung der einverleibten Vororte umfaßte. Fast alle übrigen in den nunmehr mit Wien vereinigten Gemeinden und Gemeindeteilen gelegenen Gebäude waren mit der 20%igen Hauszinssteuer und nur wenige Gebäude des neuhinzugekommenen Teils des X. Gemeindebezirkes, ferner einzelne im XI. und XIII. Gemeindebezirke mit der Hausklassensteuer belegt. Nach den Gesetzen vom 9. Juli 1891, R.-G.-Bl. Nr. 97, und vom 5. Jänner 1896, R.-G.-Bl. Nr. 13, blieben die Gebäudesteuern für jene Gebäude der einverleibten Gebiete, die nicht bereits mit der 26$^2/_3$%igen Hauszinssteuer belegt waren, bis Ende 1897 unverändert. Vom Jahre 1898 angefangen hatte jedoch die Gleichstellung dieser Gebäude mit den der Zinssteuer von 26$^2/_3$% des steuerpflichtigen Zinses unterzogenen Gebäuden zu beginnen, und zwar in der Art, daß nach 15 Jahren die bis 1898 mit der 20%igen Zinssteuer, nach 20 Jahren die bis 1898 mit der Klassensteuer belegten Gebäude ebenfalls der

---

[1]) Die Militärtaxe siehe im nächsten Abschnitt. — [2]) Siehe die Bemerkung über die Gemeindeumlagen auf Seite 229. — [3]) Diese Nachlässe finden nur rücksichtlich der Realsteuer jener Länder statt, deren Landesgesetzgebung längstens mit Ablauf der ersten Landtagssession nach Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes, betreffend die direkten Personalsteuern, die Freilassung der durch d eses Gesetz eingeführten Personaleinkommensteuer von allen, der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen normiert (Art. XIII des Gesetzes vom 25. October 1896, R.-G.-Bl. Nr. 220). Dies ist für Niederösterreich mit Beschluß des Landtags vom 12. Februar 1898 (Landesgesetz vom 24. Juni 1898, L.-G.-Bl. Nr. 49) geschehen. — [4]) Ausgenommen Zara und Czernowitz (innere Stadt), wo 30% abgezogen werden können.

$26^2/_3\%$igen Hauszinssteuer unterliegen. Bei allen Gebäuden nämlich, die bis 1898 der Hauszinssteuer mit 20% des steuerpflichtigen Zinses unterzogen waren, ist die Hauszinssteuer 1898 mit $20^1/_2\%$, 1899 und 1900 mit 21%, 1901 mit $21^1/_2$, 1902 und 1903 mit 22, 1904 bis einschließlich 1911 mit je $^1/_2\%$ und 1912 mit $^2/_3\%$ höher zu berechnen, so daß in diesem Jahre der Prozentsatz $26^2/_3$ beträgt; die Erhaltungs- und Amortisationskosten sind 1898 mit 29%, 1899 mit 28% u. s. w. jährlich mit 1% geringer zu veranschlagen, so daß sie 1912 15% ausmachen. Bei jenen Gebäuden, welche bis 1898 noch der Hausklassensteuer unterlagen, ist während der 20jährigen Übergangsperiode als Hauszinssteuer vorzuschreiben: Der jeweilig nach der Anzahl der Wohnbestandteile nach dem Hausklassensteuertarife entfallende Betrag, ferner von jenem Betrage, um welchen die jeweilig mit $26^2/_3\%$ des steuerpflichtigen Zinsertrages entfallende Hauszinssteuer den vorerwähnten Betrag übersteigt, im Jahre 1898 ein Zwanzigstel, in jedem der folgenden Jahre ein weiteres Zwanzigstel. Beträgt jedoch die mit $26^2/_3\%$ des steuerpflichtigen Zinsertrages entfallende Zinssteuer weniger als die jeweilig entfallende Hausklassensteuer, so ist nur erstere vorzuschreiben. — Daß seit 1. Jänner 1898 von der Hauszinssteuer Nachlässe in der Höhe von 10—$12^1/_2\%$ gewährt werden (1898: 10%, 1899: 11·2%, 1900: 12·5%), wurde schon oben (bei der Grundsteuer) erwähnt.

2. Nach dem Gesetze vom 9. Februar 1882, R.-G.-Bl. Nr. 17, sind bei Gebäuden, welche im ganzen oder teilweise aus dem Titel der Bauführung die Befreiung von der Hauszinssteuer genießen, 5% des aus diesen Gebäuden erzielten Reinertrages als Gebäudesteuer zu entrichten.[1]) Als Reinerträgnis ist jener Betrag anzusehen, welcher sich ergibt, wenn man von dem ganzjährigen Bruttozinsertrage die auf die Erhaltung des Gebäudes gesetzlich zugestandenen Prozente in Abzug bringt.[2]) In allen übrigen Beziehungen ist diese Steuer der Hauszinssteuer gleichgestellt. Bei Feststellung der Bemessungsgrundlage dieser 5%igen Steuer sind in jenen Gebietsteilen Wiens, für welche zum Zwecke der Gleichstellung der dort gelegenen Gebäude hinsichtlich der Gebäudesteuer-Veranlagung mit den bereits früher der $26^2/_3\%$igen Hauszinssteuer unterzogenen Gebäuden durch die obenerwähnten Gesetze aus den Jahren 1891 und 1896 Übergangsbestimmungen getroffen wurden, die Erhaltungskosten in den in die Übergangsperiode fallenden Jahren so festgesetzt, daß sie 1898 29%, 1899 28% u. s. w. jährlich um 1% weniger ausmachen, bis sie 1912 15% betragen.

Die Befreiung von der Hauszinssteuer (und Hausklassensteuer) aus dem Titel der Bauführung findet gegenwärtig in der Regel nach dem Gesetze vom 25. März 1880, R.-G.-Bl. Nr. 39, statt. Sie wird gewährt, wenn ein Gebäude auf früher unverbautem Grunde neu hergestellt wird (Neubau), ein bestehendes Gebäude bis an die Erdoberfläche niedergerissen und von da an neu aufgebaut wird (Umbau), ein bestehendes Gebäude durch einen Bau auf früher unverbauter Fläche oder durch den Aufbau eines früher nicht bestandenen Stockwerkes in der Art vergrößert wird, daß ein neues steuerbares Objekt entsteht (Zu- oder Aufbau), oder ganze, zur selbständigen Benützung geeignete Teile eines Gebäudes bis an die Erdoberfläche niedergerissen oder einzelne Stockwerke in ihrem ganzen Umfange abgetragen und neu erbaut werden (teilweiser Umbau). In allen diesen Fällen ist die Dauer der Steuerbefreiung auf 12 Jahre vom Zeitpunkte der behördlich bewilligten oder früheren tatsächlichen Benützung festgesetzt; sie erstreckt sich in den Fällen von Zu- oder Aufbauten und von teilweisen Umbauten nur auf jenen Teil der Steuer, welcher auf die neu hergestellten Objekte entfällt. Diese Befreiung von der Hauszinssteuer begründet keinen Anspruch auf eine Befreiung von anderen öffentlichen Lasten, welche die Hausbesitzer rücksichtlich ihres Hausbesitzes zu tragen haben; es sind also die Landes- und Gemeinde-Zuschläge ꝛc. in derselben Höhe zu entrichten, in welcher sie zu leisten wären, wenn die Befreiung von der Hauszinssteuer nicht stattfände.

Eine länger währende und ausgiebigere Steuerbefreiung findet gegenwärtig nach dem Gesetze vom 9. Februar 1892, R.-G.-Bl. Nr. 37, unter bestimmten Voraussetzungen[3]) für solche Wohngebäude statt, welche zu dem Zwecke erbaut werden, um ausschließlich an Arbeiter vermietet zu werden und denselben gesunde und billige Wohnungen zu bieten, und zwar wenn solche: a) von Gemeinden, gemeinnützigen Vereinen und Anstalten für Arbeiter; b) von aus Arbeitern gebildeten Genossenschaften für ihre Mitglieder; c) von Arbeitgebern für ihre Arbeiter errichtet werden. Die Steuerfreiheit erstreckt sich nicht bloß auf die Hauszinssteuer, sondern auch auf die 5%ige Steuer vom Reinertrage der aus dem Titel der Bauführung die Befreiung von der Hauszinssteuer genießenden Gebäude und währt 24 Jahre, vom Zeitpunkte der Vollendung des Gebäudes an gerechnet. Nach dem n.-ö. Landesgesetze vom 31. Juli 1892, L.-G.-Bl. Nr. 54, sind diese Neubauten auch von der Entrichtung aller Landeszuschläge, sowie von der Hälfte der Gemeindezuschläge zu den genannten Staatssteuern befreit. Bis Ende 1900 wurde jedoch in Wien bloß für sechs Gebäude diese Steuerfreiheit erworben.

---

[1]) Die auf Grund des Reichsgesetzes vom 9. Februar 1892, R.-G.-Bl. Nr. 37, betreffend Steuerbegünstigungen für Neubauten mit Arbeiterwohnungen, steuerfreien Wohngebäude sind auch von dieser 5%igen Steuer befreit. Siehe über dieses Gesetz den Text am Schlusse dieser Seite. — [2]) Über die Höhe dieser Prozente siehe auf der vorhergehenden Seite. Die im 2. Absatze des § 7 des Gesetzes enthaltene Bestimmung, daß zur Ermittlung des der 5%igen Steuer unterliegenden Reinertrages ganz hauszinssteuerfreier Gebäude überdies noch die erweislich im Steuerjahre fällig werdenden Zinsen von den auf dem steuerpflichtigen Objekte versicherten Kapitalien in Abzug zu bringen sind, ist mit 1. Jänner 1898 außer Wirksamkeit getreten. — [3]) Diese Voraussetzungen sind: 1. die Gebäude dürfen keine Wohnungen enthalten, deren Fußboden unter der Straßenoberfläche liegt; 2. der bewohnbare Raum einer einzelnen Wohnung darf, wenn dieselbe nur ein einziges Gelaß enthält, nicht weniger als 15 und nicht mehr als 30 m², bei Wohnungen, welche aus mehreren Räumen bestehen, nicht weniger als 40 und nicht mehr als 75 m² betragen. (Die Erbauer können aber von diesen beiden Bedingungen ganz oder teilweise entbunden werden, wenn der zweckentsprechende und gemeinnützige Charakter der Bauführung in anderer Weise sichergestellt ist); 3. der jährliche Mietzins für 1 m² bewohnbaren Raumes darf in Wien höchstens 3 K 50 h ö. W. betragen; 4. die Bauten müssen bis zum Ablaufe des zehnten Jahres nach Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes fertiggestellt sein und 5. muß die Landesgesetzgebung auch die Befreiung von allen Landes- und Bezirkszuschlägen, sowie eine Ermäßigung der Gemeindezuschläge (die Ermäßigung der Gemeindezuschläge wurde auf die Hälfte zugestanden) zu den genannten Staatssteuern für die ganze Dauer der staatlichen Steuerbefreiung gewähren. In gewissen Fällen erlöschen die durch das Gesetz gewährten Begünstigungen.

Weitergehende Steuerbefreiungen können derzeit aber auch, allein nur in Wien und bloß für nach ihrer Lage genau bezeichnete Gebäude, auf Grund der kais. Entschließungen vom 14. Mai 1859 und 25. März 1864, dann auf Grund des Reichsgesetzes vom 5. April 1893, R.-G.-Bl. Nr. 54, und der kaiserlichen Verordnung vom 21. August 1899, R.-G.-Bl. Nr. 167, erlangt werden.

Durch die kais. Entschließung vom 14. Mai 1859 (Statth.-Kundm. vom 27. Mai 1859, L.-G.-Bl. Nr. 5, II. Abt. ex 1859) wurde u. a. für Neubauten, welche auf den dem Baufonds für die Stadterweiterung gehörigen Gründen binnen fünf Jahren nach Festsetzung des Stadterweiterungsplanes und erfolgter Ausbietung dieser Gründe planmäßig vollendet und benützbar gemacht werden, eine Befreiung von den landesfürstlichen Steuern und von allen, nach dem Maßstabe derselben umgelegten Landes- und Gemeindeabgaben durch 30 Jahre und für Neubauten, welche ebenso innerhalb zehn Jahren vollendet werden, durch 25 Jahre zugestanden. Die Befreiung von den Gemeindeumlagen wurde jedoch später mit der kais. Entschließung vom 27. Februar 1861 auf 10 Jahre herabgesetzt und mit der kais. Entschließung vom 25. März 1864 angeordnet, daß die Steuerbefreiung für jene Gebäude von dem Tage an zu berechnen sei, an welchem der betreffende Bauplatz zum Verkauf ausgeboten worden ist.

Das seit Einverleibung der Vororte erflossene Gesetz vom 5. April 1893, R.-G.-Bl. Nr. 54, setzt für 1263 nach Straße und Orientierungs-Nummer bestimmte Gebäude, welche innerhalb der Straßenregulierungslinien an Stelle bestandener, jedoch bis an die Erdoberfläche niedergerissener Gebäude neu aufgebaut werden, die Dauer der auf Grund des bereits erwähnten Gesetzes vom 25. März 1880 eintretenden Befreiung von der Hauszinssteuer hinsichtlich jenes Teils des Gebäudes, der sich innerhalb 25 Meter von der Straßenregulierungslinie befindet, auf 18 Jahre unter der Bedingung fest, daß diese Umbauten innerhalb 10 Jahre, vom Beginn der Wirksamkeit des Gesetzes an gerechnet, in Angriff genommen und gänzlich vollendet und benützbar hergestellt werden, und daß ihnen auf Grund eines Landesgesetzes auch der Anspruch auf die gleich lang dauernde Befreiung von den Landes- und Gemeindezuschlägen zu der Hauszinssteuer zuerkannt wird. Letzteres geschah durch das Landesgesetz vom 5. April 1893, L.-G.-Bl. Nr. 16.

Durch die kais. Verordnung vom 21. August 1899, R.-G.-Bl. Nr. 167, wurde für die Neubauten auf den ärarischen Gründen der Kaiser Franz Josefs-Kaserne in Wien und auf einigen der Gemeinde Wien gehörigen Parzellen im III. und IV. Gemeindebezirke von Wien die Dauer der Befreiung von der Hauszinssteuer auf 30, bzw. 25 Jahre ausgedehnt, wenn diese Neubauten binnen 10, bzw. 20 Jahren nach erfolgter Ausbietung der Gründe planmäßig vollendet und benützbar gemacht werden unter der Voraussetzung, daß diesen Neubauten durch ein Landesgesetz auch der Anspruch auf eine gleich lang dauernde Befreiung von den Landeszuschlägen und auf eine zehnjährige Befreiung von den Gemeindezuschlägen eingeräumt wird. Dies geschah durch das Landesgesetz vom 5. Oktober 1899, L.-G.-Bl. Nr. 67.

Außer den bisher erwähnten Normen, auf Grund deren noch gegenwärtig Steuerbefreiungen für Bauten erworben werden können, sind noch jene beiden Gesetze anzuführen, auf Grund deren seinerzeit Steuerbefreiungen erworben wurden, die noch auf die Steuerveranlagung während des in diesem Jahrbuche behandelten Zeitraumes (1896—1900) ihren Einfluß geltend machen. Es sind dies die allgemeinen Gesetze vom 18. März 1874, R.-G.-Bl. Nr. 18, und vom 15. März 1876, R.-G.-Bl. Nr. 31.

Mit beiden wurde für Neubauten, gänzliche Umbauten, dann für Zu- und Aufbauten, die nach Eintritt des Jahres 1874 begonnen wurden, eine Befreiung von der Gebäudesteuer samt allen Staatszuschlägen gewährt, und zwar mit ersterem in der Dauer von 25, mit letzterem in der Dauer von 20 Jahren unter der Bedingung, daß diese Bauten bis Ende 1876, beziehungsweise 1877 und 1878 planmäßig vollendet und benützbar gemacht wurden.

3. Die dritte Art der Gebäudesteuern ist die Hausklassensteuer. Welche Gebäude ihr unterliegen, ist schon oben (auf Seite 222) gesagt, und auch bereits erwähnt worden, daß mit dem Jahre 1898 diese Steuer in Wien nicht mehr vorgeschrieben wird und in welcher Weise sich der Übergang von der Besteuerung mit dieser Steuer zu dem mit der Hauszinssteuer vollzieht. Das Ausmaß der Hausklassensteuer richtet sich nach der Anzahl der Wohnbestandteile in den zu besteuernden Gebäuden und ist in einem Tarif festgesetzt. —

Die Einzahlungstermine für die Realsteuern sind in ganz Niederösterreich der 1. Februar, 1. Mai, 1. August und 1. November. —

Mit dem Gesetze vom 25. Oktober 1896, R.-G.-Bl. Nr. 220, betreffend die direkten Personalsteuern, das mit 1. Jänner 1898 in Wirksamkeit trat, wurde die bisherige Einkommensteuer [1]) aufgehoben, die Erwerbsteuer [2]) neu geregelt und eine Rentensteuer, sowie eine Personaleinkommensteuer und eine Besoldungssteuer von höheren Dienstbezügen eingeführt.

c) **Erwerbsteuer.** Die neue Erwerbsteuer zerfällt in zwei Gattungen, in die allgemeine Erwerbsteuer und in die Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen.

---

[1]) Die bisherige Einkommensteuer (Patent vom 29. Oktober 1849, R.-G.-Bl. Nr. 439, war von drei Arten des Einkommens zu entrichten, und zwar 1. von dem Einkommen von den der Erwerbsteuer unterworfenen Erwerbsgattungen, wozu ferner das Einkommen vom Berg- und Hüttenbetriebe und der Gewinn, den die Pächter von Pachtungen bezogen, zu rechnen war; 2. von dem Einkommen, das als Entgelt für solche Arbeiten oder Dienstleistungen, die der Erwerbsteuer nicht unterlagen, unmittelbar von dem Arbeitenden oder Dienstleistenden, während der Dauer oder nach dem Aufhören der Beschäftigung oder Dienstleistung, oder von den Angehörigen desselben bezogen wurde; 3. von den Zinsen von Darlehen oder anderen stehenden Schuldforderungen, den Leibrenten oder anderen den Zinsgenuß von einem Kapitale vertretenden Renten, soweit letztere nicht unter 2. inbegriffen waren. — [2]) Die alte Erwerbsteuer von 1812, die bis 1898 in Geltung war, war eine Tarifsteuer. Die Erwerbsarten waren nach vier Hauptgruppen und innerhalb dieser nach Klassen gegliedert; als Steuer war ein tarifmäßiges Ordinarium und 70 oder 100% des Ordinariums als Extraordinarium zu entrichten. Dazu kam die alte Einkommensteuer I. Klasse, von welcher das Einkommen von den der Erwerbsteuer unterworfenen Erwerbsgattungen betroffen wurde.

1. Der allgemeinen Erwerbsteuer unterliegt jeder, der in Österreich eine Erwerbsunternehmung betreibt oder eine auf Gewinn gerichtete Beschäftigung ausübt (§ 1), jedoch mit Ausnahme der Unternehmungen mit öffentlicher Rechnungslegung, der Beschäftigungen, welche im Dienstverhältnisse gegen Sold oder Lohn ausgeübt werden, des Betriebes der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich des Gartenbaues, der Jagd und Fischerei, [1]) endlich gewisser kleinerer Betriebe und Nebenbeschäftigungen, die im § 3 des Gesetzes aufgezählt sind (§§ 2 und 3). An allgemeiner Erwerbsteuer ist, abgesehen von der Steuerleistung der in den §§ 78, 81 und 82 bezeichneten Hausier- und Wandergewerbe, alljährlich eine auf die einzelnen Steuerpflichtigen aufzuteilende Hauptsumme aufzubringen. Diese ist für die erste Veranlagungsperiode [2]) (1898 und 1899) mit einem Betrage von 17,732.000 fl. [3]) festgesetzt worden und erhöht sich für jede folgende Veranlagungsperiode (vorbehaltlich einer neuen gesetzlichen Regelung) um je 2·4% (§ 11) [4]). Die allgemeine Erwerbsteuer ist eine Repartitionssteuer. Innerhalb des einzelnen Veranlagungsbezirkes erfolgt zunächst nach den vier Steuerklassen die Bezirks-Einzelrepartition. In die erste Klasse gehören die Steuerpflichtigen, denen mehr als 2000 K, in die zweite jene, denen mehr als 300 K, aber nicht mehr als 2000 K, in die dritte jene, denen mehr als 60 K, aber nicht mehr als 300 K, in die vierte jene, denen nicht mehr als 60 K an jährlicher Steuerschuldigkeit vorgeschrieben ist. (§ 12.) Für die erste und zweite Klasse bilden in der Regel die Handelskammerbezirke, für die dritte und vierte Klasse in der Regel die Städte und Industrieorte mit mehr als 20.000 Einwohnern (ausschließlich des Militärs) und die politischen Bezirke Veranlagungsbezirke (§ 13). [5]) Die Angehörigen jeder Erwerbsteuerklasse bilden in jedem Veranlagungsbezirke eine Steuergesellschaft (§ 14); die Einreihung in die Steuergesellschaften erfolgt durch die Steuerbehörden I. Instanz (§ 15). Für jede Steuergesellschaft wird eine Erwerbsteuer-Kommission gebildet, welche aus einem Vorsitzenden und einer durch den Finanzminister zu bestimmenden Anzahl von Mitgliedern besteht. Dieser ernennt den Vorsitzenden und die Hälfte der Mitgliederzahl, die andere Hälfte wird von den Angehörigen der Steuergesellschaft aus ihrer Mitte gewählt (§ 16). Außerdem gibt es für jedes Land eine Erwerbsteuer-Landeskommission, welche in Niederösterreich aus einem Vorsitzenden und 15 Mitgliedern besteht; der Vorsitzende und 6 Mitglieder werden vom Finanzminister ernannt, 6 Mitglieder vom Landtage und 3 von der Wiener Handels- und Gewerbekammer gewählt. Der Landeskommission steht die Entscheidung über die gegen die Bemessung des Steuersatzes, sowie über die gegen die Erteilung oder Verweigerung von Steuerbefreiungen erhobenen Berufungen, ferner die Erstattung von Gutachten und Anträgen an die Kontingentkommission in bezug auf die Feststellung, beziehungsweise Richtigstellung der Gesellschaftskontingente zu (§ 19).

Die Veranlagung der Steuer erfolgt im Wege der Repartition des auf jede Steuergesellschaft entfallenden Teiles der Erwerbsteuerhauptsumme (Gesellschaftskontingentes) auf die erwerbsteuerpflichtigen Angehörigen der Steuergesellschaft (§ 31). Zur Feststellung des Verhältnisses, in welchem diese Aufteilung erfolgen soll, weist die Erwerbsteuer-Kommission jedem Steuerpflichtigen von den in einem Schema, das einen Bestandteil des Gesetzes bildet, enthaltenen Steuersätzen [6]) denjenigen Steuersatz zu, welcher nach ihrem Ermessen der mittleren Ertragsfähigkeit seines Gewerbes oder seiner Beschäftigung im Verhältnisse zur mittleren Ertragsfähigkeit der Gewerbe und Beschäftigungen der anderen Steuerpflichtigen der Steuergesellschaft am besten entspricht (§ 32). Die mittlere Ertragsfähigkeit ist von der Kommission in freier Würdigung aller erhobenen und ihr sonst bekannten maßgebenden Verhältnisse zu beurteilen (§ 33). Die Erwerbsteuer wird in derjenigen Steuergemeinde vorgeschrieben, in welcher die Unternehmung oder Beschäftigung betrieben wird (§ 38). Über die für die Bemessung maßgebenden Umstände hat jeder Steuerpflichtige vor Beginn jeder Veranlagungsperiode eine „Erklärung" abzugeben (§ 39), welche an den Vorsitzenden der Kommission gelangt, dem es obliegt, die Steuerbemessung durch Prüfung dieser Erklärungen und Einholung von Nachrichten über die für die Bemessung erheblichen Umstände vorzubereiten (§ 43). Die sodann von der Kommission beschlossenen Steuersätze werden der Steuerbehörde erster Instanz zur Feststellung der im Wege der Repartition des Gesellschaftskontingentes auf die einzelnen Steuerpflichtigen entfallenden Steuerbeträge mitgeteilt (§ 47). Diese Repartition erfolgt alljährlich nach Verhältnis der den einzelnen Steuerpflichtigen von der Erwerbsteuer-Kommission zugemessenen Steuersätze (§ 51). Die Feststellung der Gesellschaftskontingente in den einzelnen Veranlagungs-Perioden und die jährliche Repartition des Gesellschaftskontingentes auf die einzelnen Steuerpflichtigen finden nach den Bestimmungen der §§ 48—50, bzw. §§ 51 und 52 statt.

Die Vornahme von Änderungen im Verhältnisse der von den einzelnen Steuergesellschaften aufzubringenden Gesellschaftskontingente ist der Kontingent-Kommission vorbehalten, welche vorher die diesbezüglichen Anträge der Erwerbsteuer-Landeskommission einzuholen hat. Die Kontingent-Kommission tritt unter dem Vorsitze des Finanzministers oder seines Stellvertreters zusammen. Sie

[1]) In dieser Befreiung ist aber nicht inbegriffen: Die Jagd auf fremdem Grunde, die Fischerei im Freien und in gepachteten, sowie in öffentlichen Gewässern, die Seefischerei, der Erwerb aus der Pachtung von Grundstücken oder Wirtschaften, es sei denn, daß der Pächter und seine Familie sie, wenn auch mit zeitweiliger und ausnahmsweiser Zuziehung von Mitarbeitern, selbst bearbeitet, endlich die Kunst- und Handelsgärtnerei. — [2]) Eine Veranlagungsperiode umfaßt in der Regel 2 Jahre. — [3]) Dieser Betrag, der übrigens zufolge der Verordnung des k. k. Finanzministeriums vom 28. Juni 1899 auf 17,457.440 fl. herabgesetzt wurde, enthält nach Art. VIII gegenüber dem Eingange an der früheren Erwerbsteuer, nebst der früheren Einkommensteuer I., beziehungsweise II. Klasse (bei jenen Beschäftigungen, die früher nur der Einkommen-, nicht aber auch der Erwerbsteuer unterworfen waren, gegenwärtig aber der allgemeinen Erwerbsteuer unterliegen) einen Nachlaß. — [4]) Es werden jedoch von der Hauptsumme jene Beträge abgeschrieben, welche solchen Unternehmungen vorgeschrieben waren, die während der letzten Veranlagungsperiode in Aktiengesellschaften verwandelt oder in anderer Weise der Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen unterzogen wurden. — [5]) Für die I. Klasse bildet ganz Niederösterreich mit Einschluß von Wien einen Veranlagungsbezirk. Für die II. Klasse wurden für Wien allein fünf solche Bezirke gebildet, und zwar: 1. Innere Stadt; 2. Leopoldstadt und Brigittenau; 3. der III. bis V., X. und XI. Gemeindebezirk; 4. der VI. bis IX. und 5. der XII. bis XIX. Gemeindebezirk. Für die III. und IV. Klasse bestehen 15 Veranlagungsbezirke, indem für die Leopoldstadt samt der Brigittenau 2, für die Gemeindebezirke I, IV, V, VI, VII, X, XVI und XVII je ein und für die Gemeindebezirke III und XI, dann VIII und IX, XII und XIII, XIV und XV, XVIII und XIX, also für je zwei Gemeindebezirke je ein Veranlagungsbezirk gebildet wurde. — [6]) Diese Steuersätze sind aus den Tabellen auf Seite 247 ff. zu entnehmen; von 2600 K ab steigt der Steuersatz um je 400 K.

besteht außer dem Vorsitzenden aus 26 Mitgliedern, von welchen die Hälfte durch den Finanzminister ernannt, die andere Hälfte von der Erwerbsteuer-Landeskommission, und zwar von jenen Mitgliedern derselben, die von den Landtagen und den Handels- und Gewerbekammern entsendet sind, aus dem Kreise der Erwerbsteuerpflichtigen gewählt werden (§ 53). Die Kontingent-Kommission zieht vor Ablauf jeder Veranlagungsperiode in Erwägung, ob mit Rücksicht auf die über die verhältnismäßige Steuerbelastung der verschiedenen Steuergesellschaften gemachten Wahrnehmungen, sowie mit Rücksicht auf allfällige seit der letzten Steuerbemessung eingetretene Verschiebungen der Steuerkraft Änderungen in der Aufteilung der gesetzlichen Erwerbsteuer-Hauptsumme auf die einzelnen Steuergesellschaften behufs Herbeiführung einer gleichmäßigen Besteuerung derselben geboten erscheinen, und faßt darüber Beschluß (§ 55).

Jenen, welche eine steuerpflichtige Unternehmung oder Beschäftigung beginnen oder eine neue Betriebsstätte eröffnen, wird bis zu ihrer Einreihung in eine Steuergesellschaft der Steuersatz von der Steuerbehörde I. Instanz bemessen (§ 66). Die allgemeine Erwerbsteuer zerfällt infolgedessen in die kontingentierte, das ist jene Erwerbsteuer, welche den Mitgliedern der Steuergesellschaften von den Erwerbsteuer-Kommissionen bemessen wird und in die nicht kontingentierte, das ist jene, welche den neu angemeldeten Steuerträgern bis zu ihrer Einreihung in eine Steuergesellschaft von den Steuerbehörden I. Instanz bemessen wird, wozu auch die Nachtragsbemessungen in den Fällen des unangemeldeten Betriebes, dann die Nachtragsvorschreibungen bei Straferkenntnissen wegen Steuerhinterziehung gehören. (Siehe auch diesbezüglich die folgenden Bemerkungen über Hausier- und Wandergewerbe).

Die allgemeine Erwerbsteuer ist für je ein Vierteljahr im voraus am 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober jedes Jahres zu entrichten. —

Besondere Vorschriften bestehen für die Hausier- und Wandergewerbe (§§ 78—82). Die Steuerbemessung für den Hausierhandel, sowie für alle im Umherziehen von Ort zu Ort betriebenen Gewerbe und Beschäftigungen erfolgt im Verhältnisse ihrer mittleren Ertragsfähigkeit zu der mittleren Ertragsfähigkeit ähnlicher stehender Gewerbe durch die Steuerbehörde I. Instanz; diese Erwerbsteuer ist im vollen Betrage der Jahresschuldigkeit auf einmal im voraus zu entrichten. Die entrichteten Erwerbsteuerbeträge werden in die von den einzelnen Steuergesellschaften aufzubringenden Gesellschaftskontingente nicht eingerechnet. Diese Bestimmungen haben keine Anwendung auf 1. Unternehmungen, welche an bestimmten Orten abwechselnd unter Benützung fester Betriebsstätten betrieben werden [1]), 2. Marktfahrer, sofern sie nicht von der Erwerbsteuer befreit sind, und 3. inländische Handelsreisende, welche nicht im Dienst- und Lohnverhältnisse stehen [2]); sie sind durch die Erwerbsteuer-Kommission zu besteuern.

2. Die zweite Art der neuen Erwerbsteuer ist die Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen. Solche Unternehmungen sind: 1. Erwerbsunternehmungen, und zwar insbesondere alle Unternehmungen der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, alle Unternehmungen der Gewerkschaften, die Versicherungsunternehmungen (mit Ausnahme der wechselseitigen Versicherungsanstalten), öffentliche Kreditinstitute, die Staatseisenbahnen, die Unternehmungen der dem Gesetze vom 9. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 70, gemäß registrierten und der sonstigen nicht registrierten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, soferne der Geschäftsbetrieb nicht auf die Mitglieder beschränkt ist. 2. Gemeinnützige Unternehmungen und Vereinigungen der Selbsthilfe, und zwar insbesondere die vorher erwähnten Genossenschaften, welche sich auf den Verkehr mit ihren Mitgliedern beschränken, wenn der Reinertrag 600 K nicht übersteigt, Sparkassen, wechselseitige Versicherungsanstalten ꝛc. (§ 83).

Von der Besteuerung ist eine ganze Reihe von im § 84 des Gesetzes näher bezeichneten Unternehmungen ausgenommen.

Die Bemessung findet jährlich statt (§ 91). Die Grundlage zur Bemessung bildet in der Regel der in dem letzten, dem Steuerjahre vorausgegangenen Geschäftsjahre erzielte Reinertrag (§ 92). Das Ausmaß der Steuer beträgt regelmäßig 10% vom steuerpflichtigen Reinertrage [3]); sie darf jedoch nicht weniger betragen, als Eins von Tausend des gesamten in den steuerpflichtigen Unternehmungen oder Betrieben investierten Anlagekapitals des Steuerpflichtigen, bei Versicherungsgesellschaften auf Aktien nicht weniger als Eins von Tausend der Summe der Jahresnettoprämien (nach Abzug der Prämienrückersätze — Bonus). Das Ausmaß von 10% ist für solange um ½% zu erhöhen [4]), bis die Erträgnisse der direkten Personalsteuern im Sinne des Artikels IX, Absatz 3 b), und X, Punkt 3, des Gesetzes ausreichen, von dieser Erhöhung Umgang zu nehmen [5]). Aktiengesellschaften, welche für

[1]) Schaustellungen, musikalische Aufführungen und dergleichen, welche nicht auf Grund einer auf das Umherziehen lautenden, sondern auf Grund besonderer Lizenzen für jeden einzelnen Ort veranstaltet werden, sowie Warenverkäufe, welche unter zeitweiliger Benützung einer festen Betriebsstätte veranstaltet werden (Wanderlager), sind an jedem Betriebsorte besonders zu versteuern und ist die Steuer, deren Bemessung durch die Steuerbehörde I. Instanz erfolgt, in das betreffende Gesellschaftskontingent nicht einzurechnen. Die für die ganze Zeit des beabsichtigten Betriebes entfallende Steuer ist vor Eröffnung des Betriebes zu entrichten. Bezüglich der Wanderlager ist jedes Kalenderjahr, in welches der Betrieb reicht, für die Besteuerung als voll zu rechnen. — [2]) Im Dienst- und Lohnverhältnisse stehende Handelsreisende kommen lediglich bei der Besteuerung ihrer Prinzipale in Betracht. Ausländer unterliegen für den Geschäftsbetrieb im Inlande als Reisende oder durch in ihren Diensten stehende Handelsreisende einer von der Steuerbehörde I. Instanz zu bemessenden Erwerbsteuer. — [3]) Die nach Art. 92 der Statuten der österreichisch-ungarischen Bank an die k. k. Finanzverwaltung zu entrichtende Steuer beträgt stets 10%. — [4]) Dieser Erhöhung unterliegen jedoch nicht: Gewisse von den Landesvertretungen für gemeinnützige Zwecke gegründete Unternehmungen, dann die nicht auf Gewinn berechneten, auf dem Grundsatze der Wechselseitigkeit beruhenden Hypothekar-Institute. — [5]) Übersteigt der nach Bestreitung der Nachlässe an der vorgeschriebenen Grundsteuer und Gebäudesteuer, mit Ausnahme der 5%igen Steuer vom Ertrage steuerfreier Gebäude (siehe auf Seite 222), noch verbleibende Überschuß den Betrag von 6,000.000 K so sind die Mehrbeträge zunächst zur Erhöhung der erwähnten Nachlässe, und zwar bei der Grundsteuer bis auf 15%, bei der Gebäudesteuer bis auf 12½%, und zu einer solchen Ermäßigung der Erwerbsteuer-Hauptsumme zu verwenden, daß dadurch der Nachlaß an der allgemeinen Erwerbsteuer auf 25% jenes Betrages erhöht wird, der bei Berechnung der Erwerbsteuer-Hauptsumme zugrunde gelegt wurde; die weiteren Mehrbeträge sind zur Ermäßigung des Steuerfußes für die der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen bis auf 10% zu verwenden. In den Jahren 1899 bis 1900 hat eine solche Ermäßigung nicht stattgefunden; das Ausmaß betrug somit 10½%.

das der Besteuerung zugrunde gelegte Jahr mehr als 10% an Dividende vom eingezahlten Aktienkapitale verteilen, haben überdies von demjenigen zur Verteilung gelangenden Betrage, der für das 11. bis 15. Prozent der Dividende erforderlich ist, 2% und von den darüber hinaus zur Verteilung gelangenden Beträgen 4% zu entrichten. Bei wechselseitigen Versicherungs-Gesellschaften beträgt die Steuer Eins vom Tausend der Summe der Jahres-Nettoprämien; für Sparkassen gilt ein nach der Höhe des Reinertrages abgestufter Steuerfuß von 3—10%; bei den begünstigten Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften, dann bei den im Grunde besonderer Landesgesetze aus den Kontributions- und Steuergeldfonds entstandenen Vorschußkassen, endlich bei den Gemeindevorschußkassen werden das erste Tausend des Reinertrages bloß mit drei Zehnteln, die weiteren Beträge mit fünf Zehnteln der Besteuerung unterzogen, und es beträgt der Steuerfuß, sofern der so ermittelte Reinertrag 1200 K nicht übersteigt, 8·5%, sonst 10% (§ 100).

Über den Ort der Vorschreibung der Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen enthalten die §§ 101 ff. eingehende Bestimmungen..

Die Bemessung geschieht durch die Steuerbehörden I. Instanz (§ 109) auf Grund eines von dem Unternehmer vorzulegenden Bekenntnisses über den steuerpflichtigen Reinertrag, dem gewisse Behelfe beizuschließen sind (§ 110).

Die Zahlungstermine sind dieselben, wie bei der allgemeinen Erwerbsteuer (§ 115).

d) Rentensteuer. Ihr unterliegt, wer aus Vermögensobjekten oder Vermögensrechten Bezüge empfängt, welche nicht schon durch die Grund-, Gebäude-, Erwerb- oder Besoldungssteuer unmittelbar getroffen werden (§ 124). Jedoch sind nach § 125 des Gesetzes gewisse Körperschaften und Personen[1]), dann auch gewisse Bezüge von der Rentensteuer befreit.

Die Rentensteuer wird jährlich bemessen (§ 128). Das Ausmaß beträgt je nach der Art des Bezuges 1½ bis 10% (§ 131). Ort der Vorschreibung ist mit Ausnahme jener Fälle, in welchen die Rentensteuer nach § 133 im Wege des Abzuges bei Auszahlung des Bezuges eingehoben wird, regelmäßig jene Steuergemeinde, in welcher der Steuerpflichtige seinen ordentlichen Wohnsitz hat (§ 132). In gewissen Fällen wird die Rentensteuer im Wege des Abzuges durch den Schuldner in der Art erhoben, daß der letztere von jeder durch ihn, beziehungsweise durch seine Kassen zur Auszahlung gelangenden oder gutzuschreibenden Rate rentensteuerpflichtiger Bezüge die gesetzlich bestimmten Prozentsätze dem Bezugsberechtigten für Rechnung des Staatsschatzes in Abzug bringt und an die Staatskasse abführt (§ 133). In allen anderen Fällen wird die Rentensteuer von der Steuerbehörde I. Instanz (§ 137) auf Grund von Bekenntnissen des Steuerpflichtigen bemessen (§ 138). Als Zahlungstermine sind, soferne die Rentensteuer nicht im Wege des Abzuges durch den Schuldner erhoben wird, der 1. Juni und 1. Dezember bestimmt (§ 144).

e) Personal-Einkommen- und Besoldungssteuer. 1. Der Personal-Einkommensteuer unterliegen die nachstehend bezeichneten physischen Personen: 1. Angehörige der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder: a) wenn sie in diesen Ländern wohnen, hinsichtlich ihres gesamten Einkommens; b) außer diesem Falle hinsichtlich des gesamten ihnen aus dem Geltungsgebiete dieses Gesetzes zufließenden Einkommens. 2. Nichtangehörige dieser Länder: a) wenn sie im Geltungsgebiete dieses Gesetzes ihren Wohnsitz haben oder sich daselbst des Erwerbes wegen oder länger als ein Jahr aufhalten, hinsichtlich des Einkommens, welches sie in diesen Ländern erwerben oder nach diesen Ländern beziehen[2]); b) außer den sub lit. a) bezeichneten Fällen, wenn sie in diesen Ländern Realitäten oder auf inländische Realitäten hypothezierte Forderungen oder ein durch Fideikommiß, Verwahrungszwang oder sonstige rechtliche Vorschriften an diese Länder gebundenes Vermögen besitzen oder hierlands eine Erwerbsunternehmung oder gewinnbringende Beschäftigung betreiben oder Teilnehmer einer solchen Beschäftigung sind, oder ein Einkommen an Dienstbezügen oder Ruhegenüssen aus einer hierländigen Staatskasse beziehen, hinsichtlich des aus diesen Quellen fließenden Einkommens.[3]) Ferner unterliegen der Personaleinkommensteuer ruhende Erbschaften nach Maßgabe der im § 229 enthaltenen Bestimmungen (§ 153).

Von der Personaleinkommensteuer befreit sind: 1. Der Kaiser. 2. Die Mitglieder des kaiserlichen Hauses bezüglich der Apanagen. 3. Die am k. u. k. Hofe beglaubigten diplomatischen Vertreter und die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzenden Berufskonsule auswärtiger Mächte, dann die von ihnen ausschließlich für die Geschäfte der Gesandtschaft oder des Konsulates oder für ihre Familien verwendeten Beamten und Diener, insoweit sie Ausländer sind, hinsichtlich alles Einkommens, welches sie nicht aus dem im § 153, Zahl 2, lit. b) erwähnten Quellen beziehen. 4. Diejenigen Personen, denen auf Grund von Staatsverträgen oder sonst nach völkerrechtlichen Grundsätzen ein Anspruch auf Befreiung von der Personaleinkommensteuer zukommt. 5. Die mit Maria Theresien-Ordenspensionen, Militär-Tapferkeitsmedaillen und Verwundungszulagen beteilten Personen in Ansehung dieser Pensionen und Zulagen. 6. Die Offiziere (Auditore, Militärärzte, Truppenrechnungsführer), die Seelsorger und die Mannschaft der bewaffneten Macht rücksichtlich ihrer Aktivitätsbezüge[4]). 7. Alle übrigen Militärpersonen und die während der Mobilität bei der Militärverwaltung zur Dienstleistung eingeteilten Zivilpersonen hinsichtlich der ihnen auf die Dauer der Mobilität aus dem Militäretat normalmäßig zukommenden Dienstesbezüge (§ 154).

---

[1]) Darunter solche, deren rentensteuerpflichtigen Bezüge weder für sich allein, noch auch in Verbindung mit ihrem anderweitigen Einkommen den Betrag von 1200 K jährlich übersteigen, es sei denn, daß die Steuer gemäß § 133 (siehe oben im Texte) bei Auszahlung der Zinsen und Renten von den betreffenden Kassen und Unternehmungen in Abzug gebracht wird. — [2]) Jedoch ist aus einem anderen Lande als dem Geltungsgebiete dieses Gesetzes fließendes Einkommen dann von der Besteuerung ausgenommen, wenn dasselbe erweislich bereits der Einkommensteuer oder einer gleichartigen Steuer unterliegt. — [3]) Der Besitz von Aktien, Anteilscheinen und ähnlichen Wertpapieren ist als Teilhaberschaft an einer Unternehmung im Sinne des obigen Absatzes nicht anzusehen. — [4]) Wenn diese Personen außer dem befreiten Einkommen noch anderes Einkommen beziehen, sind für die Beurteilung des auf das letztere anzuwendenden Steuersatzes, sowie der allfälligen Steuerfreiheit desselben im Sinne des § 155 die befreiten Einkommen in das Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen einzurechnen.

Von der Personaleinkommensteuer sind ferner befreit Personen, deren gesamtes Einkommen, auf ein Jahr berechnet, den Betrag von 1200 K nicht übersteigt (§ 155)[1].

Als Einkommen gilt die Summe aller in Geld oder Geldeswert bestehenden Einnahmen der einzelnen Steuerpflichtigen mit Einschluß des Mietwertes der Wohnung im eigenen Hause, sowie des Wertes der zum Haushalte verbrauchten Erzeugnisse der eigenen Wirtschaft und des eigenen Gewerbebetriebes, sowie sonstiger dem Steuerpflichtigen allenfalls zukommender Naturaleingänge, abzüglich der auf Erlangung, Sicherung und Erhaltung dieser Einnahmen verwendeten Ausgaben, sowie etwaiger Schuldzinsen, auch insoferne diese nicht zu den soeben bezeichneten Ausgaben gehören, nach Maßgabe der in den §§ 160—171 enthaltenen Bestimmungen (§ 159)[2].

Behufs Veranlagung der Personaleinkommensteuer ist dem Einkommen des Vorstandes der Haushaltung das Einkommen der Angehörigen dieser Haushaltung zuzurechnen (§ 157).

Von den Einnahmen sind bei Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens gewisse Ausgaben in Abzug zu bringen (§ 160).

Das Ausmaß der Personaleinkommensteuer läßt sich aus der unten folgenden Tabelle (Seite 266 ff.) entnehmen.

Ort der Bemessung und Vorschreibung der Personaleinkommensteuer ist in der Regel der ordentliche Wohnsitz der steuerpflichtigen Person (§ 176).

Zur Ausführung der Geschäfte der Veranlagung der Personaleinkommensteuer werden außer den bereits bestehenden Steuerbehörden bestellt: a) Schätzungskommissionen, und zwar Bezirkskommissionen und Ortskommissionen für Städte und Industrieorte mit mehr als 10.000 Einwohnern[3], b) Berufungskommissionen für den Umfang je eines Königreiches oder Landes.

Für ausgedehnte Sprengel können nach Erfordernis auch mehrere Schätzungs-, beziehungsweise Berufungskommissionen aufgestellt werden (§ 177).[4]

Die Schätzungskommissionen sind zur Erhebung der Einkommensverhältnisse und Feststellung der Steuersätze berufen. Die Berufungskommissionen entscheiden über alle gegen das Verfahren der Schätzungskommissionen eingebrachten Beschwerden überhaupt und insbesondere über Berufungen gegen die von diesen Kommissionen vorgenommenen Feststellungen der Steuersätze (§ 178). Die Zahl der Mitglieder der Schätzungskommission bestimmt mit Rücksicht auf die Größe und die Einkommensverhältnisse des Schätzungsbezirkes der Finanzminister. Er ernennt auch den Vorsitzenden und die Hälfte der Mitglieder der Kommission; die andere Hälfte wird aus der Mitte der Bewohner des Schätzungsbezirkes, welche der Personaleinkommensteuer unterliegen, gewählt (§ 179). Die Wahl wird von den personaleinkommensteuerpflichtigen Steuerträgern des Schätzungsbezirkes in 3 Wahlkörpern vorgenommen (§ 181). In die Berufungskommission werden die Mitglieder, deren Anzahl vom Finanzminister bestimmt wird, aus der Mitte der Personaleinkommensteuerpflichtigen zur Hälfte von den Landtagen gewählt, zur Hälfte vom Finanzminister ernannt, dem auch die Ernennung des Vorsitzenden zusteht (§ 182).

Jeder Steuerpflichtige ist verpflichtet, alljährlich binnen einer von der Finanzlandesbehörde mittels öffentlicher Bekanntmachung zu bestimmenden mindestens einmonatlichen Frist bei der zuständigen Steuerbehörde ein Bekenntnis über sein steuerpflichtiges Einkommen nach einem im Verordnungswege festzustellenden Formulare einzubringen (§ 202). Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen 2000 K nicht überschreitet, sind von der Abgabe eines Bekenntnisses in der Regel befreit und sind dazu nur verpflichtet, sobald eine besondere Aufforderung der Steuerbehörde oder des Vorsitzenden der Veranlagungskommission an sie ergeht. Diese Personen sind jedoch in jedem Falle berechtigt, Bekenntnisse einzubringen (§ 204).

Die Steuerbehörde hat die bei ihr einlangenden Bekenntnisse einer vorläufigen Prüfung zu unterziehen und allenfalls durch Einvernahme des Steuerpflichtigen oder von Sachverständigen und Auskunftspersonen zu ergänzen und richtig zu stellen; die bei ihr einlangenden Nachweise, Verzeichnisse und sonstigen Bemessungsbehelfe[5] sind, soweit als tunlich, zu vervollständigen und für

---

[1] Auf die im § 153, Z. 1 b) und Z. 2 b) genannten Personen findet diese Bestimmung nur dann Anwendung, wenn sie beweisen, daß ihr gesamtes Einkommen, einschließlich des nach diesem Gesetze nicht steuerpflichtigen, den steuerfreien Betrag nicht übersteigt (§ 155, Absatz 2). — [2] Außerordentliche Einnahmen aus Erbschaften, Lebenskapitalsversicherungen, Schenkungen und ähnlichen unentgeltlichen Zuwendungen gelten nicht als steuerpflichtiges Einkommen. Gewinne aus Veräußerung von Vermögensobjekten sind nur dann dem Einkommen zuzurechnen, wenn die Veräußerung im Betriebe einer Erwerbsunternehmung oder in Ausführung eines Spekulationsgeschäftes erfolgt ist. — [3] Jedoch ist die Regierung berechtigt, nach Einvernahme des betreffenden Landesausschusses auch Städte mit mehr als 10.000 Einwohnern der Schätzungskommission jenes politischen Bezirkes, welchem sie angehören, zuzuweisen. — [4] Für Wien bildet jeder Gemeindebezirk in der Regel einen Schätzungsbezirk; nur die Innere Stadt und die Leopoldstadt (samt Brigittenau) sind je in zwei Schätzungsbezirke geteilt. — [5] Zur Vorbereitung der Veranlagung haben die Steuerbehörden nach Einvernehmen von Vertrauensmännern ein Verzeichnis jener in ihrem Sprengel wohnhaften Personen anzufertigen, welche als einkommensteuerpflichtig vermutet werden. Desgleichen ist ein Verzeichnis jener der Steuerbehörde bekannten Einkommensquellen anzufertigen, deren Eigentümer nicht im Sprengel der Steuerbehörde wohnen. Die Vertrauensmänner, deren Anzahl für jeden Schätzungsbezirk der Finanzminister bestimmt, werden für alle Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern durch die Gemeindevertretungen gewählt (§ 199). Die Besitzer bewohnter Häuser oder deren Stellvertreter sind verpflichtet, binnen einer von der Finanzlandesbehörde mittels öffentlicher Kundmachung zu bestimmenden Frist der Steuerbehörde eine Nachweisung aller im Hause wohnenden Personen, geordnet nach Wohnungen, beziehungsweise Geschäftslokalen, bei vermieteten Gebäuden mit Angabe des Mietzinses und der etwaigen Aftervermieter in der Form der Zinsfassion unter Angabe des Namens und der Berufs- oder Erwerbsart der Bewohner vorzulegen. Für welchen Zeitpunkt der Stand der Bewohner nachgewiesen werden soll, bestimmt die Steuerbehörde. Die Aftervermieter haben ihre Aftermieter und die von ihnen bezahlten Zinse, die Haushaltungsvorstände alle zu ihrem Haushalte gehörigen Personen, welche ein eigenes Einkommen haben, anzugeben (§ 200). Jedermann, der in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern zur Auszahlung von Dienst- und Lohnbezügen und Ruhegenüssen in einem jährlich für eine Person 1200 K übersteigenden Betrage verpflichtet ist, hat alljährlich der Steuerbehörde eine Anzeige über die Bezugsberechtigten, unter Angabe des Namens, Wohnortes und der Beschäftigung derselben, dann über die Höhe und Gattung der im Vorjahre ausbezahlten Bezüge zu überreichen. Haben solche Bezüge nicht während des ganzen Vorjahres bestanden, so ist der Betrag des Jahresbezuges und der Tag anzugeben, von welchem an oder bis zu welchem die Bezüge zur Auszahlung gelangten (§ 201).

den Gebrauch der Schätzungskommission vorzubereiten. Der Steuerbehörde obliegt es auch, in zweifelhaften Fällen über die Einkommensverhältnisse jener Personen, welche Bekenntnisse nicht überreicht haben, Nachrichten einzuziehen. Die Mitwirkung der Vertrauensmänner[1]) bei der obigen Amtshandlung wird im Verordnungswege festgesetzt (§ 206). Die Schätzungskommission setzt die Einkommenstufe und den entfallenden Steuerbetrag für jeden Steuerpflichtigen fest; vorkommendenfalls ist außerdem der Betrag der in dem Einkommen enthaltenen besoldungssteuerpflichtigen Dienstbezüge ziffermäßig festzustellen (§ 212).

Die Personaleinkommensteuer ist vorbehaltlich der Bestimmungen des § 234[2]) in zwei gleichen, am 1. Juni und 1. Dezember fälligen Raten einzuzahlen.[3])

2. Die Empfänger von Dienstbezügen (§§ 167, 168), welche den Betrag jährlicher 6400 K erreichen oder übersteigen, haben neben der Personaleinkommensteuer auch eine Besoldungssteuer zu entrichten. Das Ausmaß dieser Steuer ergibt sich aus der unteren Tabelle auf Seite 273.

Die Besoldungssteuer ist auf Grund der von den Schätzungskommissionen vorgenommenen, bzw. von der Berufungskommission berichtigten Feststellung der Dienstbezüge den Steuerpflichtigen abgesondert vorzuschreiben (§ 233).

Diejenigen, welche Dienst- und Lohnbezüge und Ruhegenüsse auszahlen, sind verpflichtet, von denselben die den Empfängern von diesen Einkommen vorgeschriebene Personaleinkommensteuer und Besoldungssteuer, die ihnen zu diesem Zwecke von den Steuerbemessungsbehörden alljährlich bekanntzugeben ist, abzuziehen. Der Abzug erfolgt in denselben Terminen und in denselben verhältnismäßigen Raten, wie die Auszahlung des Bezuges (§ 234).

Die auf diese Art im Laufe eines Monates abgezogenen Beträge sind in der Regel binnen 14 Tagen nach Schluß desselben an die Staatskasse abzuführen (§ 235).

2. Zuschläge zu den Staatssteuern, dann Gemeinde-Umlagen auf den Mietzins in den Jahren 1896—1900.

Die folgende Tabelle enthält eine Darstellung der Ausmaße der Zuschläge zu den Staatssteuern, dann der Gemeinde-Umlagen auf den Mietzins in den Jahren 1898—1900.

Jahr	Grundsteuer		Gebäudesteuern				Erwerbsteuer								Rentensteuer auf Grund von Bekenntnissen		Besoldungssteuer		Gemeinde-Umlagen auf den Brutto-Mietzins		
			Hauszinssteuer		5%ige Steuer		allgemeine (einschließlich der von Hausier- und Wandergewerben)				von den der öffentl. Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen										
	Landes-	Gemeinde-	Landes-	Gemeinde-	Landes-	Gemeinde-	I. u. II. Klasse Landes-	III. u. IV. Klasse Landes-	Gemeinde-	Handels- und Gewerbekammer-	Gewerbeschul-	Landes-	Gemeinde-	Handels- und Gewerbekammer-	Gewerbeschul-	Landes-	Gemeinde-	Landes-	Gemeinde-	für allgemeine Zwecke[4])	für Volksschulzwecke[5])	f. Militäreinquartierungszwecke[6])
	Zuschläge in Prozenten der Staatssteuer																				
1898	25	21	25	21	30	21	20		21	1¼	2½	20	21	1¼	¼	25	21	25	21	4¾	4½	1/10
1899	25	21	25	21	30	21	27	20	21	1½	2½	27	21	1½	¼	25	21	25	21	4¾	4½	1/10
1900	25	21	25	21	30	21	27	20	21	1½	2½	27	21	1½	¼	25	21	25	21	4¾	4½	1/10

In den Jahren 1896—1897 betrugen die Landeszuschläge: Zur Grund-, Hauszins- und Hausklassensteuer 20%, zur 5%igen Gebäudesteuer 25%, zur Erwerb- und Einkommensteuer 15%; die Gemeindezuschläge durchwegs 21%; der Handelskammerzuschlag zur Erwerb- und Einkommensteuer 1% und der Gewerbeschulzuschlag zur Erwerbsteuer 4%. Die Gemeinde-Umlagen auf den Mietzins waren in diesen Jahren in gleicher Höhe, wie im Jahre 1899.

Zur voranstehenden Tabelle ist zunächst zu bemerken, daß die Gemeinde-Umlagen auf den Mietzins deshalb in der Tabelle erscheinen, weil die Zins- und Schulheller zusammen mit den Gemeindezuschlägen zur Hauszinssteuer vorgeschrieben, eingehoben und verbucht werden, so daß diese Zuschläge und Umlagen in genauen Zahlen gar nicht gesondert nachgewiesen werden können; dort, wo, wie auf Seite 276, eine gesonderte Nachweisung erfolgt, sind die Zahlen bloß auf dem Wege einer Berechnung gewonnen und nur annähernd richtig.

In der Tabelle ist dagegen von der Personal-Einkommensteuer keine Rede. Es erklärt sich dies daraus, daß diese Steuer durch das Ges. vom 24. Juni 1898, R.-G.-Bl. Nr. 49, in Niederösterreich von allen der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterliegenden Zuschlägen freigelassen wird (vgl. die 3. Anmerkung auf Seite 222). Die Rentensteuer ist in der Tabelle auf die auf Grund von Bekenntnissen eingehobene Steuer beschränkt; für die im Wege des Abzuges durch den Schuldner eingehobene wird weder für das Land noch für die Gemeinde ein Zuschlag gemacht.

[1]) Siehe die 5. Anmerkung auf der vorhergehenden Seite. — [2]) Siehe den drittnächsten Absatz des Textes an dieser Seite. — [3]) Hinsichtlich der Personal-Einkommensteuer gewährt das Gesetz (§ 219) die Begünstigung, daß Berufungen der Steuerpflichtigen stempelfrei sind. — [4]) Zinsheller. — [5]) Schulheller. — [6]) Einquartierungsheller.

Nicht bei allen hauszinssteuerfreien Gebäuden und Gebäudeteilen, aus deren Ertrag an den Staat die fünfprozentige Steuer zu entrichten ist, werden die Landes-, bzw. Gemeindezuschläge von dieser fünfprozentigen Steuer berechnet, sondern bloß bei jenen, für welche zugleich die Freiheit von den Landes-, bzw. Gemeindezuschlägen gesetzlich ausgesprochen ist. Dies ist hinsichtlich der Landes- und Gemeindezuschläge bei jenen Bauten der Fall, welche auf Grund der kaiserlichen Entschließung vom 14. Mai 1859 oder auf Grund der Gesetze vom 5. April 1893, R.-G.-Bl. Nr. 54 und L.-G.-Bl. Nr. 16, dann auf Grund der kais. Verordnung vom 21. August 1899, R.-G.-Bl. Nr. 167, und des Gesetzes vom 5. Oktober 1899, L.-G.-Bl. Nr. 67, die Zinssteuerfreiheit genießen; jedoch ist die Freiheit von Gemeindezuschlägen bei Bauten auf Grund der kaiserlichen Entschließung vom 14. Mai 1859 und bei Bauten auf Grund der Normen aus dem Jahre 1899 auf 10 Jahre beschränkt. (Siehe oben Seite 224.) Bei allen übrigen Gebäuden und Gebäudeteilen, aus deren Ertrag die fünfprozentige Gebäudesteuer zu entrichten ist, werden die Landes-, bzw. Gemeindezuschläge so berechnet, als ob nicht jene, sondern die Hauszinssteuer zu entrichten wäre. Infolgedessen werden diese Zuschläge in den Tabellen auf Seite 243 ff. mit den Zuschlägen zur Hauszinssteuer zusammen ausgewiesen, so daß die in den Tabellen auf Seite 245 ff. ausgewiesenen Zuschläge zur fünfprozentigen Steuer nur solche darstellen, welche von den Bauten auf Grund der erwähnten Normen aus den Jahren 1859, 1893 und 1899 eingehoben werden.

Endlich ist zu bemerken, daß Hausier- und Wandergewerbe weder die Handels- und Gewerbekammer-, noch die Gewerbeschulzuschläge zu entrichten haben.

2. Stand der Steuerkonten.

Stand der Steuerkonten (Steuerpflichtigen) am Ende der Jahre 1898—1900.

In der folgenden Tabelle sind die Zahlen der Konten in den Steuerbüchern angegeben. Selbstverständlich stimmen die Konten der einzelnen Steuergattungen mit den Zahlen der Personen, welche hinsichtlich dieser Steuergattungen pflichtig sind, nicht überein, weil eine und dieselbe Person in den Grund- oder Gebäude-Steuerbüchern mehrere Konten haben oder in den Erwerb-Steuerbüchern mehrerer Gemeindebezirke vorkommen kann.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Grundsteuer	Gebäudesteuer vom Zinsertrage der: der Hauszinssteuer unterliegenden Gebäude und Gebäudeteile	Gebäudesteuer vom Zinsertrage der: aus dem Titel der Bauführung von der Hauszinssteuer befreiten Gebäude und Gebäudeteile	Erwerbsteuer: allgemeine	Erwerbsteuer: von Hausier- und Wandergewerben	Erwerbsteuer: von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen	Rentensteuer: im Wege des Abzuges	Rentensteuer: auf Grund von Bekenntnissen bemessen	Personal-Einkommensteuer: von Selbstzahlern	Personal-Einkommensteuer: von Dienstgebern	Besoldungssteuer	Zusammen
	Zahl der Steuerkonten mit Ende des Jahres											
1898	17.906	33.234	15.536	98.673	2769	425	144	19.572	196.386	18.054	2327	405.026
1899	17.603	34.643	14.252	106.871	2629	560	198	20.193	212.328	16.968	2043	428.288
1900	18.400	35.147	13.905	114.159	2470	762	210	21.271	199.225	18.529	2437	426.515
und zwar im Jahre 1900 im Gemeindebezirke I	25	1.615	620	11.232	32	620	117	4.100	13.252	1.637	413	33.663
II	663	2.231	683	10.177	578	10	4	2.087	18.430	2.585	265	37.713
III	906	2.776	1.119	7.879	178	16	6	1.957	23.296	1.587	713	40.433
IV	345	1.095	327	6.316	36	10	10	1.380	14.200	1.250	108	25.077
V	473	1.600	605	6.297	83	14	29	289	11.270	620	47	21.327
VI	399	1.221	391	6.012	56	19	2	1.103	8.927	1.608	102	19.840
VII	601	1.336	636	6.921	55	19	7	1.280	13.202	1.430	129	25.616
VIII	281	890	310	4.812	48	5	1	839	7.200	1 090	113	15.589
IX	327	1.918	525	5.619	41	10	6	1.788	10.293	2.040	208	22.775
X	981	2.060	1.420	5.752	305	5	4	355	12.435	330	20	23.667
XI	868	1.456	329	1.716	16	3	1	111	3.186	89	6	7.781
XII	1.108	1.925	922	4.577	356	2	3	353	5.806	192	16	15.260
XIII	3.146	3.146	1.098	3.446	48	3	4	1.038	5.403	406	71	17.809
XIV	379	1.223	742	4.672	187	—	—	346	7.558	501	13	15.621
XV	204	674	281	4.127	101	4	2	388	5.474	490	3	11.748
XVI	2.144	2.480	891	7.953	162	7	3	1.047	13.457	783	24	28.951
XVII	1.243	1.977	650	6.121	103	—	3	533	6.239	457	16	17.342
XVIII	1.935	2.468	1.271	4.716	53	5	5	1.597	7.940	966	72	21.028
XIX	2.372	1.992	596	2.286	32	5	3	608	3.589	468	96	12.047
XX [1]	— [2]	1.064	489	3.528	— [2]	5	—	72	8.068	— [2]	2	13.228

[1]) Seit 1. Juli 1900 selbständig verwaltet. — [2]) Unter den Angaben für den II. Gemeindebezirk enthalten.

b) Summarien der direkten Steuern samt Zuschlägen, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt, mit Einschluß der Zins- und Schulheller.

1. Summarium der direkten Steuern samt Zuschlägen, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt[1]), mit Einschluß der Zins- und Schulheller[2]) für das Jahr 1900 nach Gemeindebezirken.

a) Vorgeschriebene Steuerbeträge.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag der landesfürstlichen direkten Steuern samt Zuschlägen, Zins- und Schulhellern[2])		Hievon entfallen auf die									
			landesfürstlichen Steuern		Landeszuschläge		Gemeindezuschläge, Zins- und Schulheller[2])		Handels- und Gewerbekammer-Zuschläge		Gewerbeschul-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
1900[3])	140,896.593	91	80,966.755	28	20,220.562	30	39,036.404	24	385.409	81	287.462	28
und zwar im Jahre 1900[3]) im Gemeindebezirke:												
I (Innere Stadt)	54,044.184	40	34,470.066	50	8,111.241	51	11,052.679	67	286.545	40	123.651	32
II (Leopoldstadt)[4])	11,946.167	01	6,173.020	34	1,767.280	93	3,968.071	80	14.161	93	23.632	01
III (Landstraße)	9,392.320	29	5,234.156	35	1,296.656	81	2,831.593	26	11.401	43	18.512	44
IV (Wieden)	8,321.463	61	5,181.214	37	952.199	80	2,170.716	71	6.563	76	10.768	97
V (Margareten)	4,774.065	53	2,404.712	62	709.178	20	1,644.627	16	5.831	41	9.716	14
VI (Mariahilf)	6,084.047	17	3,325.411	65	824.102	46	1,914.171	12	7.633	13	12.728	81
VII (Neubau)	7,287.528	52	3,932.009	49	1,035.847	25	2,292.937	16	10.073	68	16 660	94
VIII (Josefstadt)	3,847.966	38	2,008.906	68	545.049	34	1,286.796	11	2.698	89	4.515	36
IX (Alsergrund)	7,118.123	04	3,767.984	51	940.303	21	2,393.105	56	6.251	38	10.478	38
X (Favoriten)	3,989.297	82	1,925 653	09	627.550	37	1,421.934	32	5.311	79	8.848	25
XI (Simmering)	972.332	45	524.249	74	132.951	67	308.918	37	2.328	40	3.884	27
XII (Meidling)	2,451 094	47	1,275.785	04	359.577	08	805.234	15	3.936	55	6.561	65
XIII (Hietzing)	2,399.640	96	1,244.203	52	336.361	30	811.465	47	2.847	27	4.763	40
XIV (Rudolfsheim)	2,780.506	79	1,329.813	07	440.507	99	999.960	39	3.831	35	6.393	99
XV (Fünfhaus	2,107.082	67	1,112.266	08	302.706	17	685.075	94	2.636	15	4.398	33
XVI (Ottakring)	4,029.636	68	1,904.011	45	584.786	19	1,528.056	99	4.787	18	7.994	87
XVII (Hernals)	3,071.347	08	1,530.349	13	454 054	97	1,079.257	73	2.877	84	4.807	41
XVIII (Währing)	3,487.274	57	1,743.547	73	513.073	16	1,223.685	62	2.610	09	4.357	97
XIX (Döbling)	1,977 889	84	1,247.935	31	229.318	39	494.086	31	2.455	58	4 094	25
XX (Brigittenau)[4])	814 624	63	631.458	61	57.815	50	124.030	40	626	30	693	52

[1]) Jene direkten Personalsteuern, welche nicht vom städtischen Steueramte, sondern bei den der Aufsicht der k. k. Finanz-Landesdirektion unterstehenden Staatskassen eingehoben, oder von den Zentralstellen und anderen Behörden an die k. k. Finanz-Landesdirektion überwiesen werden, sind in diesen Ziffern nicht enthalten. Siehe hierüber die Tabellen auf Seite 275 und 276. — [2]) Siehe die Bemerkung über die Vorschreibung, Einhebung und Verbuchung der Zins- und Schulheller auf Seite 229. — [3]) Ohne die Beträge an früherer Erwerb- und Einkommensteuer. Eine Aufteilung dieser alten Steuern nach Gemeindebezirken hätte nur mit unverhältnismäßigem Zeitaufwande gemacht werden können; sie wurde daher unterlassen. Die eingezahlten Beträge an früherer Erwerb- und Einkommensteuer siehe auf Seite 233 und 236. — [4]) Mit Rücksicht darauf, daß während der ersten Hälfte des Jahres 1900 der XX. Gemeindebezirk vom II. abgetrennt und erst mit 1. Juli 1900 für den XX. ein besonderes Magistratisches Bezirksamt in Wirksamkeit trat, enthalten die Zahlen für den neuen II. Gemeindebezirk zum Teile auch Steuerbeträge des XX. In den beim XX. Gemeindebezirke in dieser Tabelle gegebenen Zahlen sind Grundsteuerbeträge gar nicht, Hauszinssteuerbeträge vollständig, sonstige Beträge direkter Steuern bloß insoferne enthalten, als während des zweiten Halbjahres nachträgliche Vorschreibungen vorgekommen sind.

b) Abgeschriebene und nachgesehene Steuerbeträge.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag der landesfürstlichen direkten Steuern samt Zuschlägen, Zins- und Schulhellern [1]		Hievon entfallen auf die									
			landesfürstlichen Steuern		Landeszuschläge		Gemeindezuschläge, Zins- und Schulheller [1]		Handels- und Gewerbekammer-Zuschläge		Gewerbeschul-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
1900 [2]	8,508.124	23	4,755.358	82	1,170.076	82	2.539.262	74	17.686	48	25.739	37
u. zw. im Jahre 1900 [2] im Gemeindebezirke:												
I (Innere Stadt)	1,937.218	15	1,152.576	14	274.026	80	493.942	01	7.738	90	8.934	30
II (Leopoldstadt) [3]	564.534	40	376.886	11	62.216	48	121.740	—	1.367	29	2.324	52
III (Landstraße)	381.626	70	216.033	48	51.544	58	111.921	39	783	78	1.343	47
IV (Wieden)	708.045	60	386.770	11	95.475	27	223.948	07	682	78	1.169	37
V (Margareten)	378.971	61	218.129	86	50.641	72	107.675	09	926	22	1.598	72
VI (Mariahilf)	785.367	75	397.787	61	112.499	95	273.662	87	523	40	893	92
VII (Neubau)	801.513	31	402.798	01	119.108	57	277.671	13	742	72	1.192	88
VIII (Josefstadt)	208.969	81	108.196	78	30.620	28	69.270	07	324	53	558	15
IX (Alsergrund)	497.766	31	273.744	74	68.513	03	153.514	65	733	25	1 260	64
X (Favoriten)	406.578	25	211.026	34	60.251	44	133.427	01	694	37	1.179	09
XI (Simmering)	19.042	34	12.082	05	2.149	78	4.656	43	57	16	96	92
XII (Meidling)	208.480	35	124.530	57	29.320	58	52.422	33	815	17	1.391	70
XIII (Hietzing)	173.908	04	91.266	21	24.321	73	57.537	68	288	86	493	56
XIV (Rudolfsheim)	309.611	07	160.948	29	44.799	15	102.903	23	354	14	603	26
XV (Fünfhaus)	82.511	24	48.756	76	11.322	67	21.708	65	268	20	454	96
XVI (Ottakring)	450.731	39	223.656	79	59.113	85	166.732	32	451	99	776	44
XVII (Hernals)	226.796	45	121.965	—	31.506	32	72.571	39	277	67	476	07
XVIII (Währing)	197.540	30	112.122	63	25.918	67	58.565	96	390	22	542	82
XIX (Döbling)	112.890	86	73.563	59	11.929	30	27.062	64	126	23	209	10
XX (Brigittenau) [4]	56.020	30	42.517	75	4.796	65	8.323	82	139	60	239	48

[1]) Siehe die Bemerkung über die Vorschreibung, Einhebung und Verbuchung der Zins- und Schulheller auf Seite 229. — [2]) Siehe die 3. Anmerkung auf Seite 231. — [3]) Darunter auch Steuerbeträge des XX. Gemeindebezirkes; siehe die folgende Anmerkung. — [4]) Grundsteuerbeträge fehlen in den Zahlen für den XX. Gemeindebezirk gänzlich, sonstige Beträge direkter Steuern sind darin nur insofern enthalten, als die Abschreibung oder Nachsicht im zweiten Halbjahre erfolgt ist. Die hier fehlenden Beträge sind in den Angaben für den II. Gemeindebezirk verrechnet.

c) Eingezahlte Steuerbeträge.[1] [2]

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag der landesfürstlichen direkten Steuern samt Zuschlägen[2], Zins- und Schulhellern[3]		Hievon entfallen auf die									
			landesfürstlichen Steuern		Landeszuschläge		Gemeindezuschläge, Zins- und Schulheller[2] [3]		Handels- und Gewerbekammer-Zuschläge		Gewerbeschul-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
1900[4]	134,465.571	01	77,764.213	85	19,450.321	37	36,585.959	07	413.567	70	251.509	02
u. zwar im Jahre 1900[1] im Gemeindebezirke:												
I (Innere Stadt)	56,748.015	04	36,635.824	74	8,561 588	08	11,096.634	86	334.258	79	119.708	57
II (Leopoldstadt)[5]	9,984.056	35	5,270.985	71	1,418.347	17	3,271.694	64	8.550	61	14.478	22
III (Landstraße)	8 739.428	44	4,863.616	50	1,204.007	31	2,645.776	37	9.742	57	16.285	69
IV (Wieden)	7,289.806	75	4,587.790	65	812.271	96	1,876.625	56	4.956	49	8.162	09
V (Margareten)	4,207.720	75	2,053.146	15	637.392	92	1,505.987	46	4.185	18	7.009	04
VI (Mariahilf)	5,356.106	08	2,945.555	96	720.334	53	1,671.227	25	7.088	64	11.899	70
VII (Neubau)	6,446.806	14	3,482.760	30	917.770	14	2,021.979	82	9.091	34	15.204	54
VIII (Josefstadt)	3,577.253	34	1,851.522	36	508.842	72	1,211.407	26	2.046	12	3.434	88
IX (Alsergrund)	6,467.796	07	3,363.749	14	856.333	33	2,235.799	16	4.528	44	7.386	—
X (Favoriten)	3,381.628	68	1,593.945	96	537 950	73	1,238.527	13	4.210	13	6.994	73
XI (Simmering)	948.016	88	503.823	06	130.415	14	307.952	37	2.183	47	3.642	84
XII (Meidling)	2,180.443	17	1,105.575	76	322.069	80	745.954	54	2.564	70	4 278	37
XIII (Hietzing)	2,072.757	94	1,047.790	73	293.222	03	726.238	94	2.058	97	3.447	27
XIV (Rudolfsheim)	2,442 936	19	1,135.595	89	392.932	65	905.997	57	3.148	06	5.262	02
XV (Fünfhaus)	2,007.990	43	1,048.671	73	291.684	86	661.671	26	2.346	77	3.615	81
XVI (Ottakring)	3,592.603	43	1,675.591	65	529.944	44	1,375.649	75	4.277	96	7.139	63
XVII (Hernals)	2,846.905	23	1,407.134	88	421.772	70	1,011.440	89	2.452	07	4.104	69
XVIII (Währing)	3,239.539	11	1,591.074	58	482.110	34	1,161.202	40	1.927	11	3.224	68
XIX (Döbling)	1,818.702	95	1,133.148	94	215.165	16	464.427	97	2.233	71	3.727	17
XX (Brigittenau)[6]	1,117.058	04	466.909	16	196.165	36	449.763	87	1.716	57	2.503	08
Überdies wurden im Jahre 1900 an früherer Erwerb- und Einkommensteuer eingezahlt	366.115	23	266.305	98	39.577	67	55.030	51	2.385	96	2.815	11

[1]) Die hier in der Spalte „Gemeindezuschläge, Zins- und Schulheller", bezw. die in den folgenden Zusammenstellungen, in denen die eingezahlten Steuerbeträge dargestellt sind, in der Spalte „Gemeindezuschläge" enthaltenen Summen stimmen mit den Summen der in den Hauptrechnungsabschlüssen als „Abstattung" verzeichneten Steuerbeträge nicht überein. In den letzteren sind die vom Steueramte an die städtische Hauptkasse abgeführten Beträge verrechnet, wogegen hier die bei der städtischen Hauptkasse eingezahlten, also die tatsächlichen Ergebnisse der Steuerzahlung während des betreffenden Jahres eingefetzt erscheinen. — [2]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 231. — [3]) Siehe die Bemerkung über die Vorschreibung, Einhebung und Verbuchung der Zins- und Schulheller auf Seite 229. — [4]) Siehe die 3. Anmerkung auf Seite 231. — [5]) Darunter auch Steuerbeträge des XX. Gemeindebezirkes; siehe die folgende Anmerkung. — [6]) Grundsteuerbeträge fehlen in den Zahlen für den XX. Gemeindebezirk gänzlich, sonstige Beträge direkter Steuern sind darin nur insoferne enthalten, als die Einzahlung im zweiten Halbjahre erfolgt ist. Die hier fehlenden Beträge sind in den Angaben für den II. Gemeindebezirk verrechnet.

d) Rückständige Steuerbeträge.[1])

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag der landesfürstlichen direkten Steuern samt Zuschlägen, Zins- und Schulhellern[2])		Hievon entfallen auf die									
			landesfürstlichen Steuern		Landeszuschläge		Gemeindezuschläge, Zins- und Schulhellern[2])		Handels- und Gewerbekammer-Zuschläge		Gewerbeschul-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
1900[3])	24,931.486	72	17,760.481	46	3,289.688	41	3,619.461	25	135.691	95	126.163	65
u. zwar im Jahre 1899[3]) im Gemeindebezirke:												
I (Innere Stadt)	11,375.409	71	7,820.052	93	1,844.674	10	1,577.870	25	87.594	61	45.217	82
II (Leopoldstadt)	2,908.587	85	2,181.061	87	295.981	16	401.675	27	11.044	42	18.825	13
III (Landstraße)	1,210.586	90	850.505	52	141.108	89	207.304	58	4.454	98	7.212	93
IV (Wieden)	1,196.874	60	898.458	98	114.996	47	174.447	74	3.352	11	5.619	30
V (Margareten)	911.621	13	680.353	61	87.876	41	134.193	23	3.424	47	5.773	41
VI (Mariahilf)	912.968	46	684.170	78	102.579	66	117.948	86	3.082	20	5.186	96
VII (Neubau)	898.380	63	674.196	53	100.529	21	114.008	94	3.623	90	6.022	05
VIII (Josefstadt)	459.627	35	342.625	84	47.216	50	65.690	22	1.522	59	2.572	20
IX (Alsergrund)	1,197.691	02	937.739	79	115.254	09	134.489	97	3.808	55	6.398	62
X (Favoriten)	740.234	25	490.996	14	92.077	33	150.254	48	2.559	58	4.346	72
XI (Simmering)	47.936	09	34.447	46	5.319	02	7.754	30	155	74	259	57
XII (Meidling)	364.330	48	274.652	20	37.680	56	46.766	35	1.940	63	3.290	74
XIII (Hietzing)	446.022	68	314.762	55	50.129	90	77.228	73	1.451	81	2.449	69
XIV (Rudolfsheim)	331.097	42	225.517	52	39.970	70	62.493	22	1.158	84	1.957	14
XV (Fünfhaus)	164.296	37	122.674	07	15.906	22	23.922	52	666	55	1.127	01
XVI (Ottakring)	393.750	37	281.344	09	40.199	45	67.791	37	1.634	31	2.781	15
XVII (Hernals)	270.402	78	192.699	19	29.476	12	45.200	05	1.122	22	1.905	20
XVIII (Währing)	361.472	02	271.571	79	35.480	42	51.292	92	1.164	55	1.962	33
XIX (Döbling)	185.837	21	149.062	06	14.236	39	21.688	52	317	72	532	52
XX (Brigittenau)	554.359	40	333.588	54	78.995	80	137.439	73	1.612	17	2.723	16

[1]) Die rückständigen Steuerbeträge lassen sich nicht dadurch berechnen, daß von der Differenz zwischen den vorgeschriebenen und abgeschriebenen ꝛc. Steuerbeträgen die eingezahlten abgezogen werden; dabei wären die sog. Passiven nicht berücksichtigt. Unter den Passiven sind eingezahlte Steuerbeträge zu verstehen, welche noch nicht vorgeschrieben waren. — [2]) Siehe die Bemerkung über die Vorschreibung, Einhebung und Verbuchung der Zins- und Schulheller auf Seite 229. — [3]) Siehe die 3. Anmerkung auf Seite 231.

2. Summarium der direkten Steuern samt Zuschlägen, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt[1]), mit Einschluß der Zins- und Schulheller[2]) für das Jahr 1900 nach Steuergattungen.

Steuergattung	Gesamtbetrag der landesfürstlichen direkten Steuern samt Zuschlägen, Zins- und Schulhellern[2])		Hievon entfallen auf die									
			landesfürstlichen Steuern		Landeszuschläge		Gemeindezuschläge, Zins- und Schulheller[2])		Handels- und Gewerbekammer-Zuschläge		Gewerbeschul-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Vorgeschriebene Steuerbeträge.												
Grundsteuer	305.695	75	198.352	80	58.338	39	49.004	56	—	—	—	—
Gebäudesteuern, Zins- und Schulheller	77,349.794	23	32,550.908	62	12,260.013	97	32,538.871	64	—	—	—	—
Allgemeine Erwerbsteuer	15,834.498	96	10,627.515	89	2,579.126	70	2,231.779	48	148.361	27	247.715	62
Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben	69.038	16	60.039	67	4.443	17	4.555	32	—	—	—	—
Erwerbsteuer von den der öffentl. Rechnungslegung unterworf. Unternehmung.	24,999.360	91	16,038.967	45	4,858.179	36	3,825.418	90	237.048	54	39.746	66
Rentensteuer	2,530.674	93	2,011.739	90	282.030	68	236.904	35	—	—	—	—
Personal-Einkommensteuer	18,736.504	31	18,736.504	31	—	—	—	—	—	—	—	—
Besoldungssteuer	1,071.026	66	742.726	64	178.430	03	149.869	99	—	—	—	—
zusammen[3])	140,896.593	91	80,966.755	28	20,220.562	30	39,036.404	24	385.409	81	287.462	28
b) Abgeschriebene und nachgesehene Steuerbeträge.												
Grundsteuer	1.275	05	835	07	238	84	201	14	—	—	—	—
Gebäudesteuern, Zins- und Schulheller	5,787.147	26	2,687.852	32	849.976	64	2,249.318	30	—	—	—	—
Allgemeine Erwerbsteuer	1,586.948	39	1,071.684	13	250.294	45	225.048	54	14.743	30	25.177	97
Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben[4])	372	86	354	—	9	20	9	66	—	—	—	—
Erwerbsteuer von den der öffentl. Rechnungslegung unterworf. Unternehm.	324.727	10	225.115	20	48.833	17	47 274	15	2.943	18	561	40
Rentensteuer	54.834	28	39.942	65	8.093	24	6.798	39	—	—	—	—
Personal-Einkommensteuer	675.477	02	675.477	02	—	—	—	—	—	—	—	—
Besoldungssteuer	77.342	27	54.098	43	12.631	28	10.612	56	—	—	—	—
zusammen[3])	8,508.124	23	4,755.358	82	1,170.076	82	2,539.262	74	17.686	48	25.739	37

[1]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 231. — [2]) Siehe die Bemerkung über die Vorschreibung, Einhebung und Verbuchung der Zins- und Schulheller auf Seite 229. — [3]) Vgl. die 3. Anmerkung auf Seite 231. — [4]) Obwohl für Hausier- und Wandergewerbe die Erwerbsteuer im vollen Betrage der Jahresschuldigkeit auf einmal im voraus zu entrichten ist, können doch Abschreibungen und Rückstände vorkommen, indem von den Steuerbehörden Vorschreibungen vorgenommen werden, welchen die Ausfolgung eines Hausierpasses ꝛc aus Gründen, die in der Person des Paß- ꝛc. Werbers liegen, und daher auch eine Einzahlung der Steuer nicht folgt. Nachgesehene Steuerbeträge hingegen können bei diesen Gewerben nicht vorkommen.

(Fortsetzung und Schluß.)

Steuergattung	Gesamtbetrag der landesfürstlichen direkten Steuern samt Zuschlägen, Zins- und Schulhellern [1]		Hievon entfallen auf die									
			landesfürstlichen Steuern		Landeszuschläge		Gemeindezuschläge, Zins- und Schulheller [1]		Handels- und Gewerbekammer-Zuschläge		Gewerbeschul-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
c) Eingezahlte Steuerbeträge [2] [3]												
Grundsteuer	304.487	13	197.757	21	58.003	17	48.726	75	—	—	—	—
Gebäudesteuern, Zins- und Schulheller	70,840.414	91	29,624.733	18	11,237.730	09	29,977.951	64	—	—	—	—
Allgemeine Erwerbsteuer	12,854.040	74	8,617.692	28	2,103.265	41	1,809.715	43	120.711	38	202.656	24
Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben	49.632	12	46.282	94	1.679	69	1.669	49	—	—	—	—
Erwerbsteuer von den der öffentl. Rechnungslegung unterworf. Unternehmung.	29,992.619	46	19,702.939	17	5,623.416	42	4,324.554	77	292.856	32	48.852	78
Rentensteuer	2,398.003	19	1,918.072	73	260.831	76	219.098	70	—	—	—	—
Personal-Einkommensteuer	17 000.162	92	17,000.162	92	—	—	—	—	—	—	—	—
Besoldungssteuer	1,026.210	54	656.573	42	165.394	83	204.242	29	—	—	—	—
zusammen [5]	134,465.571	01	77,764.213	85	19,450.321	37	36,585.959	07	413.567	70	251.509	02
Überdies:												
Frühere Erwerbsteuer	113.638	61	81.144	81	12.176	16	16.713	20	789	23	2.815	11
„ Einkommensteuer	252.476	62	185.161	17	27.401	51	38.317	21	1.596	73	—	—
d) Rückständige Steuerbeträge [4]												
Grundsteuer	29.832	28	19.496	83	5.596	21	4.739	24	—	—	—	—
Gebäudesteuern, Zins- und Schulheller	3,559.705	51	1,569.623	29	631.758	14	1,358.324	08	—	—	—	—
Allgemeine Erwerbsteuer	7 375.862	24	4,987.687	14	1,157.988	62	1,047.441	76	67.919	06	114.825	66
Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben [6]	20.003	44	14.199	30	2.836	46	2.967	68	—	—	—	—
Erwerbsteuer von den der öffentl. Rechnungslegung unterworf. Unternehmung.	7,097.642	26	4,586.470	96	1,346.841	53	1.085.218	89	67.772	89	11.337	99
Rentensteuer	456.338	72	314.965	20	76.836	30	64.537	22	—	—	—	—
Personal-Einkommensteuer	5,946.823	48	5,946.823	48	—	—	—	—	—	—	—	—
Besoldungssteuer	445.278	79	321.215	26	67.831	15	56.232	38	—	—	—	—
zusammen [5]	24,931.486	72	17,760.481	46	3,289.688	41	3,619.461	25	135.691	95	126.163	65

[1]) Siehe die Bemerkung über die Vorschreibung, Einhebung und Verbuchung der Zins- und Schulheller auf Seite 229. — [2]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 231. — [3]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 233. — [4]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 234. — [5]) Siehe die 3 Anmerkung auf Seite 231. — [6]) Vgl. die 4. Anmerkung auf der vorhergehenden Seite.

c) Grundsteuer.

Die Grundsteuer samt Zuschlägen im Jahre 1900.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die					
			landesfürstliche Steuer		Landes-Zuschläge		Gemeinde-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Vorgeschriebene Grundsteuerbeträge.								
1900	305.695	75	198.352	80	58.338	39	49.004	56
und zwar 1900 im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt) . . .	1.597	46	1.036	52	304	86	256	08
II (Leopoldstadt) [1]) . . .	28.958	69	18.789	99	5.526	47	4.642	23
III (Landstraße)	16.378	04	10.626	97	3.125	58	2.625	49
IV (Wieden)	2.113	21	1.371	17	403	28	338	76
V (Margareten)	3.921	30	2.544	44	748	27	628	59
VI (Mariahilf)	845	37	548	52	161	33	135	52
VII (Neubau)	944	77	613	02	180	30	151	45
VIII (Josefstadt)	1.085	50	704	33	207	16	174	01
IX (Alsergrund)	3.838	92	2.490	90	732	62	615	40
X (Favoriten)	37.797	73	24.525	25	7.213	30	6.059	18
XI (Simmering)	46.708	15	30.306	81	8.913	77	7.487	57
XII (Meidling)	16.240	63	10.537	82	3.099	35	2.603	46
XIII (Hietzing)	49.435	35	32.076	39	9.434	21	7.924	75
XIV (Rudolfsheim) . . .	2.326	33	1.509	46	443	95	372	92
XV (Fünfhaus)	1.596	81	1.036	10	304	73	255	98
XVI (Ottakring)	14.511	24	9.415	69	2.769	32	2.326	23
XVII (Hernals)	15.789	87	10.245	33	3.013	33	2.531	21
XVIII (Währing)	18.646	74	12.099	04	3.558	54	2.989	16
XIX (Döbling)	42.959	64	27.875	05	8.198	02	6.886	57
XX (Brigittenau) [2]) . . .	—	—	—	—	—	—	—	—
u. zw. { das lauf. Jahr	305.678	10	198.340	79	58.335	46	49.001	85
1900 für { frühere Jahre	17	65	12	01	2	93	2	71
b) Abgeschriebene Grundsteuerbeträge.								
1900	1.275	05	835	07	238	84	201	14
und zwar 1900 im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt) . . .	—	—	—	—	—	—	—	—
II (Leopoldstadt) . . .	—	—	—	—	—	—	—	—
III (Landstraße)	28	20	18	48	5	28	4	44
IV (Wieden)	—	—	—	—	—	—	—	—
V (Margareten)	1	29	0	92	0	18	0	19
VI (Mariahilf)	2	14	1	40	0	40	0	34
VII (Neubau)	—	—	—	—	—	—	—	—
VIII (Josefstadt)	—	—	—	—	—	—	—	—
IX (Alsergrund)	—	—	—	—	—	—	—	—
X (Favoriten)	1	85	1	22	0	34	0	29
XI (Simmering)	118	25	76	90	22	47	18	88
XII (Meidling)	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII (Hietzing)	—	—	—	—	—	—	—	—
XIV (Rudolfsheim) . . .	35	05	22	98	6	56	5	51
XV (Fünfhaus)	—	—	—	—	—	—	—	—
XVI (Ottakring)	—	—	—	—	—	—	—	—
XVII (Hernals)	264	06	172	01	50	03	42	02
XVIII (Währing)	306	69	201	01	57	43	48	25
XIX (Döbling)	517	52	340	15	96	15	81	22
XX (Brigittenau)	—	—	—	—	—	—	—	—
u. zw. { das lauf. Jahr	260	45	168	98	49	71	41	76
1900 für { frühere Jahre	1.014	60	666	09	189	13	159	38

[1]) Darunter auch die Steuerbeträge für den XX. Gemeindebezirk. — [2]) Siehe die vorausgehende Anmerkung.

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die					
			landesfürstliche Steuer		Landes-Zuschläge		Gemeinde-[1] Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h
c) Eingezahlte Grundsteuerbeträge								
1900	304.487	13	197.757	21	58.003	17	48.726	75
u. zwar 1900 im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt)	1.455	55	944	47	277	75	233	33
II (Leopoldstadt)[2]	29.459	31	19.136	25	5.608	08	4.714	98
III (Landstraße)	14.909	23	9.677	60	2.843	24	2.388	39
IV (Wieden)	2.037	20	1.322	32	388	53	326	35
V (Margareten)	3.887	31	2.523	23	741	65	622	43
VI (Mariahilf)	806	95	523	62	153	98	129	35
VII (Neubau)	963	05	625	12	183	64	154	29
VIII (Josefstadt)	1.044	28	677	71	199	20	167	37
IX (Alsergrund)	3.684	90	2.390	48	703	53	590	89
X (Favoriten)	39.297	56	25.516	15	7.489	90	6.291	51
XI (Simmering)	47.349	40	30.767	20	9.016	42	7.565	78
XII (Meidling)	16.565	84	10.755	25	3.157	73	2.652	86
XIII (Hietzing)	47.369	10	30.772	52	9.018	69	7.577	89
XIV (Rudolfsheim)	2.293	12	1.488	40	437	36	367	36
XV (Fünfhaus)	1.597	85	1.036	78	304	93	256	14
XVI (Ottakring)	14.803	90	9.611	98	2.821	67	2.370	25
XVII (Hernals)	15.839	66	10.288	32	3.015	89	2.535	45
XVIII (Währing)	18.237	07	11.855	59	3.466	68	2.914	80
XIX (Döbling)	42.885	85	27.844	22	8.174	30	6.867	33
XX (Brigittenau)[3]								
und zwar 1900 für								
das laufende Jahr	284.914	09	184.867	91	54.372	92	45.673	26
frühere Jahre	19.573	04	12.889	30	3.630	25	3.053	49
d) Rückständige Grundsteuerbeträge[4]								
1900	29.832	28	19.496	83	5.596	21	4.739	24
u. zwar 1900 im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt)	216	16	140	45	41	09	34	62
II (Leopoldstadt)[2]	3.077	85	2.087	67	520	93	469	25
III (Landstraße)	3.040	55	1.990	54	567	56	482	45
IV (Wieden)	292	21	190	45	55	29	46	47
V (Margareten)	971	10	632	64	183	65	154	81
VI (Mariahilf)	53	92	35	03	10	27	8	62
VII (Neubau)	22	14	14	44	4	17	3	53
VIII (Josefstadt)	66	86	43	55	12	73	10	58
IX (Alsergrund)	137	05	89	13	26	—	21	92
X (Favoriten)	1.342	06	872	33	255	26	214	47
XI (Simmering)	3.211	77	2.088	39	610	44	512	94
XII (Meidling)	660	13	429	92	125	11	105	10
XIII (Hietzing)	8.876	83	5.774	02	1.686	15	1.416	66
XIV (Rudolfsheim)	196	41	128	44	36	94	31	03
XV (Fünfhaus)	4	92	3	19	—	94	—	79
XVI (Ottakring)	898	29	583	81	170	92	143	56
XVII (Hernals)	624	95	405	66	119	18	100	11
XVIII (Währing)	3.156	10	2.049	74	601	22	505	14
XIX (Döbling)	2.982	98	1.937	43	568	36	477	19
XX (Brigittenau)[3]								
und zwar 1900 für								
das laufende Jahr	22.564	54	14.641	24	4.306	13	3.617	17
frühere Jahre	7.267	74	4.855	59	1.290	08	1.122	7

[1]) Vergleiche die 1. Anmerkung auf Seite 233. — [2]) Darunter auch die Steuerbeträge für den XX. Gemeindebezirk. — [3]) Siehe die 2. Anmerkung. — [4]) Vergleiche die 1. Anmerkung auf Seite 234.

d) Gebäudesteuern, Zins- und Schulheller.

1. Die Zahl der Häuser mit Rücksicht auf ihre Besteuerung in den Jahren 1897—1900.[1])

Jahr	Gesamtzahl der Häuser	Hievon waren				
		ganz steuerpflichtig	wegen Baufreijahre		wegen ihrer Widmung zu öffentlichen Zwecken	
			ganz	zum Teile	ganz	zum Teile
			zeitlich steuerfrei		dauernd steuerfrei	
1897	31.237	16.572	8.196	5.445	801	223
1898	31.101	17.448	7.376	5.257	801	219
1899	32.427	18.629	6.678	5.989	940	191
1900	32.427	20.356	5.361	5.579	940	191

[1]) Die Angaben dieser Tabelle sind den „Mitteilungen des k. k. Finanzministeriums", VIII. Jahrgang, Seite 606 und 607 entnommen. Zur Erklärung der auffälligen Zahlen der Jahre 1898 und 1900 vgl. die 1. Anmerkung auf Seite 240. Das dort Bemerkte läßt es auch begreiflich finden, daß die hier für die einzelnen Jahre angegebenen Gesamtzahlen der Häuser mit den Zahlen auf Seite 16 dieses Jahrbuches nicht übereinstimmen, abgesehen davon daß für Steuerzwecke die Zählung der Häuser in anderer Weise als anläßlich der Volkszählung erfolgt.

2. Die Zahl der Bauten, welche vom Jahre 1854 bis 1900 von der Gebäudesteuer zeitlich befreit wurden.[1])

Zeitraum	Zeitliche Befreiung von der Gebäudesteuer															Zahl der Gebäude welche im Schlußjahre des seitlich bezeichneten Zeitraumes	
	durch 12 Jahre für		durch 15 Jahre für		durch 18 Jahre für		durch 20 Jahre für		durch 24 Jahre für	durch 25 Jahre für		durch 30 Jahre für		zusammen für			die zeitliche Steuerfreiheit bewilligt erhielten	aus der Steuerfreiheit austraten
	Neubauten	Um- und Zubauten	Neubauten	Um- und Zubauten	Neubauten	Um- und Zubauten	Neubauten	Um- und Zubauten	Neubauten	Neubauten	Um- und Zubauten	Neubauten	Um- und Zubauten	Neubauten	Um- und Zubauten	Bauten im ganzen		
1854—1896	5.194	9.358	1.643	1.778	540	145	274	288	1	1069	665	920	—	9.641	12.234	21.875	?	726
1854—1897	5.617	9.909	1.643	1.778	540	213	274	288	1	1069	665	920	—	10.064	12.853	22.917	1.042	648
1854—1898	6.089	10.459	1.643	1.778	540	267	274	288	1	1069	665	923	—	10.539	13.457	23.996	1.079	789
1854—1899	6.717	11.016	1.643	1.778	588	267	274	288	6	1069	665	923	—	11.220	14.014	25.234	1.238	1.635
1854—1900	7.489	11.502	1.643	1.778	588	311	274	288	6	1069	665	923	—	11.992	14.544	26.536	1.302	1.206

[1]) Nach den Mitteilungen des k. k. Finanzministeriums, IV. Jahrgang, Seite 634 ff, VI. Jahrgang, Seite 1196 ff und VIII. Jahrgang, Seite 622 ff.

Fortsetzung der Anmerkungen zur folgenden Tabelle.

Ziffern der vorgeschriebene Brutto-Mietzinse und der Abzugsposten der beiden Jahre Verschiedenheiten sich zeigen, so erklärt sich dies teils als Folgewirkung der auf Seite 222 bei Besprechung der Hauszinssteuer erwähnten Gesetze vom Jahre 1891 und 1896, hauptsächlich aber daraus, daß eine größere Anzahl von Gebäuden aus der Besteuerung mit der 5%igen Steuer in die mit der Hauszinssteuer trat. — [2]) Nach dem Ertrage der Mietsteuer (Zinsheller) berechnet die städtische Buchhaltung den Brutto-Mietzins für das Jahr 1900 mit 224,758.820 K. — [3]) Mit Einschluß der Vorschreibung für den mit Beginn des Jahres 1900 mit dem II. noch vereinigt gewesenen XX. Gemeindebezirk. — [4]) Diese Zahlen betreffen jene Gebäude und Gebäudeteile, welche bis Ende 1897 der 20%igen Hauszinssteuer unterlagen. Siehe hierüber auf Seite 222 und 223. — [5]) Diese Zahlen betreffen jene Gebäude- und Gebäudeteile, welche bis Ende 1897 der Hausklassensteuer unterlagen. Siehe hierüber auf Seite 222 und 223. — [6]) Diese Ziffer stellt jenes Zinserträgnis vor, von welchem die 5%ige Steuer an den Staat zu entrichten ist.

3. Der Brutto-Mietzins[1]) der Gebäude im Durchschnitte der Zinsjahre 1899/1900 nach der amtlichen Richtigstellung.

Gemeindebezirk	Brutto-Mietzins				Hievon werden abgezogen als nicht unterliegend								Es verbleibt daher ein vorgeschriebener hauszinssteuerpflichtiger Netto-Mietzins			
					der Gebäudesteuer überhaupt				der Hauszinssteuer							
					15%		15% oder mehr		die restlichen 85%		die restlichen %					
					für Erhaltungs- und Amortisationskosten der Gebäude				des Brutto-Mietzinses jener Gebäude oder Gebäudeteile, welche aus dem Titel der Bauführung die Befreiung von der Hauszinssteuer genießen							
	im ganzen[2])		in den Gemeindebezirken und Gemeindebezirksteilen, welche der Hauszinssteuer unterliegen, und zwar													
	der 26²/₃%igen		einer niedrigeren		der 26²/₃%igen		einer niedrigeren		der 26²/₃%igen		einer niedrigeren		26²/₃%igen		einer niedrigeren	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
I	44,146.888	58	44,146.888	58	—	—	6,622.033	29	—	—	12,822.561	06	—	—	24,702.294	23	—	—
[3]) II	22,684.287	16	22,683.967	16	420	—	3,402.595	07	113	40	5,365.533	51	—	—	13,915.838	58	306	60
III	17,365.851	82	17,365.851	82	—	—	2,604.877	77	—	—	4,958.311	53	—	—	9,802.662	52	—	—
IV	12,819.545	62	12,819.345	62	—	—	1,922.901	84	—	—	2,954.006	—	—	—	7,942.437	78	—	—
V	10,267.620	48	10,267.620	48	—	—	1,540.143	07	—	—	3,354.340	87	—	—	5,373.136	54	—	—
VI	11,448.135	48	11,448.135	48	—	—	1,717.220	32	—	—	2,355.745	98	—	—	7,375.169	18	—	—
VII	13,396.839	58	13,396.839	58	—	—	2,009.525	94	—	—	3,019.620	27	—	—	8,367.693	37	—	—
VIII	8,188.477	16	8,188.477	16	—	—	1,228.271	58	—	—	2,333.275	96	—	—	4,626.929	62	—	—
IX	14,883.677	76	14,883.677	76	—	—	2,232.551	67	—	—	6,536.234	66	—	—	6,114.891	43	—	—
X	8,014.953	70	7,426.585	88	[4]) 574.117 [5]) 14.250	82 —	1,113.987	88	[4]) 155.011 [5]) 2.137	81 50	2,370.390	33	[4]) 223.401 [5]) 2.281	21 40	3,942 207	67	[4]) 195.704 [5]) 9.831	80 10
XI	1,904.407	08	—	—	[4]) 1,859.302 [5]) 45.104	68 40	—	—	[4]) 502.011 [5]) 6.765	72 66	—	—	[4]) 339.809 [5]) 4.722	39 09	—	—	[4]) 1,017.481 [5]) 33.616	57 65
XII	4,884.266	92	4,388.501	52	495.765	40	658.275	23	133.856	66	976.232	04	97.582	20	2,753.994	25	264.326	54
XIII	4,693.056	02	2,562.548	84	[4]) 2,129.994 [5]) 512	26 92	384.382	33	[4]) 575.098 [5]) 76	45 94	729.593	95	[4]) 360.234 [5]) —	01 —	1,448.572	56	[4]) 1,194.661 [5]) 435	80 98
XIV	5,764.149	04	5,764.149	04	—	—	864.622	36	—	—	1,666.094	06	—	—	3,233.432	62	—	—
XV	4,423.473	76	4,423.473	76	—	—	663.521	06	—	—	698.690	17	—	—	3,061.262	53	—	—
XVI	9,424.232	82	3,919.440	36	5,504.792	46	587.916	05	1,486.293	96	1,176.420	13	956.555	87	2,155.104	18	3,061.942	63
XVII	6,763.909	06	6,241.409	28	522.499	78	936.211	39	141.074	95	1,313.665	26	63.348	64	3,991.532	63	318.076	19
XVIII	7,959.782	36	7,256.039	68	703.742	68	1,088.405	95	190.010	53	2,127.795	84	212.739	39	4,039.837	89	300.992	76
XIX	3,008.360	86	2,230.692	88	777.667	98	334.603	93	209.970	35	472.036	50	117.318	74	1,424.052	45	450.378	89
zus.	212,041.815	26	199,413.644	88	[4]) 12,568.303 [5]) 59.867	06 32	29,912.046	73	[4]) 3,393.441 [5]) 8.980	83 10	55,230.548	12	[4]) 2,370.989 [5]) 7.003	45 49	114,271.050	03	[4]) 6,803.871 [5]) 43.883	78 73
					33,314.468 K 66 h				[6]) 57,608.541 K 06 h				121,118.805 K 54 h			

[1]) Vom Steuerjahre 1897 angefangen hat nach dem Gesetze vom 12. Juli 1896, R.-G.-Bl. Nr. 120, die Bemessung der Zinssteuer und der 5%igen Steuer vom Reinertrage zeitlich steuerfreier Gebäude in jenen Orten, in denen nach den bestehenden Vorschriften sämtliche Gebäude der Zinssteuer unterliegen, nicht mehr alljährlich, sondern in Zeiträumen von zwei zu zwei Jahren stattzufinden. Als Grundlage der Steuerbemessung für die zweijährige Periode, bzw. für jedes der beiden Jahre hat der Durchschnitt aus den bedungenen Mietzinsen, bzw. (bei der Selbstbenützung) aus den parifizierten Mietzinswerten der der Steuerperiode vorangehenden zwei Jahre zu dienen. Daraus ergibt sich, daß in dem für das zweite Jahr der Steuerperiode vorgeschriebenen Brutto-Mietzinse weder die durch Neu-, Zu-, Um- und Aufbauten, dann durch Steigerung des Mietzinses in bestehenden Gebäuden im ersten Jahre zugewachsenen, noch die durch Demolierungen, dann durch Herabsetzung des Mietzinses in bestehenden Gebäuden in dieser Zeit in Abfall gekommenen Mietzinsbeträge berücksichtigt erscheinen. Wenn zwischen den

Fortsetzung der Anmerkungen siehe auf der vorhergehenden Seite.

4. Summarium der Gebäudesteuern samt Zuschlägen, mit Einschluß der Zins- und Schulheller[1]) für das Jahr 1900.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die landesfürstliche Steuer		Landeszuschläge		Gemeindezuschläge, Zins- u. Schulheller[1])	
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Vorgeschriebene Gebäudesteuerbeträge, Zins- und Schulheller[1])								
1900 u. zw. 1900[3]) im Gemeindebezirke:	77,349.794	23	32,550.908	62	12,260.013	97	32,538.871	64
I (Innere Stadt)	14,971.159	71	6,550.040	91	2,122.548	52	6,298.570	28
II (Leopoldstadt)[4])	8,676.389	13	3,455.671	10	1,493.821	42	3,726.896	61
III (Landstraße)	6,300.383	94	2,615.956	51	1,056.122	23	2,628.305	20
IV (Wieden)	5,004.529	90	2,177.190	36	794.069	57	2,033.269	97
V (Margareten)	3,658.425	78	1,494.322	91	609.839	93	1,554.262	94
VI (Mariahilf)	4,424.836	80	1,954.776	95	680.912	35	1,789.147	50
VII (Neubau)	5,221.134	66	2,250.133	51	843.458	25	2,127.542	90
VIII (Josefstadt)	2,956.642	99	1,245.604	51	481.512	51	1,229.525	97
IX (Alsergrund)	4,905.484	61	1,860.376	68	786.794	07	2,258.313	86
X (Favoriten)	3,084.717	21	1,217.884	38	530.492	28	1,336.340	55
XI (Simmering)	566.104	23	217.559	37	82.192	47	266.352	39
XII (Meidling)	1,805.277	51	770.859	24	291.735	21	742.683	06
XIII (Hietzing)	1,694.559	66	668.503	68	272.232	92	753.823	06
XIV (Rudolfsheim)	2,209.305	16	888.662	57	378.344	87	942.297	72
XV (Fünfhaus)	1,661.946	59	758.705	97	258.827	17	644.413	45
XVI (Ottakring)	3,203.548	—	1,248.329	05	503.920	70	1,451.298	25
XVII (Hernals)	2,531.867	48	1,099 403	56	402.637	88	1,029.826	04
XVIII (Währing)	2,781.159	12	1,152.593	89	457.274	24	1,171.290	99
XIX (Döbling)	1,074.153	09	465.390	26	167.430	72	441.332	11
XX (Brigittenau)[5])	618.168	66	458.943	21	45.846	66	113.378	79
b) Abgeschriebene Gebäudesteuerbeträge, Zins- und Schulheller[1]) für leergestandene oder an Gesandte und deren Gefolge vermietete Wohnungen[2]) und für demolierte Gebäude								
1900 u. zw. 1900[3]) im Gemeindebezirke:	[6]) 5,787.147	26	2,687.852	32	849.976	64	[7]) 2,249.318	30
I (Innere Stadt)	917.159	24	418.356	19	130.751	91	368.051	14
II (Leopoldstadt)[8])	317.358	41	178.780	65	38.472	68	100.105	08
III (Landstraße)	222.203	09	91.339	55	34.390	50	96.473	04
IV (Wieden)	521.076	18	228.124	08	81.627	99	211.324	11
V (Margareten)	232.529	18	103.246	77	35.681	78	93.600	63
VI (Mariahilf)	697.762	73	329.639	32	103.156	54	264.966	87
VII (Neubau)	704.834	15	332.035	64	106.408	34	266.390	17
VIII (Josefstadt)	155.633	93	67.022	30	24.842	59	63.769	04
IX (Alsergrund)	354.072	49	159.814	42	53.942	46	140.315	61
X (Favoriten)	305.118	59	134.078	69	48.380	84	122.659	06
XI (Simmering)	7.990	06	3.173	41	1.130	59	3.686	06
XII (Meidling)	109.513	43	53.055	08	16.036	21	40.422	14
XIII (Hietzing)	133.158	87	60.952	11	19.359	77	52.846	99
XIV (Rudolfsheim)	263.628	67	126.550	32	39.466	18	97.612	17
XV (Fünfhaus)	48.229	12	23.472	87	7.124	21	17.632	04
XVI (Ottakring)	385.180	75	173.570	76	52.037	90	159.572	09
XVII (Hernals)	179.129	75	84.732	91	26.667	33	67.729	51
XVIII (Währing)	124.073	11	53.341	99	19.060	58	51.670	54
XIX (Döbling)	75.956	46	42.413	31	9.037	31	24.505	84
XX (Brigittenau)[9])	32.539	05	24.151	95	2.400	93	5.986	17

[1]) Vgl. die Bemerkung über Vorschreibung, Eingebung und Verbuchung der Zins- und Schulheller auf Seite 229. — [2]) In den Zahlen sind auch die wegen Uneinbringlichkeit des Mietzinses abgeschriebenen Beträge an Hauszinssteuer und fünfprozentiger Steuer vom reinen Zinsertrage enthalten. Die Abschreibung dieser Beträge wurde mit Gesetz vom 24. Oktober 1896, R.-G.-Bl. Nr. 223, giltig seit 1. Jänner 1898, gestattet. — [3]) Eine Teilung der Gesamtziffern in die beiden Posten: „für das laufende Jahr" und „für die früheren Jahre" kann nicht gemacht werden, weil alle Beträge für den laufenden Dienst verrechnet werden. — [4]) Unter den Beträgen für den II. Gemeindebezirk sind auch nachträglich im ersten Halbjahre 1900 vorgeschriebene Gebäudesteuern vom Zinsertrage der aus dem Titel der Bauführung im ganzen oder teilweise die Befreiung von der Hauszinssteuer genießenden Gebäude des XX. Gemeindebezirkes. — [5]) Darunter die Hauszinssteuerbeträge und die nachträglich im zweiten Halbjahre 1900 vorgeschriebenen, in der 4. Anmerkung erwähnten Gebäudesteuern. — [6]) Davon 2,058.290 K 51 h aus Anlaß von Wohnungsleerstehungen, 3.961 K 28 h wegen Uneinbringlichkeit des Mietzinses und 3,724.895 K 47 h wegen Demolierungen, nachträglich bewilligter Steuerfreiheit und Gebühren-Richtigstellungen. — [7]) Darunter an Zins- und Schulhellern für die Wohnungen der Gesandten 29.478 K 96 h. — [8]) Vgl. die 3. Anmerkung auf Seite 232. — [9]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 232.

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die					
			landesfürstliche Steuer		Landeszuschläge		Gemeindezuschläge, Zins- u. Schulheller [1])	
	K	h	K	h	K	h	K	h
c) Eingezahlte Gebäudesteuerbeträge [2]), Zins- und Schulheller [1])								
1900	70,840.414	91	29,624.733	18	11,237.730	09	29,977.951	64
u. zw. 1900 [4]) im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt)	13,919.408	64	6,044.105	98	1,967.394	41	5,907.908	25
II (Leopoldstadt) [5])	7,652.724	35	3,291.569	52	1,242.023	80	3,119.131	03
III (Landstraße)	5,962.871	25	2,491.207	81	999.449	61	2,472.213	83
IV (Wieden)	4,374.739	35	1,912.848	49	690.368	65	1,771.522	21
V (Margareten)	3,376.228	23	1,369.858	33	565.406	12	1,440.963	78
VI (Mariahilf)	3,795.460	27	1,655.389	10	586.105	61	1,553.965	56
VII (Neubau)	4,560.597	92	1,943.245	41	744.309	75	1,873.042	76
VIII (Josefstadt)	2,801.145	86	1,178.459	17	457.297	59	1,165.389	10
IX (Alsergrund)	4,597.356	26	1,728.983	24	736.798	85	2,131.574	17
X (Favoriten)	2,672.019	86	1,043.731	10	458.873	20	1,169.415	56
XI (Simmering)	564.449	11	215.066	46	81.927	24	267.455	41
XII (Meidling)	1,709.762	57	730.423	92	275.709	78	703.628	87
XIII (Hietzing)	1,517.269	62	593.001	04	242.913	86	681.354	72
XIV (Rudolfsheim)	1,970.784	73	771.686	89	340.863	14	858.234	70
XV (Fünfhaus)	1,612.771	86	735.559	15	251.815	93	625.396	78
XVI (Ottakring)	2,850.782	57	1,087.495	01	456.435	46	1,306.852	10
XVII (Hernals)	2,371.125	08	1,024.660	63	377.336	31	969.128	14
XVIII (Währing)	2,657.722	82	1,099.360	49	437.757	95	1,120.604	38
XIX (Döbling)	998.271	22	423.495	78	158.584	52	416.190	92
XX (Brigittenau) [6])	874.923	34	284.585	66	166.358	31	423.979	37
d) Rückständige Gebäudesteuerbeträge [3]), Zins- und Schulheller [1])								
1900	3,559 705	51	1,569.623	29	631.758	14	1,358.324	08
u. zw. 1900 [4]) im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt)	409.723	71	208.936	42	70.190	55	130.596	74
II (Leopoldstadt)	519.606	25	201.767	42	98.530	84	219.307	99
III (Landstraße)	269.920	55	80.908	52	56.685	33	132.326	70
IV (Wieden)	275.899	12	119.107	16	45.319	—	111.472	96
V (Margareten)	200.540	30	87.418	67	31.784	76	81.336	87
VI (Mariahilf)	320.332	98	203.106	10	47.982	15	69.244	73
VII (Neubau)	199.701	91	112.721	08	32.641	40	54.339	43
VIII (Josefstadt)	88.859	70	37.956	93	14.950	99	35.951	78
IX (Alsergrund)	146.685	32	55.774	29	31.848	84	59.062	19
X (Favoriten)	263.767	24	103.720	46	49.497	19	110.549	59
XI (Simmering)	11.116	67	4.209	16	2.016	48	4.891	03
XII (Meidling)	46.617	55	22.542	88	6.923	23	17 151	44
XIII (Hietzing)	112.042	87	41.024	73	20.778	68	50.239	46
XIV (Rudolfsheim)	133.979	83	66.629	01	22.156	61	45.194	21
XV (Fünfhaus)	33.665	27	15.143	87	4.911	59	13.609	81
XVI (Ottakring)	98.600	36	43.820	60	13.523	42	41.256	34
XVII (Hernals)	62.451	11	25.487	42	10.596	63	26.367	06
XVIII (Währing)	73.127	19	31.198	60	12.854	80	29.073	79
XIX (Döbling)	32.840	40	13.162	39	5.562	36	14.115	65
XX (Brigittenau)	260.227	18	94.987	58	53.003	29	112.236	31

[1]) Vgl. die Bemerkung über Vorschreibung, Einhebung und Verbuchung der Zins- und Schulheller auf Seite 229.
[2]) „ „ 1. Anmerkung auf Seite 233.
[3]) „ „ 1. „ „ „ 234.
[4]) „ „ 3. „ auf der vorhergehenden Seite.
[5]) „ „ 5. „ „ Seite 233.
[6]) „ „ 6. „ „ „ 233.

5. Hauszinssteuer[1]) vom Zinsertrage der ihr im ganzen oder teilweise unterliegenden Gebäude samt Zuschlägen, ferner Zins- und Schulheller[2]) im Jahre 1900.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die: landesfürstliche Steuer		Landeszuschläge[3])		Gemeindezuschläge[3]), Zins- und Schulheller[2])	
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Vorgeschriebene[4]) Hauszinssteuerbeträge, Zins- und Schulheller[2])								
1900	73,252 838	09	28,792,364	72	12,008.653	06	32,451.820	31
u. zwar 1900[6]) im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	14,110.397	31	5,856.244	73	1,984.465	58	6,269.687	—
II (Leopoldstadt)	8,250.798	82	3,038.702	23	1,488.755	88	3,723.340	71
III (Landstraße)	5,990.069	49	2,310.948	57	1,053.000	75	2,626.120	17
IV (Wieden)	4,772.243	77	1,966.195	70	781.554	64	2,024.493	43
V (Margareten)	3,442.268	47	1,292.271	06	601.556	89	1,548.440	52
VI (Mariahilf)	4,214.262	74	1,775.692	88	662.170	84	1,776.399	02
VII (Neubau)	4,991.270	57	2,033.053	15	835.867	33	2,122.350	09
VIII (Josefstadt)	2,801.754	17	1,102.599	11	474.524	47	1,224.630	59
IX (Alsergrund)	4,479.254	96	1,482.729	93	746.045	17	2,250.479	86
X (Favoriten)	2,905.670	24	1,038.837	41	530.492	28	1,336.340	55
XI (Simmering)	539.679	91	191.135	05	82.192	47	266.352	39
XII (Meidling)	1,731.206	50	698.006	59	291.018	53	742.181	38
XIII (Hietzing)	1,605.392	92	580.110	17	271.778	08	753.504	67
XIV (Rudolfsheim)	2,084.242	99	765.727	86	377.093	42	941.421	71
XV (Fünfhaus)	1,617.737	53	715.867	30	258.021	31	643.848	92
XVI (Ottakring)	3,037.216	10	1,082.299	44	503.742	88	1,451.173	78
XVII (Hernals)	2,430.475	25	1,003.308	80	399.522	02	1,027.644	43
XVIII (Währing)	2,634.316	96	1,011.176	30	454.083	33	1,169.057	33
XIX (Döbling)	1,032.391	11	424.495	61	166.920	53	440.974	97
XX (Brigittenau)	582.188	28	422.962	83	45.846	66	113.378	79
b) Abgeschriebene Hauszinssteuerbeträge, Zins- und Schulheller[2]) für leergestandene oder an Gesandte und deren Gefolge vermietete Wohnungen[5]) und für demolierte Gebäude								
1900	5,608.004	22	2,526.119	17	838.792	48	2,243.092	57
u. zwar 1900[6]) im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	882.635	90	391.155	43	125.637	97	365.842	50
II (Leopoldstadt)[7])	304.615	54	166.336	14	38.297	18	99.982	22
III (Landstraße)	214.101	12	83.313	29	34.345	96	96.441	87
IV (Wieden)	501.881	44	209.715	93	81.165	30	211.000	21
V (Margareten)	219.592	67	92.603	50	34.357	34	92.631	83
VI (Mariahilf)	679.905	85	314.448	16	101.605	66	263.852	03
VII (Neubau)	688.858	29	317.076	31	105.810	37	265.971	61
VIII (Josefstadt)	148.622	13	60.521	30	24.542	27	63.558	56
IX (Alsergrund)	341.127	73	148 279	99	52.931	86	139 915	88
X (Favoriten)	294.799	76	123.759	86	48.380	84	122.659	06
XI (Simmering)	7.695	09	2.878	44	1.130	59	3.686	06
XII (Meidling)	108.488	85	52.057	58	16.020	29	40.410	98
XIII (Hietzing)	130.920	47	58.726	—	19.352	54	52 841	93
XIV (Rudolfsheim)	259.781	63	122.782	40	39.422	28	97.576	95
XV (Fünfhaus)	47.790	88	23.038	41	7.121	98	17.630	49
XVI (Ottakring)	381.616	49	170.105	98	51.979	39	159.531	12
XVII (Hernals)	176.511	53	82.176	95	26.630	70	67.703	88
XVIII (Währing)	113.365	57	43.364	65	18.631	02	51.369	90
XIX (Döbling)	74.391	40	40.864	07	9.028	01	24.499	32
XX (Brigittenau)[8])	31.301	88	22.914	78	2.400	93	5.986	17

[1]) Die Ergebnisse der 26²/₃- und sonstigen Hauszinssteuer sind in diesen Tabellen zusammen dargestellt. — [2]) Vgl. die Bemerkung über die Vorschreibung, Einhebung und Verbuchung der Zins- und Schulheller auf Seite 229. Über die Höhe des berechneten Ertrages der Zins- und der Schulheller siehe auf Seite 276. — [3]) In welchen Umfange hier und auf den folgenden Seiten bis einschließlich Seite 246 die Landes-, bzw. Gemeindezuschläge verrechnet erscheinen, darüber siehe die Bemerkung auf Seite 230 oben. — [4]) Mit Einschluß der im Laufe des Jahres vorgeschriebenen Beträge. — [5]) Siehe die 2. Anmerkung auf Seite 241. — [6]) Siehe die 3. Anmerkung auf Seite 241. — [7]) Darunter auch die im ersten Halbjahr 1900 für Gebäude im XX. Gemeindebezirke abgeschriebenen Beträge. — [8]) Siehe die 7. Anmerkung.

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamt-Betrag [1]		Hievon entfallen auf die landesfürstliche Steuer		Landes-Zuschläge [2]		Gemeinde-Zuschläge [2], Zins- und Schulheller [3]	
	K	h	K	h	K	h	K	h
c) Eingezahlte [4] Hauszinssteuerbeträge, Zins- und Schulheller [3]								
1900	66,999.631	49	26,109.016	06	10,995.249	74	29,895.365	69
u. zw. 1900 [6] im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt)	13,091.672	71	5,377.415	92	1,833.733	86	5,880.522	93
II (Leopoldstadt) [7]	7,324.848	12	2,971.424	24	1,237.461	22	3,115.962	66
III (Landstraße)	5,678.063	11	2,211.629	—	996.373	53	2,470.060	58
IV (Wieden)	4,172.001	79	1,732.149	13	677.399	88	1,762.452	78
V (Margareten)	3,173.458	31	1,180.066	78	557.812	28	1,435.579	25
VI (Mariahilf)	3,595.851	74	1,486.690	66	567.715	54	1,541.445	54
VII (Neubau)	4,332.587	59	1,727.317	21	737.155	04	1,868.115	34
VIII (Josefstadt)	2,651.325	66	1,040.284	17	450.413	24	1,160.628	25
IX (Alsergrund)	4,195.564	35	1,372.672	13	697.985	88	2,124.906	34
X (Favoriten)	2,515.599	11	887.310	35	458.873	20	1,169.415	56
XI (Simmering)	537.131	28	187.748	63	81.927	24	267.455	41
XII (Meidling)	1,637.799	84	659.529	03	275.081	82	703.188	99
XIII (Hietzing)	1,439.797	63	516.265	37	242.490	43	681.041	83
XIV (Rudolfsheim)	1,848.939	57	652.308	48	339.410	06	857.221	03
XV (Fünfhaus)	1,569.775	52	693.539	47	251.241	68	624.994	37
XVI (Ottakring)	2,680.678	85	917.594	10	456.316	15	1,306.768	60
XVII (Hernals)	2,270.038	83	929.011	63	374.140	03	966.887	17
XVIII (Währing)	2,524.621	85	970.445	74	435.276	72	1,118.899	39
XIX (Döbling)	957.362	52	383.438	59	158.083	63	415.840	30
XX (Brigittenau) [8]	802.513	11	212.175	43	166.358	31	423.979	37
d) Rückständige [5] Hauszinssteuerbeträge, Zins- und Schulheller [3]								
1900	3,257.546	44	1,278 423	86	625.102	39	1,354.020	19
u. zw. 1900 [6] im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt)	396.171	40	197.771	04	68.604	46	129.795	90
II (Leopoldstadt)	473.260	51	156.938	79	97.643	66	218.678	06
III (Landstraße)	232.608	27	43.596	85	56.684	97	132.326	45
IV (Wieden)	254.430	49	97.863	29	45.175	61	111.391	59
V (Margareten)	187.037	80	74.448	88	31.464	14	81.124	78
VI (Mariahilf)	314.896	05	198.011	35	47.771	95	69.112	75
VII (Neubau)	189.508	98	103.747	41	31.883	35	53.878	22
VIII (Josefstadt)	79.858	81	29.692	73	14.548	26	35.617	82
IX (Alsergrund)	122.129	74	33.766	09	30.343	45	58.020	20
X (Favoriten)	234.452	30	74.405	52	49.497	19	110.549	59
XI (Simmering)	10.063	87	3.156	36	2.016	48	4.891	03
XII (Meidling)	42.913	64	18.955	97	6.854	23	17.103	44
XIII (Hietzing)	99.859	20	28.864	66	20.755	08	50.239	46
XIV (Rudolfsheim)	121.456	17	54.192	88	22.104	82	45.158	47
XV (Fünfhaus)	32.156	71	14·025	26	4.682	21	13.449	24
XVI (Ottakring)	91.256	31	36.476	55	13.523	42	41.256	34
XVII (Hernals)	58.742	—	21.965	67	10.486	66	26.289	67
XVIII (Währing)	65.878	76	24.596	74	12.496	80	28.785	22
XIX (Döbling)	30.922	62	11.244	61	5.562	36	14.115	65
XX (Brigittenau)	219.942	81	54.703	21	53.003	29	112.236	31

[1] Siehe die 1. Anmerkung auf der vorhergehenden Seite. — [2] Siehe die 3. Anmerkung auf der vorhergehenden Seite. — [3] Siehe die 2. Anmerkung auf der vorhergehenden Seite. — [4] Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 233. — [5] Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 234. — [6] Siehe die 3. Anmerkung auf Seite 241. — [7] Siehe die 5. Anmerkung auf Seite 233. — [8] Siehe die 6. Anmerkung auf Seite 233.

6. Gebäudesteuer vom Zinsertrage der aus dem Titel der Bauführung im ganzen oder teilweise die Befreiung von der Hauszinssteuer genießenden Gebäude samt Zuschlägen im Jahre 1900.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamt-Betrag		Hievon entfallen auf die landesfürstliche Steuer [1]		Landes-Zuschläge [1]		Gemeinde-Zuschläge [1]	
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Vorgeschriebene Steuerbeträge vom Zinsertrage hauszinssteuerfreier Gebäude [2]								
1900	4,096.956	14	3,758.543	90	251.360	91	87.051	33
u. zw. 1900 [4]) im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt)	860.762	40	693.796	18	138.082	94	28.883	28
II (Leopoldstadt) [5]	425.590	31	416.968	87	5.065	54	3.555	90
III (Landstraße)	310.314	45	305.007	94	3.121	48	2.185	03
IV (Wieden)	232.286	13	210.994	66	12.514	93	8.776	54
V (Margareten)	216.157	31	202.051	85	8.283	04	5.822	42
VI (Mariahilf)	210.574	06	179.084	07	18.741	51	12.748	48
VII (Neubau)	229.864	09	217.080	36	7.590	92	5.192	81
VIII (Josefstadt)	154.888	82	143.005	40	6.988	04	4.895	38
IX (Alsergrund)	426.229	65	377.646	75	40.748	90	7.834	—
X (Favoriten)	179.046	97	179.046	97	—	—	—	—
XI (Simmering)	26.424	32	26.424	32	—	—	—	—
XII (Meidling)	74.071	01	72.852	65	716	68	501	68
XIII (Hietzing)	89.166	74	88.393	51	454	84	318	39
XIV (Rudolfsheim)	125.062	17	122.934	71	1.251	45	876	01
XV (Fünfhaus)	44.209	06	42.838	67	805	86	564	53
XVI (Ottakring)	166.331	90	166.029	61	177	82	124	47
XVII (Hernals)	101.392	23	96.094	76	3.115	86	2.181	61
XVIII (Währing)	146.842	16	141.417	59	3.190	91	2.233	66
XIX (Döbling)	41.761	98	40.894	65	510	19	357	14
XX (Brigittenau) [5]	35.980	38	35.980	38	—	—	—	—
b) Abgeschriebene Steuerbeträge vom Zinsertrage hauszinssteuerfreier Gebäude (für leergestandene Wohnungen) [3]								
1900	179.143	04	161.733	15	11.184	16	6.225	73
u. zw. 1900 [4]) im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt)	34.523	34	27.200	76	5.113	94	2.208	64
II (Leopoldstadt) [6]	12.742	87	12.444	51	175	50	122	86
III (Landstraße)	8.101	97	8.026	26	44	54	31	17
IV (Wieden)	19.194	74	18.408	15	462	69	323	90
V (Margareten)	12.936	51	10.643	27	1.324	44	968	80
VI (Mariahilf)	17.856	88	15.191	16	1.550	88	1.114	84
VII (Neubau)	15.975	86	14.959	33	597	97	418	56
VIII (Josefstadt)	7.011	80	6.501	—	300	32	210	48
IX (Alsergrund)	12.944	76	11.534	43	1.010	60	399	73
X (Favoriten)	10.318	83	10.318	83	—	—	—	—
XI (Simmering)	294	97	294	97	—	—	—	—
XII (Meidling)	1.024	58	997	50	15	92	11	16
XIII (Hietzing)	2.238	40	2.226	11	7	23	5	06
XIV (Rudolfsheim)	3.847	04	3.767	92	43	90	35	22
XV (Fünfhaus)	438	24	434	46	2	23	1	55
XVI (Ottakring)	3.564	26	3.464	78	58	51	40	97
XVII (Hernals)	2.618	22	2.555	96	36	63	25	63
XVIII (Währing)	10.707	54	9.977	34	429	56	300	64
XIX (Döbling)	1.565	06	1.549	24	9	30	6	52
XX (Brigittenau) [7]	1.237	17	1.237	17	—	—	—	—

[1]) Während die Steuerbeträge der landesfürstlichen Steuer alle jene Gebäude und Gebäudeteile betreffen, welche aus dem Titel der Bauführung die Freiheit von der Hauszinssteuer genießen, beziehen sich die der Landes- und Gemeindezuschläge bloß auf solche Gebäude, welche aus diesem Titel zugleich auch von den Landes- und Gemeindezuschlägen zur Hauszinssteuer befreit sind und für welche diese Zuschläge bloß von der 5%igen staatlichen Gebäudesteuer zu entrichten sind. Vgl. hierüber die Ausführungen auf Seite 230. Die Landes- und Gemeindezuschläge, welche die anderen hauszinssteuerfreien Gebäude betreffen, erscheinen in den beiden vorausgehenden Tabellenseiten zusammen mit den entsprechenden Zuschlägen zur landesfürstlichen Hauszinssteuer ausgewiesen. — [2]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 243. — [3]) Siehe die 2. Anmerkung auf Seite 241. — [4]) Siehe auch die 3. Anmerkung auf Seite 241. — [5]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 241. — [6]) Vgl. die 3. Anmerkung auf Seite 232. — [7]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 232.

(Fortsetzung und Schluß.)

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamt-Betrag		Hievon entfallen auf die					
			landesfürstliche Steuer[1]		Landes-		Gemeinde-	
					Zuschläge[1]			
	K	h	K	h	K	h	K	h
c) Eingezahlte Steuerbeträge vom Zinsertrage hauszinssteuerfreier Gebäude[2]								
1900 u. zw. 1900[4]) im Gemeindebezirke:	3,840.783	42	3,515.717	12	242.480	35	82.585	95
I (Innere Stadt)	827.735	93	666.690	06	133.660	55	27.385	32
II (Leopoldstadt)[5])	327.876	23	320.145	28	4.562	58	3.168	37
III (Landstraße)	284.808	14	279.578	81	3.076	08	2.153	25
IV (Wieden)	202.737	56	180.699	36	12.968	77	9.069	43
V (Margareten)	202.769	92	189.791	55	7.593	84	5.384	53
VI (Mariahilf)	199.608	53	168.698	44	18.390	07	12.520	02
VII (Neubau)	228.010	33	215.928	20	7.154	71	4.927	42
VIII (Josefstadt)	149.820	20	138.175	—	6.884	35	4.760	85
IX (Alsergrund)	401.791	91	356.311	11	38.812	97	6 667	83
X (Favoriten)	156.420	75	156.420	75	—	—	—	—
XI (Simmering)	27.317	83	27.317	83	—	—	—	—
XII (Meidling)	71.962	73	70.894	89	627	96	439	88
XIII (Hietzing)	77.471	99	76.735	67	423	43	312	89
XIV (Rudolfsheim)	121.845	16	119.378	41	1.453	08	1.013	67
XV (Fünfhaus)	42.996	34	42.019	68	574	25	402	41
XVI (Ottakring)	170.103	72	169.900	91	119	31	83	50
XVII (Hernals)	101.086	25	95.649	—	3.196	28	2.240	97
XVIII (Währing)	133.100	97	128.914	75	2.481	23	1.704	99
XIX (Döbling)	40.908	70	40.057	19	500	89	350	62
XX (Brigittenau[6])	72.410	23	72.410	23	—	—	—	—
d) Rückständige Steuerbeträge vom Zinsertrage hauszinssteuerfreier Gebäude[3]								
1900 u. zw. 1900[4]) im Gemeindebezirke:	302.159	07	291.199	43	6.655	75	4.303	89
I (Innere Stadt)	13.552	31	11.165	38	1.586	09	800	84
II (Leopoldstadt)	46.345	74	44.828	63	887	18	629	93
III (Landstraße)	37.312	28	37.311	67	—	36	—	25
IV (Wieden)	21.468	63	21.243	87	143	39	81	37
V (Margareten)	13.502	50	12.969	79	320	62	212	09
VI (Mariahilf)	5.436	93	5.094	75	210	20	131	98
VII (Neubau)	10.192	93	8.973	67	758	05	461	21
VIII (Josefstadt)	9.000	89	8.264	20	402	73	333	96
IX (Alsergrund)	24.555	58	22.008	20	1.505	39	1.041	99
X (Favoriten)	29.314	94	29.314	94	—	—	—	—
XI (Simmering)	1.052	80	1.052	80	—	—	—	—
XII (Meidling)	3.703	91	3.586	91	69	—	48	—
XIII (Hietzing)	12.183	67	12.160	07	23	60	—	—
XIV (Rudolfsheim)	12.523	66	12.436	13	51	79	35	74
XV (Fünfhaus)	1.508	56	1.118	61	229	38	160	57
XVI (Ottakring)	7.344	05	7.344	05	—	—	—	—
XVII (Hernals)	3.709	11	3.521	75	109	97	77	39
XVIII (Währing)	7.248	43	6.601	86	358	—	288	57
XIX (Döbling)	1.917	78	1.917	78	—	—	—	—
XX (Brigittenau)	40.284	37	40.284	37	—	—	—	—

[1]) Vgl. die 1. Anmerkung auf der vorhergehenden Seite. — [2]) Vgl. die 1. Anmerkung auf Seite 233. — [3]) Vgl. die 1. Anmerkung auf Seite 234. — [4]) Vgl. die 3. Anmerkung auf Seite 241. — [5]) Vgl. die 5. Anmerkung auf Seite 233. — [6]) Vgl. die 6. Anmerkung auf Seite 233.

e) Erwerbsteuer.

1. Allgemeine Erwerbsteuer.

1. Anzahl der für das Jahr 1900 in jeden Steuersatz der allgemeinen Erwerbsteuer eingereihten Steuerpflichtigen (Vorschreibungsposten), getrennt für die kontingentierte (von den Erwerbsteuer-Kommissionen bemessene) und nicht kontingentierte (von der Steuerbehörde I. Instanz bemessene) allgemeine Erwerbsteuer nach dem Stande mit Beginn des Jahres.

Nach dem von der k. k. Finanz-Landes-Direktion freundlichst der Statistischen Magistrats-Abteilung zur Benützung überlassenen Materialien. Die Nachweisungen, aus denen die folgenden Daten entnommen sind, sind alljährlich bis Ende März des Berichtsjahres von den Steuerbehörden I. Instanz an die Finanz-Landesbehörde einzusenden. Sie enthalten nicht die Zahl der steuerpflichtigen Personen, sondern die Anzahl der Vorschreibungsposten (Steuersätze). Die von den Erwerbsteuer-Kommissionen bemessenen Steuersätze hinsichtlich jener Betriebe und Unternehmungen, für welche die Erwerbsteuer nach dem Stichtage gelöscht wurde, sind hier nicht verzeichnet.

Über den Begriff der kontingentierten, bzw. nicht kontingentierten allgemeinen Erwerbsteuer siehe auf Seite 226.

Steuersatz in Kronen	Bemessen von den		Zusammen	Steuersatz in Kronen (Fortsetzung)	Bemessen von den		Zusammen	Steuersatz in Kronen (Fortsetzung und Schluß)	Bemessen von den		Zusammen
	Erwerbsteuer-Kommissionen	Steuerbehörden I. Instanz			Erwerbsteuer-Kommissionen	Steuerbehörden I. Instanz			Erwerbsteuer-Kommissionen	Steuerbehörden I. Instanz	
	Zahl der Steuerpflichtigen (Anzahl der Vorschreibungsposten—Steuersätze)				Zahl der Steuerpflichtigen (Anzahl der Vorschreibungsposten—Steuersätze)				Zahl der Steuerpflichtigen (Anzahl der Vorschreibungsposten—Steuersätze)		
3	1.548	171	1.719	160	1.471	102	1.573	3000	62	3	65
4	638	125	763	180	820	39	859	3400	20	—	20
5	156	59	215	200	1.307	83	1.390	3800	23	—	23
6	1.315	239	1.554	240	1.135	54	1.189	4200	36	—	36
8	3.090	284	3.374	280	833	43	876	4600	18	—	18
10	3.839	506	4.345	320	746	44	790	5000	23	—	23
12	10.223	860	11.083	360	790	32	822	5400	14	1	15
16	13.633	1180	14.813	440	813	34	847	5800	13	—	13
20	6.908	765	7.673	520	589	16	605	6200	9	—	9
24	5.579	577	6.156	600	499	20	519	6600	5	—	5
30	4.799	550	5.349	680	402	6	408	7000	15	—	15
36	4.642	406	5.048	800	386	16	402	7400	4	—	4
42	3.130	259	3.389	920	248	6	254	7800	8	—	8
48	2.951	272	3.223	1040	217	9	226	8200	9	—	9
56	2.548	234	2.782	1160	175	2	177	8600	—	—	—
64	2.321	208	2.529	1320	144	5	149	9000	12	—	12
72	1.677	147	1.824	1480	118	—	118	9400	1	—	1
80	2.184	204	2.388	1640	108	2	110	9800	—	—	—
90	1.341	109	1.450	1800	90	4	94	10200	5	—	5
100	1.818	101	1.919	2000	51	1	52	10600			
110	589	31	620	2200	28	2	30	und mehr	39	—	39
120	1.681	116	1.797	2400	33	1	34				
140	1.429	76	1.505	2600	32	—	32	zus.	89.390	8.004	97.394 [1]

[1]) Das Produkt der Steuersätze mit der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen (Vorschreibungsposten) ergibt den Betrag von 10,610.356 K; davon entfallen auf die kontingentierte allgemeine Erwerbsteuer 10,185.835 K und auf die nicht kontingentierte 424.521 K. Nach den Steuerklassen, in welche die Steuerpflichtigen vor der Bemessung eingereiht waren, kommen von der kontingentierten Erwerbsteuer, und zwar auf die I. Klasse 3,063.969 K, auf die II. 3,293.344 K, auf die III. 2,391.338 K und auf die IV. 1,437.184 K. Da diese Summen der bemessenen Beträge größer waren, als das aufzubringende Kontingent, wurden nach § 51 des Gesetzes in Abschlag gebracht: In der I. Klasse durchwegs 11%; in der II.—IV. Klasse je nach dem Gemeindebezirke, und zwar in der II. Klasse 4—21%, in der III. 6—23% und in der IV. 10—39%.

2. Anzahl der für das Jahr 1900 in jeden Steuersatz der allgemeinen Erwerbsteuer eingereihten Steuerpflichtigen (Vorschreibungsposten—Steuersätze)[1] in ganz Wien und in den einzelnen Veranlagungsbezirken[2] nach dem Stande mit Beginn des Jahres.

Steuersatz in Kronen	In ganz Wien	Im Gemeindebezirke													
		I	II und XX	III und XI	IV	V	VI	VII	VIII und IX	X	XII und XIII	XIV und XV	XVI	XVII	XVIII und XIX
	betrug die Zahl der Steuerpflichtigen (Anzahl der Vorschreibungsposten—Steuersätze)[1]														
3	1.719	96	100	404	107	60	94	111	195	53	79	134	83	89	114
4	763	23	47	131	21	22	91	97	98	23	76	28	37	43	26
5	215	3	28	111	1	6	2	6	16	—	2	4	10	8	18
6	1.554	40	85	537	34	46	113	118	124	36	74	37	143	58	109
8	3.374	150	312	371	145	128	157	258	360	200	232	204	351	293	213
10	4 345	140	575	733	44	147	344	325	413	89	294	121	599	183	338
12	11.0-3	449	904	678	405	1.126	591	771	994	611	905	1.159	999	819	672
16	14 813	530	2.648	795	659	1.205	726	767	1.097	632	1.097	1.575	1.444	895	743
20	7.673	296	735	607	411	712	444	524	604	622	437	546	661	458	616
24	6.156	328	671	414	379	525	352	418	475	434	392	304	511	262	691
30	5.349	294	723	445	302	357	325	369	441	391	400	360	367	222	353
36	5.048	423	636	365	374	323	252	276	423	264	406	472	333	208	293
42	3 389	292	588	310	162	174	151	215	347	146	237	208	181	45	233
48	3.223	288	605	247	217	134	156	185	297	174	217	134	157	158	254
56	2.782	422	380	217	149	117	98	174	230	166	174	139	177	151	188
64	2.529	378	295	192	123	137	153	155	189	110	154	238	151	82	172
72	1.824	251	264	122	79	91	69	85	131	118	116	126	156	95	121
80	2.388	403	298	160	135	122	120	164	164	114	132	187	140	124	125
90	1.450	181	215	133	61	67	63	79	138	55	104	115	74	71	94
100	1 919	308	260	159	127	112	91	121	157	87	142	124	66	60	105
110	620	124	100	61	28	20	16	28	26	33	52	30	40	33	29
120	1.797	358	210	145	116	106	85	120	141	89	102	126	75	45	79
140	1.505	344	188	112	65	72	83	105	122	50	77	111	56	43	77
160	1.573	250	201	101	89	74	82	112	147	59	96	107	56	42	57
180	859	268	122	58	33	37	32	20	55	31	49	52	38	23	41
200	1.390	335	189	75	92	61	82	96	136	33	51	102	37	32	69
240	1.189	286	153	62	60	59	83	80	140	33	51	64	47	29	42
280	876	232	94	59	50	40	60	61	94	32	36	59	16	14	29
320	790	250	107	41	53	26	47	61	49	26	28	42	14	17	29
360	822	258	90	55	51	36	46	60	49	30	40	34	20	22	31
440	847	278	90	58	33	25	43	74	62	35	35	38	19	17	40
520	605	215	73	34	27	22	39	48	26	20	21	40	16	10	14
600	519	201	65	37	26	12	31	31	37	17	18	21	8	6	9
680	408	150	53	33	20	15	30	33	18	13	12	19	3	1	8

[1]) Vgl. hiezu die Einleitung zur vorhergehenden Tabelle. — [2]) Über die Veranlagungsbezirke siehe die 5. Anmerkung zur Seite 225. Da die Nachweisungen über die von der Erwerbsteuer-Kommission bemessenen Steuersätze und die Anzahl der in jedem Steuersatze stehenden Erwerbsteuerpflichtigen nicht nach Gemeindebezirken, sondern nach Veranlagungsbezirken zu verfassen sind, können für einzelne Gemeindebezirke die Angaben nur zusammen mit denen des anderen, der zu demselben Veranlagungsbezirke gehört, gemacht werden. Für den II. und XX. Gemeindebezirk bestehen zwei Veranlagungsbezirke, die aber hinsichtlich ihres Umfanges diesen Gemeindebezirken nicht entsprechen; ihre Anzaben sind daher in der Tabelle absichtlich zusammengezogen.

(Fortsetzung.)

Steuersatz in Kronen	In ganz Wien	Im Gemeindebezirke[1])													
		I	II und XX	III und XI	IV	V	VI	VII	VIII und IX	X	XII und XIII	XIV und XV	XVI	XVII	XVIII und XIX
	betrug die Zahl der Steuerpflichtigen (Anzahl der Vorschreibungsposten—Steuersätze)														
800	402	164	50	22	16	12	30	35	24	12	10	11	4	5	7
920	254	119	25	21	12	12	7	16	13	7	7	5	2	5	3
1.040	226	91	24	13	11	7	19	20	8	11	8	6	1	3	4
1.160	177	84	15	13	6	6	8	8	14	5	6	4	—	3	5
1.320	149	73	9	11	8	6	7	10	5	6	2	6	1	—	5
1.480	118	51	7	8	3	8	6	8	10	4	5	3	1	—	4
1.640	110	60	9	7	2	4	2	2	11	7	1	3	—	—	2
1.800	94	42	12	1	6	5	5	6	2	2	6	3	2	2	—
2.000	52	15	3	7	2	3	5	7	3	1	2	—	2	—	2
2.200	30	7	3	3	2	—	4	3	3	—	2	—	—	—	3
2.400	34	11	5	3	1	3	4	2	1	2	1	—	—	—	1
2.600	32	17	1	2	—	1	4	3	1	2	1	—	—	—	—
3.000	65	29	5	2	3	5	3	6	5	4	—	1	—	—	2
3.400	20	9	3	1	3	—	—	1	—	1	1	—	—	—	1
3.800	23	11	2	1	3	—	2	—	1	2	—	—	—	—	1
4.200	36	20	2	3	1	—	1	1	5	—	2	1	—	—	—
4.600	18	8	1	2	—	—	—	2	2	1	—	2	—	—	—
5.000	23	9	1	—	3	—	2	3	—	2	1	—	—	—	2
5.400	15	7	4	2	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
5.800	13	5	4	—	1	—	1	1	—	—	1	—	—	—	—
6.200	9	4	1	—	—	—	1	1	—	—	—	1	—	1	—
6.600	5	3	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—
7.000	15	7	3	3	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
7.400	4	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
7.800	8	6	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
8.200	9	5	1	—	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—
8.600	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
9.000	12	10	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	1
9.400	1	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
9.800	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10.200	5	—	1	—	1	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—
10.600	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
und mehr[2])	39	15	2	9	—	1	1	3	1	2	—	1	2	—	2
zusammen[3])	97.394	9.829	12.297	8196	4767	6290	5263	6288	8104	4899	6397	7108	7102	4777	6077

[1]) Siehe die 2. Anmerkung zur vorausgehenden Tabelle. — [2]) Das Produkt dieser Steuersätze mit den in dieser Zeile verzeichneten Personen (Vorschreibungsposten) ergibt im Gemeindebezirke I 624.400 K, II und XX 39.200 K, III und XI 400.600 K, IV — K, V 14.200 K, VI 10.600 K, VII 61.400 K, VIII und IX 11.000 K, X 27.600 K, XII und XIII — K, XIV und XV 14.200 K, XVI 36 200 K, XVII — K, XVIII und XIX 40.000 K, in ganz Wien 1,279.400 K. — [3]) Das Produkt der Steuersätze mit den in jeden Steuersatz eingereihten Personen (Vorschreibungsposten) ergibt zusammen in den Gemeindebezirken I 3,469.737 K, II und XX 1,128.341 K, III und XI 1,022.993 K, IV 494 692 K, V 413.220 K, VI 506.796 K, VII 689.219 K, VIII und IX 636.952 K, X 410.200 K, XII und XIII 428 689 K, XIV und XV 465.889 K, XVI 324.963 K, XVII 213.783 K, XVIII und XIX 404.882 K, in ganz Wien 10,610.356 K.

3. Die allgemeine Erwerbsteuer[1]) samt Zuschlägen im Jahre 1900.[2])

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die: landesfürstliche Steuer		Landes-Zuschläge		Gemeinde-Zuschläge		Handels- und Gewerbekammer-Zuschläge		Gewerbeschul-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Vorgeschriebene Beträge an allgemeiner Erwerbsteuer												
1900	15,834.498	96	10,627.515	89	2,579.126	70	2,231.779	48	148.361	27	247.715	62
und zwar 1900 im Gemeindebezirke: I	5,493.601	37	3,652.483	52	939.658	41	767.021	58	50.384	50	84.053	36
II[4])	1,487.748	83	1,002.002	49	237.547	39	210.422	65	14.146	94	23.629	36
III	1,169.864	15	782.446	51	193.574	—	164.313	60	11.072	44	18.457	60
IV	671.129	09	451.786	50	107.282	66	94.875	12	6.436	98	10.747	83
V	593.359	90	401.407	82	92.124	84	84.295	47	5.817	96	9.713	81
VI	798.448	12	536.866	27	128.507	84	112.741	95	7.607	53	12.724	53
VII	1,046.285	29	701.746	23	170.555	53	147.366	88	9 972	55	16.644	10
VIII	321.856	95	218.693	75	50.023	22	45.925	73	2.698	89	4.515	36
IX	728.295	28	492.260	46	115.943	90	103.374	64	6.240	15	10.476	13
X	548.516	59	369.326	21	87.487	44	77.558	30	5.298	59	8.846	05
XI	239.322	94	159.630	84	39 956	98	33.522	45	2.328	40	3.884	27
XII	399.766	26	271.139	28	61.203	—	56.939	08	3.925	25	6.559	65
XIII	297.491	67	201.616	52	45.925	36	42.339	12	2.847	27	4.763	40
XIV	387.462	85	262.801	88	59.247	35	55.188	28	3.831	35	6.393	99
XV	269.647	09	182.965	56	41.224	92	38.422	51	2.635	83	4.398	27
XVI	495.737	32	337.947	62	74.038	59	70.969	06	4.787	18	7.994	87
XVII	310.789	08	212.675	96	45.766	02	44.661	85	2.877	84	4.807	41
XVIII	277.005	47	189.323	10	40.956	39	39.757	92	2.610	09	4.357	97
XIX	256.456	44	171.803	79	42.024	02	36.078	80	2.455	58	4.094	25
XX[4])	41.714	27	28.591	58	6.078	84	6.004	49	385	95	653	41
und zwar 1900:												
kontingentiert . . .	13,702.122	07	9,180.688	06	2,250.926	59	1,927.946	90	128.443	88	214.116	64
nicht kontingentiert	2,132.376	89	1,446.827	83	328.200	11	303.832	58	19.917	39	33.598	98
b) Abgeschriebene Beträge an allgemeiner Erwerbsteuer[3])												
1900	1,406.249	37	946.547	84	225.214	07	198.767	73	13.260	10	22.459	63
und zwar 1900 im Gemeindebezirke: I	511.129	29	340.586	08	85.999	86	71.522	70	4.823	19	8.197	46
II[5])	133.827	79	90.419	63	20.957	97	18.987	33	1.287	85	2.175	01
III	77.239	63	52.167	16	12.365	26	10.954	74	648	26	1.104	21
IV	65.445	12	44.302	03	10.173	20	9.303	25	616	31	1.050	33
V	64.104	10	43.181	70	10.167	20	9.067	98	629	98	1.057	24
VI	48.791	43	33.068	05	7.550	41	6.944	37	454	91	773	69
VII	66.777	97	44.866	48	10.765	15	9.421	75	644	—	1.080	59
VIII	31.032	57	21.146	88	4.663	27	4.440	35	289	55	492	52
IX	74.520	44	50.383	70	11.775	35	10.580	11	660	08	1.121	20
X	61.209	06	41.179	54	9.805	89	8.647	61	587	94	988	08
XI	6.228	48	4.250	28	939	31	892	63	54	23	92	03
XII	74.318	05	50.013	53	11.837	58	10.502	70	726	51	1.237	73
XIII	26.207	48	17.809	84	3.983	29	3.740	08	250	57	423	70
XIV	28.091	49	19.189	47	4.122	96	4.029	77	279	66	469	63
XV	23.704	91	16.162	11	3.540	34	3.393	58	227	15	381	73
XVI	40.772	12	28.011	66	5.819	59	5.881	38	394	61	664	88
XVII	25.636	62	17.610	80	3.690	16	3.695	84	238	65	401	17
XVIII	24.679	81	16.964	47	3.536	14	3.562	34	230	39	386	47
XIX	12.195	51	8 209	70	1.950	91	1.723	99	116	30	194	61
XX[6])	10.337	50	7.024	73	1.570	23	1.475	23	99	96	167	35
und zwar 1900:												
kontingentiert . . .	1,187.448	39	797.578	27	192.264	09	167.486	25	11.199	82	18.919	96
nicht kontingentiert	218.800	98	148.969	57	32.949	98	31.281	48	2.060	28	3.539	67

[1]) Mit Ausschluß der allgemeinen Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben; siehe diese auf Seite 252 und 253. — [2]) Angaben des städtischen Steueramtes. — [3]) Die nachgesehenen (d. h. wegen Uneinbringlichkeit abgeschriebenen) Steuerbeträge sind hier nicht mitinbegriffen. Siehe diese in der Zusammenstellung auf der folgenden Seite. — [4]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 231. — [5]) Vgl. die 3. Anmerkung auf Seite 232. — [6]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 232.

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die									
			landesfürstliche Steuer		Landes-		Gemeinde-		Handels- u. Gewerbekammer-		Gewerbeschul-	
					Zuschläge							
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
c) Nachgesehene (d. h. wegen Uneinbringlichkeit abgeschriebene) Beträge an allgem. Erwerbsteuer												
1900	180.699	02	125.136	29	25.080	38	26.280	81	1.483	20	2.718	34
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke I	13.124	10	9.063	22	1.847	76	1.903	45	108	01	201	66
II [2]	10.516	44	7.295	18	1.460	89	1,531	78	79	14	149	45
III	15.944	28	11.045	64	2.209	14	2.320	—	131	07	238	43
IV	8.060	94	5.585	83	1.117	16	1.172	57	66	36	119	02
V	33.711	74	23.313	97	4.662	78	4,897	27	296	24	541	48
VI	8.341	82	5.780	83	1.161	37	1.213	89	65	98	119	75
VII	7.132	79	4.934	53	997	89	1.037	78	57	72	104	87
VIII	4.279	27	2.963	51	592	71	622	44	34	98	65	63
IX	9.315	70	6.456	25	1.291	25	1.355	59	73	17	139	44
X	13.247	23	9,184	12	1.836	82	1.928	86	106	42	191	01
XI	367	83	255	38	51	08	53	55	2	93	4	89
XII	9.685	53	6.697	48	1,339	49	1.406	30	88	35	153	91
XIII	4.407	52	3.048	85	609	76	640	76	38	29	69	86
XIV	8.535	58	5.906	12	1.181	23	1.240	12	74	48	133	63
XV	4.486	63	3,100	96	620	19	651	20	41	05	73	23
XVI	7.682	67	5.329	06	1.065	81	1.118	86	57	38	111	56
XVII	6.223	20	4.333	61	866	72	908	95	39	02	74	90
XVIII	8.825	94	6.107	95	1.221	58	1.282	49	74	61	139	31
XIX	945	78	654	66	130	93	137	65	8	36	14	18
XX [3]	5.864	03	4 079	14	815	82	857	30	39	64	72	13
u. zw. 1900:												
kontingentiert .	150.092	20	103,953	44	20.832	87	21.832	87	1.225	57	2.247	45
nicht kontingent.	30.606	82	21.182	85	4.247	51	4.447	94	257	63	470	89
d) Eingezahlte Beträge an allgemeiner Erwerbsteuer [1]												
1900	12,854.040	74	8,617.692	28	2,103.265	41	1,809.715	43	120.711	38	202.656	24
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke I [4]	4,605.981	77	3,061.552	52	788 149	39	642.926	01	42.341	44	71.012	41
II	897.687	24	603.780	33	144,152	73	126,793	82	8.492	27	14.468	09
III	1,014.890	19	678.548	97	167.879	15	142.495	30	9.689	86	16.276	91
IV	511.987	70	344 005	77	82.746	11	72.241	21	4.850	35	8.144	26
V	428.003	40	289.191	80	66.903	67	60,730	29	4.171	12	7.006	52
VI	743.361	97	499.956	28	119.450	76	104,990	83	7.067	82	11.896	28
VII	951.390	26	637.927	54	155,223	60	133.964	77	9.072	36	15.201	99
VIII	235.666	94	159.902	89	36.703	43	33,579	62	2.046	12	3.434	88
IX	508.896	18	343.786	95	81.171	13	72.195	28	4.381	36	7.361	46
X	430.985	32	289.765	44	69.208	48	60,850	73	4.172	28	6.988	39
XI	224.162	89	149.417	12	37.541	85	31.377	61	2 183	47	3.642	84
XII	260.008	18	176.138	03	40.051	41	36.988	98	2.553	39	4.276	37
XIII	214.298	82	145.063	51	33.265	72	30.463	35	2.058	97	3.447	27
XIV	318.870	33	215.905	01	49.215	19	45.340	05	3.148	06	5.262	02
XV	219.561	47	148.909	98	33.655	89	31.271	09	2.142	71	3.581	80
XVI	440 109	74	299.356	12	66.495	13	62.864	81	4.257	39	7.136	29
XVII	262.771	16	179.514	98	39.001	27	37.698	15	2.452	07	4.104	69
XVIII	200.709	73	136.834	79	29.987	83	28.735	32	1.927	11	3.224	68
XIX	233.663	95	156 540	83	38,288	65	32.873	59	2.233	71	3.727	17
XX [5]	151.033	50	101,593	42	24.174	02	21,334	62	1.469	52	2.461	92
u. zw. 1900:												
kontingentiert .	11,394.888	39	7,627.395	19	1,879.652	73	1,601.753	—	106.925	23	179.162	24
nicht kontingent.	1,459.152	35	990.297	09	223.612	68	207.962	43	13.786	15	23.494	—

[1]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 233. — [2]) Vgl. die 3. Anmerkung auf Seite 232. — [3]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 232. — [4]) Vgl. die 5. Anmerkung auf Seite 233. — [5]) Vgl. die 6. Anmerkung auf Seite 233.

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die									
			landesfürstliche Steuer		Landes-		Gemeinde-		Handels- und Gewerbekammer		Gewerbeschul-	
					Zuschläge							
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
e) Rückständige Beträge an allgemeiner Erwerbsteuer[1])												
1900	7,375.862	24	4,987.687	14	1,157.988	62	1,047.441	76	67.919	06	114.825	66
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke I	2,251.420	64	1,507.700	—	373.001	19	316.621	47	20.160	87	33.937	11
II	1,192.238	71	809.126	43	183.323	30	169.921	46	11.042	68	18.824	84
III	457.037	94	308.726	04	72.035	24	64.833	21	4.262	58	7.180	87
IV	351.843	41	238.516	12	54.279	99	50.105	94	3.326	42	5.614	94
V	350.723	17	238.603	65	52.824	52	50.105	63	3.417	27	5.772	10
VI	323.864	91	218.499	12	51.223	77	45 885	62	3.071	28	5.185	12
VII	381.162	38	256.737	11	60.935	01	53.913	91	3.564	26	6.012	09
VIII	179.890	61	122.540	45	27.520	50	25 735	14	1.522	36	2.572	16
IX	424.602	95	288.245	12	65.646	27	60.531	84	3.785	44	6.394	28
X	269.651	33	183.156	61	41.130	98	38.463	53	2.554	38	4.345	83
XI	15.921	79	10.685	59	2.577	50	2.243	40	155	74	259	56
XII	200.152	42	136.591	30	29.647	46	28 682	29	1.940	63	3.290	74
XIII	155.029	37	105.441	42	23.543	55	22.142	90	1.451	81	2.449	69
XIV	118.041	74	80.620	03	17.375	17	16.930	56	1.158	84	1.957	14
XV	68.822	55	46.788	83	10.414	64	9.825	52	666	55	1.127	01
XVI	177.689	11	122.066	50	25.576	25	25.630	90	1.634	31	2.781	15
XVII	126.452	60	86.978	01	18 178	53	18.268	64	1.122	22	1.905	20
XVIII	127.336	92	87.477	55	18.361	31	18.371	43	1.164	32	1.962	31
XIX	32.893	53	22.183	16	5.202	33	4.657	81	317	72	532	51
XX	171.086	16	117.004	10	25.191	11	24.570	56	1.599	38	2.721	01
u. zw. 1900:												
kontingentiert	5,427.884	34	3,664.056	91	860 134	25	769.475	25	49.986	41	84.231	52
nicht kontingent.	1,947.977	90	1,323.630	23	297.854	37	277.966	51	17.932	65	30.594	14

[1]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 234.

4. Die Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben im Jahre 1900.[1])

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die					
			landesfürstliche Steuer		Landes-		Gemeinde-	
					Zuschläge			
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Vorgeschriebene Beträge an Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben								
1900	[3])69.038	16	60.039	67	4.443	17	4.555	32
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke I (Innere Stadt)	1.067	08	867	—	97	60	102	48
II (Leopoldstadt)[2])	[3])33.202	14	27.496	32	2.783	33	2.922	49
III (Landstraße)	2.579	04	2.479	—	48	80	51	24
IV (Wieden)	438	40	422	—	8	—	8	40
V (Margareten)	1.416	60	1.269	—	72	—	75	60
VI (Mariahilf)	1.085	07	868	67	120	50	95	90
VII (Neubau)	2.238	30	1.698	—	303	—	237	30
VIII (Josefstadt)	620	76	524	—	47	20	49	56
IX (Alsergrund)	717	47	649	—	33	40	35	07
X (Favoriten)	3.988	60	3.882	—	52	—	54	60
XI (Simmering)	285	12	272	—	6	40	6	72
XII (Meidling)	6.480	27	6.155	68	158	34	166	25
XIII (Hietzing)	914	26	756	—	77	20	81	06
XIV (Rudolfsheim)	3.452	59	3.207	—	119	80	125	79
XV (Fünfhaus)	1.923	55	1.819	—	51	—	53	55
XVI (Ottakring)	3.275	02	2 742	—	259	60	273	42
XVII (Hernals)	1.890	27	1.666	—	109	40	114	87
XVIII (Währing)	926	89	834	—	45	—	47	89
XIX (Döbling)	425	77	345	—	39	40	41	37
XX (Brigittenau)[2])	2.110	96	2.088	—	11	20	11	76

[1]) Angaben des städtischen Steueramtes. — [2]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 231. — [3]) Die Höhe der Vorschreibung erklärt sich aus der Besteuerung der Zirkus-Unternehmung Barnum & Bailey. Die Zahlung des vorgeschriebenen Betrages erfolgte erst 1901.

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die					
			landesfürstliche Steuer		Landes-Zuschläge		Gemeinde-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h
b) Abgeschriebene Beträge an Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben [1]								
1900	372	86	354	—	9	20	9	66
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke:								
II (Leopoldstadt) [4]	168	86	150	—	9	20	9	66
IV (Wieden)	10	—	10	—	—	—	—	—
X (Favoriten)	194	—	194	—	—	—	—	—
c) Eingezahlte Beträge an Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben [2]								
1900	49.632	12	46.282	94	1.679	69	1.669	49
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt)	1.031	08	826	08	100	—	105	—
II (Leopoldstadt) [5]	14.066	20	13.903	84	79	20	83	16
III (Landstraße)	2.559	04	2.459	—	48	80	51	24
IV (Wieden)	452	20	444	—	4	—	4	20
V (Margareten)	1.416	60	1.269	—	72	—	75	60
VI (Mariahilf)	1.056	27	916	67	77	30	62	30
VII (Neubau)	2.226	30	1.686	—	303	—	237	30
VIII (Josefstadt)	608	83	501	—	52	60	55	23
IX (Alsergrund)	717	47	649	—	33	40	35	07
X (Favoriten)	3.926	76	3.830	—	47	20	49	56
XI (Simmering)	285	12	272	—	6	40	6	72
XII (Meidling)	6.480	27	6.155	68	158	34	166	25
XIII (Hietzing)	948	13	784	47	77	73	85	93
XIV (Rudolfsheim)	3.452	59	3.207	—	119	80	125	79
XV (Fünfhaus)	1.923	54	1.819	—	51	—	53	54
XVI (Ottakring)	3.196	06	2.686	—	248	40	261	66
XVII (Hernals)	1.896	04	1.673	—	108	80	114	24
XVIII (Währing)	926	89	842	20	41	—	43	69
XIX (Döbling)	425	77	345	—	39	40	41	37
XX (Brigittenau) [6]	2.036	96	2.014	—	11	32	11	64
d) Rückständige Beträge an Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben [3]								
1900	20.003	44	14.199	30	2.836	46	2.967	68
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke:								
I (Innere Stadt)	45	91	44	66	—	45	—	80
II (Leopoldstadt)	19.430	04	13.816	64	2.738	01	2.875	39
IV (Wieden)	64	40	48	—	8	—	8	40
VI (Mariahilf)	76	80	—	—	43	20	33	60
VIII (Josefstadt)	37	35	23	—	7	—	7	35
IX (Alsergrund)	22	56	16	—	3	20	3	36
X (Favoriten)	106	44	72	—	16	80	17	64
XII (Meidling)	—	12	—	—	—	—	—	12
XIII (Hietzing)	—	20	—	—	—	—	—	20
XVI (Ottakring)	107	17	76	—	15	20	15	97
XVII (Hernals)	4	23	3	—	—	60	—	63
XVIII (Währing)	28	22	20	—	4	—	4	22
XX (Brigittenau)	80	—	80	—	—	—	—	—

[1]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 235. — [2]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 233. — [3]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 234. — [4]) Darunter können auch im 1. Halbjahre 1900 abgeschriebene Beträge für den XX. Gemeindebezirk enthalten sein. — [5]) Vgl. die 5. Anmerkung auf Seite 233. — [6]) Vgl. die 6. Anmerkung auf Seite 233.

2. Erwerbsteuer von den der öffentlichen

1. Die Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unter=

Die in Wien bemessenen Beträge dieser Erwerbssteuer sind bedeutend höher, als die in Wien vorgeschriebenen. Bemessen wird diese Erwerbsteuer nach § 109 des Gesetzes von der Steuerbehörde I. Instanz, in deren Sprengel sich der Sitz des Unternehmers, bzw. bei den k. k. Staatsbahnen der Sitz der obersten Geschäftsleitung befindet, wenn nicht das Finanzministerium in dem Falle, daß eine oder mehrere Betriebsstätten der Unternehmungen sich in anderen Veranlagungsbezirken befinden, von der ihm durch das Gesetz eingeräumten Ermächtigung, die Steuerbehörden dieser Bezirke zur Bemessung der Steuer zu delegieren, Gebrauch macht. Hinsichtlich der Vorschreibung gelten die in den §§ 101 bis 108

Jahr, bzw. Bezeichnung der Unternehmungen	Bilanzmäßiger Reingewinn	Bilanzmäßiger Verlust	Besteuerungsgrundlage	Erwerbsteuer von den der zum 1% Anzahl der Unternehmungen	1% Steuer in Kronen	3% Anzahl der Unternehmungen	3% Steuer in Kronen	5% Anzahl der Unternehmungen	5% Steuer in Kronen
	in Kronen								
I. Öffentliche Unternehmungen.									
A. des Staates:									
1. Staatseisenbahnen	48,000.747	—	48,000.747	2	800	—	—	—	—
2. Bergwerks-Unternehmungen .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Andere	215.763	—	240.418	1	19	—	—	—	—
B. der Länder:									
1. Landeskreditinstitute . . .	10.637	—	58.459	—	—	—	—	—	—
2. Versicherungsanstalten . . .	1,108.439	—	1,344.674	4	1345	—	—	—	—
3. Landesprovinationsfonds . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Andere Unternehmungen . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
C. der Gemeinden:									
1. Versicherungsanstalten . . .	155.983	—	155.983	1	156	—	—	—	—
2. Andere Unternehmungen . .	59,687.459	—	60,302.339	2	59.985	—	—	—	—
II. Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien.									
A. Unternehmungen der Urproduktion:									
1. Bergwerke und Hüttenbetrieb	16,044.426	54.973	25,045.987	1	52	—	—	—	—
2. Gewinnung von Erdöl, Naphta, Mineralwässern u. dgl.	2,222.111	—	7,255.970	1	4000	—	—	—	—
3. Andere, darunter auch Tierzucht, Mastung	2.050	16.570	289.665	1	276	—	—	—	—
B. Industrie- und Handels-Unternehmungen:									
1. Fabriken	26,311.631	893.239	55,568.018	19	17.479	—	—	—	—
2. Hotel- und Kurorte-Unternehmungen	356.270	78.617	9,022.639	3	8.421	—	—	—	—
3. Kraftübertragungs-, Beheizungs- und Beleuchtungs-Unternehmungen.	13,248.433	230.861	41,916.997	7	25.802	—	—	—	—
4. Handels-Unternehmungen, darunter auch Verlags- und Zeitungs-Unternehmungen .	6,417.776	42.199	7,350.815	5	4.677	—	—	—	—
5. Speditions-Unternehmungen und sonstige Hilfsunternehmungen des Handels . . .	1,214.872	—	3,118.261	1	14	—	—	—	—
6. Kredit-Unternehmungen [1]) . .	39,814.151	—	55,368.825	—	—	—	—	—	—
7. Versicherungs-Gesellschaften .	2,333.125	2,652.355	21,650.183	35	20.298	—	—	—	—
C. Verkehrs-Unternehmungen.									
1. Eisenbahn-Unternehmungen .	67,455.997	117.901	138,761.850	4	9.283	—	—	—	—
2. Tramway-Unternehmungen [2])	61,265.569	675	31,754.744	2	1.261	—	—	—	—
3. Stellfuhr-Unternehmungen .	342.620	4,092.223	7,467.728	2	7.067	—	—	—	—

[1]) Auch die Österreichisch-ungarische Bank. Obwohl nach Art. 92 der Statuten das Vermögen und die Einkünfte der Bank mit Ausnahme der Realitäten, der Effekten des Reservefonds und der von der Bank für die Aktionäre zu entrichtenden Steuer von der Dividende steuerfrei sind, wird dennoch eine Erwerbsteuer-Bemessung vorgenommen,

Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen.

nehmungen für das Jahr 1900 nach dem Stande der Bemessung mit Ende Juni 1901.

enthaltenen Grundsätze der örtlichen Aufteilung der Steuer. Die folgende Tabelle wird hauptsächlich aus dem Grunde hier veröffentlicht, weil darin die Art der Unternehmungen, dann der bilanzmäßige Reingewinn oder Verlust, die der Besteuerung zu grunde liegenden Beträge, endlich die einzelnen Steuersätze und die nach den einzelnen Steuersätzen bemessene Steuer angegeben erscheinen. Die Daten dieser Tabelle sind den Materialien der k. k. Finanz-Landesdirektion entnommen, von welcher sie der Statistischen Magistrats-Abteilung freundlichst zur Verfügung gestellt wurden.

öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen

Steuersätze von								zusammen		Zusatzsteuer				zusammen Steuer in Kronen
7½%		8½%		10%		10½%				2%		4%		
Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	
—	—	—	—	—	—	6	4,956.079	8	4,956.879	—	—	—	—	4,956.879
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	5	23.223	6	23.242	—	—	—	—	23.242
—	—	—	—	1	5.846	—	—	1	5.846	—	—	—	—	5.846
—	—	—	—	—	—	—	—	4	1.345	—	—	—	—	1.345
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	1	156	—	—	—	—	156
—	—	—	—	—	—	6	33.368	8	93.353	—	—	—	—	93.353
—	—	—	—	—	—	17	3,082.775	18	3,082.827	3	39.006	2	24.800	3,146.633
—	—	—	—	—	—	2	341.877	3	345 877	1	8.000	1	28.800	382.677
—	—	—	—	—	—	2	1.414	3	1.690	—	—	—	—	1.690
—	—	—	—	—	—	92	3,733.968	111	3,751.447	13	31.562	4	424.534	4,207.543
—	—	—	—	—	—	5	63.447	8	71.868	—	—	—	—	71.868
—	—	—	—	—	—	14	1,692.033	21	1,717.835	5	6.504	2	63.988	1,788.327
—	—	—	—	—	—	11	248.870	16	253.547	2	414	—	—	253.961
—	—	—	—	—	—	4	325.992	5	326.006	1	1.600	—	—	327.606
—	—	—	—	—	—	18	5,788.879	18	5,788.879	3	44.528	1	46.176	5,879.583
—	—	—	—	—	—	23	141.892	58	162.190	13	1.527	11	5.603	169.320
—	—	—	—	—	—	13	13,472.849	17	13,482.132	1	72.631	—	—	13,554.763
—	—	—	—	—	—	4	3,201.812	6	3,203.073	—	—	—	—	3,203.073
—	—	—	—	—	—	1	42.030	3	49.097	—	—	—	—	49.097

da die bemessene Steuer die Grundlage für die Berechnung der Landes- und Gemeinde-Zuschläge, von welchen die Bank nicht befreit ist, bildet. Siehe auch die 3. Anmerkung auf Seite 226 und die 2. Anmerkung auf Seite 258. — [2]) Auch mit Dampf- und elektrischem Betriebe.

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Bezeichnung der Unternehmungen	Bilanzmäßiger		Besteuerungsgrundlage	Erwerbsteuer von den der zum					
				1%		3%		5%	
	Reingewinn	Verlust		Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen
	in Kronen								
4. Rollwagen-Unternehmungen .	93.410	—	62.545	—	—	—	—	—	—
5. Schiffahrts-Unternehmungen .	822.197	49.632	4,862.274	4	4.189	—	—	—	—
D. Sonstige Unternehmungen der Aktiengesellschaften.									
1. Verleihungs-Unternehmungen (Eisenbahnwagen-Leihgesellschaft ꝛc.)	1,372.428	—	1,513.913	—	—	—	—	—	—
2. Unternehmungen für Gesundheitspflege u. Körperreinigung (Kur- und Badeanstalten) .	67.353	—	105.368	—	—	—	—	—	—
3. Andere Unternehmungen . .	2,227.768	195.587	6,801.543	3	3.555	—	—	—	—
III. Gewerkschaften	45.115	—	136.953	—	—	—	—	—	—
IV. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.									
A. Genossenschaften zur Beschaffung landwirtschaftl. Produktionsmittel (soferne sie nicht nach § 84, lit. f befreit sind):									
1. nach § 85 [1]) begünstigt . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	—	—	—	—	—	—	—	—	—
B. Rohstoff-, Magazins- u. Absatzvereine:									
1. nach § 85 [1]) begünstigt . .	77.907	—	37.122	—	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	228.600	2.820	507.277	1	3	—	—	—	—
C. Produktivgenossenschaften:									
1. nach § 85 [1]) begünstigt . .	1.673	76.645	844.572	1	836	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	295.954	12.156	405.055	4	91	—	—	—	—
D. Baugenossenschaften:									
1. nach § 85 [1]) begünstigt . .	1.933	—	580	—	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	119.359	—	140.863	—	—	—	—	—	—
E. Wohnungsgenossenschaften:									
1. nach § 85 [1]) begünstigt . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	—	—	—	—	—	—	—	—	—
F. Konsumvereine:									
1. nach § 85 [1]) begünstigt . .	407.793	—	468.665	—	—	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	13.494	—	15.139	—	—	—	—	—	—
G. Vorschuß- und Kreditvereine:									
1. nach § 85 [1]) begünstigt . .	1,261.338	—	543.101	1	4	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	9.773	1.723	63.587	2	55	—	—	—	—
H. Andere:									
1. nach § 85 [1]) begünstigt . .	139.777	481	139.712	3	124	—	—	—	—
2. nicht begünstigt	425.013	3.697	833.124	3	508	—	—	—	—
V. Gemeindevorschußkassen und Vorschußkassen aus Kontributions- und Steuergeldsfonds . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VI. Sparkassen	2,238.240	76.083	2,148.712	1	59	2	688	2	12.589
VII. Wechselseitige Versicherungs-Gesellschaften . . .	9,214.393	175.188	14,560.743	27	14.561	—	—	—	—
VIII. Sonstige zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtete Unternehmungen . . .	410.697	—	1,586.585	4	1.412	—	—	—	—
zusammen . .	365,682.274	8,773.625	550,451.735	145	186.332	2	688	2	12.589
Darunter mit Ende Juni 1901 noch nicht neu bemessen . .	59.126	—	1.222	—	2	—	—	—	—

[1]) Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, welche, auf dem Prinzipe der Selbsthilfe beruhend, ihren Geschäftsbetrieb statutenmäßig und tatsächlich auf ihre eigenen Mitglieder beschränken, sind von der Steuerpflicht

(Fortsetzung.)

öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen

Steuersätze von								zusammen		Zusatzsteuer				zusammen Steuer in Kronen
7½%		8½%		10%		10½%				2%		4%		
Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	Anzahl der Unternehmungen	Steuer in Kronen	
—	—	—	—	—	—	1	6.567	1	6.567	—	—	—	—	6.567
—	—	—	—	—	—	2	70.672	6	74.861	—	—	—	—	74.861
—	—	—	—	—	—	3	158.961	3	158.961	1	400	1	1.680	161.041
—	—	—	—	—	—	2	10.713	2	10.713	—	—	—	—	10.713
—	—	—	—	—	—	14	342.615	17	346.170	1	200	—	—	346.370
—	—	—	—	—	—	2	14.380	2	14.380	—	—	—	—	14.380
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	3	115	3	3.576	—	—	6	3.691	—	—	—	—	3.691
—	—	—	—	—	—	8	52.979	9	52.982	—	—	—	—	52.982
—	—	1	16	2	887	—	—	4	1.739	—	—	—	—	1.739
—	—	—	—	—	—	13	33.004	17	33.095	—	—	—	—	33.095
—	—	1	49	—	—	—	—	1	49	—	—	—	—	49
—	—	—	—	—	—	1	14.791	1	14.791	—	—	—	—	14.791
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	4	173	10	46.664	—	—	14	46.837	—	—	—	—	46.837
—	—	—	—	—	—	2	1.589	2	1.589	—	—	—	—	1.589
—	—	32	1.434	33	52.277	—	—	66	53.715	—	—	—	—	53.715
—	—	—	—	—	—	3	936	5	991	—	—	—	—	991
—	—	14	345	3	1.136	—	—	20	1.605	—	—	—	—	1.605
—	—	—	—	—	—	6	34.037	9	34.545	—	—	—	—	34.545
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	1	181.522	—	—	6	194.858	—	—	—	—	194.858
—	—	—	—	—	—	—	—	27	14.561	—	—	—	—	14.561
—	—	3	56	—	—	6	18.324	13	19.792	—	—	—	—	19.792
—	—	58	2.188	53	291.908	286	37,910.076	546	38,403.781	44	206.372	22	595.581	39,205.734
—	—	—	120	—	622	—	15.540	—	16.284	—	—	—	—	16.284

befreit, wenn der im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen ermittelte Reinertrag 600 K nicht übersteigt.

2. Die Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt[1]), im Jahre 1900.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die									
			landesfürstliche Steuer		Landes-		Gemeinde-		Handels- und Gewerbekammer-		Gewerbeschul-	
					Zuschläge							
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Vorgeschrieb. Erwerbsteuer von den der öffentl. Rechnungslegung unterworf. Unternehmungen[2])												
1900	24,999.360	91	16,038.967	45	4,858.179	36	3,825.418	90	237.048	54	39.746	66
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I	24,828.444	72	15,923.701	21	4,827.771	67	3,801.212	98	236.160	90	39.597	96
[3]) II	1.584	21	1.074	60	266	30	225	67	14	99	2	65
III	44.842	93	30.058	68	8.088	12	6.312	30	328	99	54	84
IV	12.667	83	8.459	51	2.283	89	1.776	51	126	78	21	14
V	1.373	37	925	35	237	91	194	33	13	45	2	33
VI	3.707	74	2.485	04	670	94	521	88	25	60	4	28
VII	26.157	17	17.594	18	4.750	25	3.694	77	101	13	16	84
VIII	7.660	73	5.233	22	1.328	54	1.098	97	—	—	—	—
IX	17.744	26	12.026	45	3.178	78	2.525	55	11	23	2	25
X	1.317	77	879	98	237	59	184	80	13	20	2	20
XI	2.778	83	1.877	58	506	96	394	29	—	—	—	—
XII	1.175	63	797	83	196	96	167	54	11	30	2	—
XIII	336	54	227	67	61	05	47	82	—	—	—	—
XIV	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XV	32	89	22	15	5	71	4	65	0	32	0	06
XVI	24	72	16	70	4	51	3	51	—	—	—	—
XVII	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVIII	20.830	93	14.397	37	3.410	12	3.023	44	—	—	—	—
XIX	1.648	25	1.113	80	300	54	233	91	—	—	—	—
[3]) XX	27.032	39	18.076	13	4.879	52	3.795	98	240	65	40	11
u. zw. 1900 für:												
das laufende Jahr . . .	15,650.563	04	10,147.428	36	2,996.367	56	2,330.508	02	151.079	18	25.179	92
frühere Jahre	9,348.797	87	5,891.539	09	1,861.811	80	1,494.910	88	85.969	36	14.566	74
b) Abgeschrieb. Erwerbsteuer von den der öffentl. Rechnungslegung unterworf. Unternehmungen												
1900[4])	324.727	10	225.115	20	48.833	17	47.274	15	2.943	18	561	40
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I	309.371	40	214.424	24	46.575	22	45.029	06	2.807	70	535	18
II	34	26	24	05	4	81	5	04	0	30	0	06
III	480	82	331	10	74	91	69	53	4	45	0	83
IV	12	40	8	70	1	74	1	83	0	11	0	02
V	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VI	276	23	191	70	41	28	40	26	2	51	0	48
VII	4.347	77	2.972	59	702	51	624	25	41	—	7	42
VIII	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
X	1	28	0	90	0	18	0	19	0	01	—	—
XI	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII	34	50	24	21	4	84	5	08	0	31	0	06
XIII	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIV	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XV	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVI	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVII	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVIII	9.713	94	6.816	80	1.363	36	1.431	52	85	22	17	04
XIX	454	50	320	91	64	32	67	39	1	57	0	31
XX	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

[1]) Siehe die untere Tabelle auf Seite 275 und die oberste auf Seite 276. — [2]) Die von der Österreichisch-ungarischen Bank zu leistenden Landes- und Gemeinde-Zuschläge sind hier inbegriffen. Siehe auch die 1. Anmerkung auf Seite 254. — [3]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 231. — [4]) Ganz das laufende Jahr betreffend.

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die									
			landesfürstliche Steuer		Landes-		Gemeinde-		Handels- und Gewerbekammer-		Gewerbeschul-	
					Zuschläge							
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
c) Eingezahlte Erwerbsteuer von den der öffentl. Rechnungslegung unterworf. Unternehmungen[1])												
1900[2])	29,992.619	46	19,702.939	17	5,623.416	42	4,324.554	77	292.856	32	48.852	78
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I	29,835.152	52	19,597.206	61	5,594.981	47	4,302.350	93	291.917	35	48.696	16
II[3])	5.995	78	4.050	42	1.026	30	850	59	58	34	10	13
III	15.079	07	10.164	34	2.718	73	2.134	51	52	71	8	78
IV	10.655	78	7.131	51	1.902	69	1.497	61	106	14	17	83
V	1.482	59	1.011	78	241	76	212	47	14	06	2	52
VI	5.160	78	3.464	94	943	96	727	64	20	82	3	42
VII	17.583	79	11.797	64	3.287	12	2.477	50	18	98	2	55
VIII	8.948	48	6.091	—	1.578	37	1.279	11	—	—	—	—
IX	16.869	21	11.288	55	3.038	44	2.370	60	147	08	24	54
X	3.794	31	2.538	04	679	09	532	99	37	85	6	34
XI	2.777	84	1.876	91	506	78	394	15	—	—	—	—
XII	1.175	63	797	83	196	95	167	54	11	31	2	—
XIII	49	77	33	63	9	08	7	06	—	—	—	—
XIV	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XV	20.372	89	13.604	79	3.673	02	2.857	01	204	06	34	01
XVI	2.041	56	1.353	68	379	69	284	28	20	57	3	34
XVII	34	34	23	20	6	27	4	87	—	—	—	—
XVIII	20.113	85	13.590	45	3.669	41	2.853	99	—	—	—	—
XIX	24	27	9	26	13	05	1	96	—	—	—	—
XX[4])	25.307	—	16.904	59	4.564	24	3.549	96	247	05	41	16
u. zw. 1900 für:												
das lauf. Jahr	27,053.149	32	17,872.399	45	5,001.287	37	3,867.888	54	267.063	38	44.510	58
frühere Jahre	2,939.470	14	1,830.539	72	622.129	05	456.666	23	25.792	94	4.342	20
d) Rückständige Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen[5])												
1900[6])	7,097.642	26	4,586.470	96	1,346.841	53	1,085.218	89	67.772	89	11.337	99
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I	7,032.364	48	4,542.228	79	1,335.492	99	1,075.928	25	67.433	74	11.280	71
II	201	53	135	58	35	44	28	48	1	74	0	29
III	21.386	37	14.298	55	3.860	65	3 002	71	192	40	32	06
IV	2.579	03	1.722	35	464	89	361	74	25	69	4	36
V	748	82	508	29	125	26	106	76	7	20	1	31
VI	1.284	62	859	40	232	03	180	43	10	92	1	84
VII	6.513	09	4.356	45	1.172	13	914	91	59	64	9	96
VIII	551	22	386	18	83	69	81	08	0	23	0	04
IX	16.788	01	11.378	19	2.992	95	2.389	42	23	11	4	34
X	519	54	346	93	93	71	72	81	5	20	0	89
XI	1	01	0	69	0	18	0	13	—	—	0	01
XII	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII	286	77	194	04	51	97	40	76	—	—	—	—
XIV	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XV	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVI	1	12	0	75	0	23	0	14	—	—	—	—
XVII	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVIII	10.491	02	7.411	71	1.522	80	1.556	26	0	23	0	02
XIX	284	33	192	12	51	89	40	31	—	—	0	01
XX	3.641	30	2.450	94	660	72	514	70	12	79	2	15
u. zw. 1900 für:												
das lauf. Jahr	4,896.117	38	3,159.268	26	933.824	81	748.309	78	46.898	12	7.816	41
frühere Jahre	2,201.524	88	1,427.202	70	413.016	72	336.909	11	20.874	77	3.521	58

[1]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 233. — [2]) Darunter bedeutende Einzahlungen, hinsichtlich deren für das Steuerjahr noch keine Vorschreibung erfolgt war. — [3]) Vgl. die 5. Anmerkung auf Seite 233. — [4]) Vgl. die 6. Anmerkung auf Seite 233. — [5]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 234. — [6]) Darunter zum großen Teile solche Beträge, deren Vorschreibung mittels Rekurses angefochten war.

f) Rentensteuer.

1. Die staatliche Rentensteuer für das Jahr 1900 mit Einschluß aller Nachtragsbemessungen und der anläßlich von Rekursen eingetretenen Änderungen bis Ende Mai des Jahres 1901.

Die Angaben dieser Zusammenstellung, die den von der k. k. Finanz-Landes-Direktion freundlichst zur Benützung überlassenen Materialien entnommen sind, betreffen bloß die staatliche Rentensteuer, nicht aber auch die Zuschläge, aber die staatliche Rentensteuer vollständig, nämlich mit Einschluß der von Hof- und Staatskassen bewerkstelligten Abzüge an Rentensteuer[1]), welche in der 2. Tabelle auf Seite 261 und 262, in der die Daten des städtischen Steueramtes enthalten sind, nicht berücksichtigt sind, da die Eingänge aus diesen Abzügen unmittelbar an die k. k. Finanzverwaltung abgeführt werden. Die Zusammenstellung umfaßt unter I. die im Wege des Abzuges durch den Schuldner erhobene und unter II. die auf Grund von Bekenntnissen bemessene staatliche Rentensteuer.

Jahr, bzw. Zinsen und Renten, die der Rentensteuer unterliegen	Ausmaß der Rentensteuer	Anzahl der ad I) zum Rentensteuerabzuge Verpflichteten, ad II) Rentensteuerpflichtig	Der Steuerbemessung zugrunde gelegter Betrag	Rentensteuer[2])
	Prozent		in Kronen	
1900	—	20.075	103,981.059	2,000.264
und zwar im Jahre 1900:				
I. Der Rentensteuer im Wege des Abzuges durch den Schuldner unterliegende Zinsen und Renten				
1. Zinsen jener Teile der Staatsschuld, die weder durch Spezialgesetze von der Leistung der Steuer befreit, noch mit einem höheren Steuerausmaße belegt sind (mit Ausnahme der Salinenscheine)	10	—	—	—
2. Einlösungsrenten für verstaatlichte oder dauernd in den Staatsbetrieb übernommene Unternehmungen	10	1	55.440	5.544
3. Zinsen der vor dem 1. Jänner 1898 emittierten Obligationen der Landes-, öffentlichen Fonds- und ständischen Anlehen	10	2	479.583	[3]) 50.685
4. Zinsen von Spareinlagen bei Sparkassen, bei Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Vorschußkassen, dann von Einlagen in den kumulativen Waisenkassen	1½	77	19,886.619	298.288
5. Zinsen von Pfandbriefen der Landes-Hypothekaranstalten, der nicht auf Gewinn berechneten wechselseitigen Hypothekarinstitute und der Sparkassen	1½	2	6,480.859	97.213
6. Zinsen von Obligationen, welche durch andere Landes-Kreditinstitute emittiert wurden darunter hauptsächlich die sogenannten Kommunal-Obligationen	1½	1	899.516	13.493
7. Zinsen von den auf den Salinen Gmunden, Aussee und Hallein einverleibten Hypotheken (Salinenscheine)	2	1	3,329 938	66.599
8. Zinsen von Kassenscheinen	2	7	2,402.000	48.057
9. Zinsen der nach dem 1. Jänner 1898 emittierten Obligationen der Landes-, öffentlichen Fonds- und ständischen Anlehen	2	2	4,063.064	81.261
10. Zinsen von anderen als den unter 5 bezeichneten Pfandbriefen und anderen als den unter 1, 3, 6 bis 9 bezeichneten Wertpapieren . .	2	8	14,235.584	284.711
11. Sonstige dem Abzuge der Rentensteuer unterworfene Zinsen	—[4])	241	1,940.999	38.657
zusammen (I.) . . .	—	342	53,773.602	984.508
II. Der Rentensteuer auf Grund von Bekenntnissen unterliegende Bezüge:				
1. Pachtzinsen für verpachtete Gewerbe . . .	3	403	1,159.267	34.776
2. Sonstige Zinsen und Renten	2	19.330	49,048.190	980.980
zusammen (II.) . . .	—	19.733	50,207.457	1,015.756
Von den Gesamtziffern entfallen 1900 auf Wien	—	20.075	103,981.059	2,000 264
auf das übrige Niederösterreich	—	9.991	25,985.445	432.644

[1]) Siehe die untere Tabelle auf Seite 275 und die oberste auf Seite 276. — [2]) Die Differenzen zwischen den hier eingesetzten und den durch Berechnung gewonnenen Beträgen rühren teils von Überzahlungen, teils von der Abrundung der einzelnen eingezahlten Steuerbeträge her. — [3]) Darunter 2727 K Mehrabfuhr seitens der Börsekammer. — [4]) Das Ausmaß ist hier von verschiedener Höhe.

2. Die Rentensteuer, insoweit deren Einhebung durch, bzw. deren Abfuhr an das städtische Steueramt erfolgt, im Jahre 1900.[1]

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamt-Betrag		Hievon entfallen auf die landesfürstliche Steuer		Landes-Zuschläge		Gemeinde-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Vorgeschriebene Rentensteuerbeträge								
1900	2,530.674	93	2,011.739	90	282.030	68	236.904	35
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	1,439.978	95	1,262.335	89	96.545	15	81.097	91
II (Leopoldstadt)[2]	88.899	70	60 917	95	15.207	51	12.774	24
III (Landstraße)	162.811	50	111.611	13	27.826	83	23.373	54
IV (Wieden)	228.431	90	156.557	17	39.062	35	32.812	38
V (Margareten)	26.846	34	18.396	98	4.592	15	3.857	21
VI (Mariahilf)	66.348	85	45.682	97	11.231	48	9.434	40
VII (Neubau)	68.079	67	47.172	13	11.362	80	9.544	74
VIII (Josefstadt)	53.639	81	36.746	78	9.180	95	7.712	08
IX (Alsergrund)	166.235	04	113.942	35	28.419	97	23.872	72
X (Favoriten)	8.535	43	5 855	59	1.456	44	1.223	40
XI (Simmering)	5.260	58	3.603	85	900	46	756	27
XII (Meidling)	18.272	09	12.806	09	2.970	65	2.495	35
XIII (Hietzing)	39.830	98	27.328	03	6.795	06	5.707	89
XIV (Rudolfsheim)	12.288	06	8.416	47	2.104	13	1.767	46
XV (Fünfhaus)	12.879	62	8.921	04	2.151	41	1.807	17
XVI (Ottakring)	16.470	45	11.281	66	2.820	—	2.368	79
XVII (Hernals)	13.639	99	9.343	36	2.335	14	1.961	49
XVIII (Währing)	39.322	76	27.053	12	6.668	26	5.601	38
XIX (Döbling)	57.106	94	39.797	29	9.407	42	7.902	23
XX (Brigittenau)[2]	5.796	27	3.970	05	992	52	833	70
und zwar 1900:								
im Wege des Abzuges[3]	883.623	21	883.623	21	—	—	—	—
auf Grund von Bekenntnissen	1,647.051	72	1,128.116	69	282.030	68	236.904	35
b) Abgeschriebene Rentensteuerbeträge.								
1900	54.834	28	39.942	65	8.093	24	6.798	39
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	28.959	68	22.220	42	3.662	66	3.076	60
II (Leopoldstadt)[4]	2.418	10	1.656	24	414	06	347	80
III (Landstraße)	8.308	71	5.690	85	1.422	72	1.195	14
IV (Wieden)	276	37	189	29	47	32	39	76
V (Margareten)	280	03	191	80	47	95	40	28
VI (Mariahilf)	141	18	96	70	24	18	20	30
VII (Neubau)	810	71	555	26	138	83	116	62
VIII (Josefstadt)	2.260	54	1.548	32	387	08	325	14
IX (Alsergrund)	5.207	—	3.566	44	891	60	748	96
X (Favoriten)	89	57	61	34	15	33	12	90
XI (Simmering)	29	31	20	08	5	02	4	21
XII (Meidling)	406	79	278	62	69	64	58	53
XIII (Hietzing)	708	61	485	34	121	35	101	92
XIV (Rudolfsheim)	129	80	88	92	22	22	18	66
XV (Fünfhaus)	190	90	130	76	32	70	27	44
XVI (Ottakring)	751	42	514	71	128	68	108	03
XVII (Hernals)	1.342	77	919	66	229	88	193	23
XVIII (Währing)	1.371	—	938	98	234	80	197	22
XIX (Döbling)	1.095	32	750	24	187	55	157	53
XX (Brigittenau)[5]	56	47	38	68	9	67	8	12
und zwar 1900:								
im Wege des Abzuges[3]	7.569	66	7.569	66	—	—	—	—
auf Grund von Bekenntnissen	47.264	62	32.372	99	8.093	24	6.798	39

[1]) Die von Hof- und Staatskassen bewerkstelligten Abzüge an Rentensteuer sind hier nicht enthalten, da deren Abfuhr nicht an das städtische Steueramt erfolgt. Siehe die untere Tabelle auf Seite 275 und die oberste auf Seite 276. — [2]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 231. — [3]) Durch den Schuldner. — [4]) Vgl. die 3. Anmerkung auf Seite 232. — [5]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 232.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamt-Betrag		Hievon entfallen auf die landesfürstliche Steuer		Landes-Zuschläge		Gemeinde-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h
c) Eingezahlte Rentensteuerbeträge[1])								
1900	2,398.003	19	1,918.072	73	260.831	76	219.098	70
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	1,394.532	61	1,227.455	48	90.802	80	76.274	33
II (Leopoldstadt)[3])	79.441	51	54.439	75	13.587	91	11.413	85
III (Landstraße)	146.257	18	100.273	29	24.991	24	20.992	65
IV (Wieden)	187.265	40	128.349	27	32.019	64	26.896	49
V (Margareten)	17.439	56	11.967	72	2.973	83	2.498	01
VI (Mariahilf)	69 425	14	47.790	01	11.758	23	9.876	90
VII (Neubau)	67.862	54	47.994	23	10.798	—	9.070	31
VIII (Josefstadt)	54.371	39	37.247	82	9.306	28	7.817	29
IX (Alsergrund)	166.068	60	113.808	86	28.402	03	23.857	71
X (Favoriten)	6.227	30	4.282	95	1.056	71	887	64
XI (Simmering)	4.898	05	3.355	58	838	30	704	17
XII (Meidling)	15.982	33	11.237	76	2.578	57	2.166	—
XIII (Hietzing)	38.476	78	26.400	48	6.563	21	5.513	09
XIV (Rudolfsheim)	12.170	25	8.335	78	2 083	95	1.750	52
XV (Fünfhaus)	12.401	10	8.587	77	2.072	46	1.740	87
XVI (Ottakring)	14.724	21	10.085	47	2.521	06	2.117	68
XVII (Hernals)	12.542	—	8.591	28	2.147	12	1.803	60
XVIII (Währing)	35.395	81	24.363	40	5.995	87	5.036	54
XIX (Döbling)	56.385	28	39.302	99	9.283	84	7.798	45
XX (Brigittenau)[4])	6.136	15	4.202	84	1.050	71	882	60
und zwar 1900:								
im Wege des Abzuges[5])	874.745	66	874.745	66	—	—	—	—
auf Grund von Bekenntnissen	1,523.257	53	1,043.327	07	260.831	76	219.098	70
d) Rückständige Rentensteuerbeträge[2])								
1900	456.338	72	314.965	20	76.836	30	64.537	22
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	146.646	09	102.316	15	24.093	62	20.236	32
II (Leopoldstadt)	36.432	92	24.976	91	6.226	24	5.229	77
III (Landstraße)	34.845	19	23.865	74	5.967	77	5.011	68
IV (Wieden)	52.819	23	36.237	22	9.012	53	7.569	48
V (Margareten)	13.119	93	8.995	69	2.241	43	1.882	81
VI (Mariahilf)	11.759	56	8.212	62	1.927	54	1.619	40
VII (Neubau)	15.211	94	10.418	71	2.605	27	2.187	96
VIII (Josefstadt)	20.252	40	13.871	49	3.467	82	2.913	09
IX (Alsergrund)	65.471	34	44.856	06	11.203	98	9.411	30
X (Favoriten)	3.993	52	2.739	65	681	50	572	37
XI (Simmering)	626	92	429	33	107	44	90	15
XII (Meidling)	6.082	85	4.385	13	922	80	774	92
XIII (Hietzing)	14.292	18	9.812	18	2.434	64	2.045	36
XIV (Rudolfsheim)	1.835	22	1.257	10	314	31	263	81
XV (Fünfhaus)	2.829	69	1.938	06	484	59	407	04
XVI (Ottakring)	4.631	74	3.172	35	793	13	666	26
XVII (Hernals)	2.912	40	1.994	83	498	70	418	87
XVIII (Währing)	10.659	18	7.323	49	1.812	79	1.522	90
XIX (Döbling)	11.094	90	7.599	81	1.899	52	1.595	57
XX (Brigittenau)	821	52	562	68	140	68	118	16
und zwar 1900:								
im Wege des Abzuges[5])	7.644	69	7.644	69	—	—	—	—
auf Grund von Bekenntnissen	448.694	03	307.320	51	76.836	30	64.537	22

[1]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 233. — [2]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 234. — [3]) Vgl. die 5. Anmerkung auf Seite 233. — [4]) Vgl. die 6. Anmerkung auf Seite 233. — [5]) Durch den Schuldner.

g) Personal-Einkommensteuer.

1. Zahl der Zensiten, sowie Kopfzahl der personaleinkommensteuerpflichtigen Bevölkerung; Zahl der Begünstigungen infolge Berücksichtigung des Familienstandes und besonderer die Leistungsfähigkeit beeinträchtigender Verhältnisse in den Jahren 1898—1900.[1])

Jahr, bezw. Gemeindebezirk	Anzahl der überreichten Einkommensbekenntnisse	Anzahl von Personen (Haushaltungen und Einzelsteuernde), denen für das seitlich bezeichnete Jahr eine Personaleinkommensteuer vorgeschrieben wurde[2])	Anzahl der zu den Haushaltungen gehörigen Personen[3])	Zusammen personaleinkommensteuerpflichtige Bevölkerung[3])	Begünstigungen infolge Berücksichtigung des Familienstandes u. besonderer die Leistungsfähigkeit beeinträchtigender Verhältnisse					
					nach § 173, Absatz 4[4]), entfällt die Steuerpflicht bei Haushaltungen		ein Abzug nach § 173, Absatz 1 und 2[4]), hat stattgefunden vom Einkommen bei Haushaltungen		nach § 174[5]) gewährte	
					mit zugerechnetem Arbeitseinkommen der Familienmitglieder	mit mehr als zwei Familienmitgliedern	mit zugerechnetem Arbeitseinkommen der Familienmitglieder	mit mehr als zwei Familienmitgliedern	Steuer-Ermäßigung	Steuer-Freilassung
					Anzahl der Fälle					
1898	151.011	210.167	230.187	440.354	716	1.189	6.560	15.589	1.921	51
1899	131.154	210.331	360.138	570.469	640	1.599	5.700	16.569	1.966	87
1900	130.685	222.819	377.504	600.323	626	2.080	6.650	20.626	2.365	165
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke I	10.314	14.622	14.583	29.205	3	—	138	192	19	—
IIu.XX	18.191	31.854	60.199	92.053	16	145	1.096	3.474	28	—
III	16.018	22.109	37.819	59.928	78	176	485	1.006	316	18
IV	10.090	12.805	18.993	31.798	26	45	273	612	61	4
V	5.794	13.950	26.848	40.798	31	168	394	1.273	114	15
VI	6.377	10.897	16.507	27.404	74	48	469	932	67	3
VII	8.153	13.291	18.084	31.375	77	64	500	961	127	5
VIII	6.397	9.248	13.357	22.605	12	46	254	433	15	3
IX	10.240	15.274	23.688	38.962	25	57	477	812	192	3
X	4.004	11.873	22.390	34.263	20	283	310	2.309	241	42
XI	2.068	3.399	5.973	9.372	4	87	24	532	153	18
XII	2.869	7.110	15.248	22.358	22	114	195	1.106	94	2
XIII	3.737	7.571	13.635	21.206	16	96	152	923	87	1
XIV	2.202	7.402	14.031	21.433	63	237	397	1.284	214	24
XV	2.416	5.859	11.302	17.161	47	93	309	774	175	4
XVI	3.775	11 023	22.993	34.016	27	93	339	1.223	126	—
XVII	3.335	8.146	15.771	23.917	21	154	239	1.169	137	3
XVIII	10.886	12.014	18.070	30.084	53	108	457	1.108	131	9
XIX	3.819	4.372	8.013	12.385	11	66	142	503	68	11

[1]) Aus den „Mitteilungen des k. k. Finanz-Ministeriums", IV. Jahrgang, Seite 894 und 895, VI. Jahrgang, Seite 654 und 655, VII. Jahrgang, Seite 1192—1194. — [2]) Darunter sind jene Haushaltungen nicht enthalten, bei welchen infolge Anwendung der Bestimmungen des § 173, Absatz 1 und 2, die Herabsetzung des Einkommens auf einen Betrag von unter 1200 K, und sohin nach § 173, Absatz 4, die Befreiung von der Personal-Einkommensteuer eingetreten ist. — [3]) Die Ziffern in dieser Spalte können nicht als ganz verläßlich bezeichnet werden. — [4]) § 173 lautet: Absatz 1: Stehen in der Versorgung eines Haushaltungsvorstandes, dessen Einkommen 4000 K nicht übersteigt, abgesehen von seinem Ehegatten, mehr als zwei Familienmitglieder, welche kein selbständiges Einkommen beziehen, so wird für jedes derartige Familienmitglied über diese Zahl von dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes ein Zwanzigstel in Abzug gebracht. Hiebei hat jedoch ohne Rücksicht auf die Höhe des Abzuges die Ermäßigung des Steuersatzes um mindestens eine Stufe einzutreten. Absatz 2: Wird jedoch durch den Ehegatten oder andere Familienmitglieder ein dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes zuzurechnendes Arbeitseinkommen erworben, so ist für jedes solche Familienmitglied der Betrag von 500 K, falls aber sein zugerechnetes Arbeitseinkommen nur einen geringeren Betrag erreicht, dieser geringere Betrag vom steuerpflichtigen Einkommen in Abzug zu bringen, und zwar ohne Rücksicht auf die Größe des Familienstandes. Absatz 4: Erübrigt infolge der vorstehend normierten Abzüge ein anrechenbares Einkommen von nicht mehr als 1200 K, so entfällt die Einkommensteuerpflicht. (Nach § 173, Absatz 4, war steuerfrei ein Einkommen: 1898 von 2,337.730 K, 1899 von 2,341 272 K, 1900 von 2,759.412 K.) — [5]) § 174 lautet: Bei der Veranlagung ist es gestattet, besondere, die Leistungsfähigkeit eines Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende Verhältnisse, sofern dieselben nicht schon im Grunde des § 173 zur Berücksichtigung gelangen, in der Art zu berücksichtigen, daß bei einem steuerpflichtigen Einkommen von nicht mehr als 10.000 K eine Ermäßigung des Steuersatzes um höchstens drei Stufen gewährt wird. Als Verhältnisse dieser Art kommen lediglich außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Obliegenheit zum Unterhalte mittelloser Angehöriger, durch andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle, dann die Einberufung zu militärischer Dienstleistung (Mobilisierung, Waffen- oder Dienstesübung) in Betracht. Bei den Steuerpflichtigen der drei ersten Stufen kann aus diesen Gründen auch die Freilassung von der Steuer stattfinden.

2. Veranlagtes Einkommen der Zensiten für die Jahre 1898—1900.[1]

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Einkommen[2]						
	aus Grundbesitz[3]	aus Gebäuden	aus selbstständigen Unternehmungen[3]	aus Dienstbezügen	aus Kapitalvermögen	an sonstigem Einkommen[4]	zusammen (Spalte 2–7)
	in Kronen						
1	2	3	4	5	6	7	8
1898	16,210.042	105,444.966	278,879.104	332,943.810	169,420.086	16,469.148	919,367.151
1899	19,780.856	103,738.260	275,135.530	339,380.974	179,864.474	15,823.708	933,723.806
1900	20,565.166	110,910.669	280,282.658	365,119.674	182,343.921	13,823.383	973,045.472
u. zw. im Jahre 1900 im Gemeindebezirke I	14,795.925	19,637.81[1]	57,074.214	31,034.867	66,949.263	5,097.437	194,589.517
II u. XI	494.418	8,837.040	38,429.104	47,322.724	11,403 153	1,787.599	108,274.038
III	1,213.453	8,456.072	20,339.815	43,649 220	20,111.632	680.134	94,450.326
IV	1,602.823	9,038.859	23,673.783	26,975.311	27,773.557	2,132.216	91,196.549
V	73 144	4,880.455	13,348.948	19,214.216	2,337.963	567.010	40,421.736
VI	117.022	6,525.830	16 037.728	15,608.631	6,660.523	243.128	45,192.862
VII	105.841	8,000.890	19,309.811	20,405 178	6,967.857	183.036	54,972.613
VIII	819.491	4,444 755	7,486.664	18,420.725	6,527.378	279.708	37,978.721
IX	378.590	7,817.476	19 591.380	28,840.174	14,778.893	1,176.487	72,583.000
X	33.418	3,002.066	8,046.326	17,582.793	686.357	112 033	29,462.993
XI	146.918	849.312	2,385.817	4,640.289	352.407	6.884	8,381.627
XII	67.884	3,044.267	6,665.444	8,080.640	1,041.457	215.676	19,115.368
XIII	229.947	3,268.582	6,218.998	12,160.448	3,511.730	569.872	25,959.577
XIV	— *6.019*	3,178.064	6,307.445	8,297.397	799.860	67.789	18,644.536
XV	14.780	2,473.661	4,911.537	8,180.230	1,096.226	45.810	16,722.244
XVI	101.710	5,806.459	8 734.347	12,840.771	1,139.482	22.260	28,645.029
XVII	46.807	3,614.899	6,190.883	10,820.905	1,269.132	72.972	22,015.598
XVIII	102.368	5,227.591	7,223.944	23,167.368	3,566.126	278.581	39,565.978
XIX	226.646	2,806.580	8,306.470	7,877.787	5,370.925	284.751	24,873.159

(Fortsetzung.)

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Abzüge[2]					
	Steuern[5]	Schuldzinsen	Dauernde Lasten	Beiträge zu Versicherungskassen	Lebensversicherungsprämien	zusammen (Spalte 9–13)
	in Kronen					
1	9	10	11	12	13	14
1898	28,243.322	34,790.418	7,917.724	5,579.842	4,368.338	80,899.644
1899	29,762.132	33,775.254	8,800.416	4,553.862	4,092.806	80,984.470
1900	32,943.261	36,759.538	8,912.154	4,973.087	4,173.058	87,761.098
u. zw. im Jahre 1900 im Gemeindebezirke I	6,281.189	7,730.125	4,403.991	420.257	468.647	19,304.209
II u. XI	2,349.958	2,800.942	631.463	652.597	615.933	7,050.893
III	2,246.724	2,422.496	454.104	459.128	415.842	5,998.294
IV	2,165.837	2,011.240	710.775	444.520	316.254	5,648.626
V	1,742.174	1,533 365	89.396	262.893	156.021	3,783.849
VI	1,706.579	2,196 195	315.352	200.618	248.804	4,667.548
VII	2,014.620	2,243.482	344.344	255.750	303.705	5,161.901
VIII	1,440.341	1,319.720	371.065	179.731	175.515	3,486.372
IX	2,085.037	3,327.982	898 565	342.330	418 735	7,072.649
X	991.913	1,038.694	69.666	322.377	88.725	2,511.375
XI	140.769	202.199	13.385	79.061	39.687	475.101
XII	969.393	877.245	27.291	120.890	75.276	2,070.095
XIII	959.802	1,325.151	84.257	200.808	120.439	2,690.457
XIV	1,107,123	1,047.708	30.133	169.253	84.630	2,438.847
XV	994.440	624.561	15.087	151.629	87.457	1,873.174
XVI	1,797.672	1,748.401	80.017	177.123	104.737	3,907.950
XVII	1 159.560	1,171.312	44.288	152.316	93.833	2,621.309
XVIII	2,083.875	1,928.561	170.120	262.668	242.690	4,687.914
XIX	706.255	1,210.159	158.855	119.138	116.128	2,310.535

[1]) Aus den Mitteilungen des k. k. Finanz-Ministeriums, IV. Jahrg., S. 902 u. 903, VI. Jahrg., S. 780 u. 781, VII. Jahrg., S. 1236—1239. — [2]) Da es den Fatenten freigestellt ist, Steuern, Schuldzinsen u. dauernde Lasten (vgl. 9.—11. Spalte), welche einzelne Einkommensquellen betreffen (Grund- u. Gebäudesteuer, Hypothekarzinsen ꝛc.), entweder als Abzug vom Grund- und Gebäude-Ertrag vorweg abzuziehen oder den Ertrag unvermindert einzubekennen und die Steuern ꝛc. als Abzugsposten geltend zu machen, so gelangen weder das Einkommen aus den einzelnen Einkommensquellen, noch die erwähnten Abzüge hier vollständig zur Verzeichnung. — [3]) Und Beschäftigungen. Mit Rücksicht darauf, daß es gestattet ist, für den Fall, daß Brennereien, Brauereien, Stärkefabriken, Mühlen, Ziegeleien, Sägen und andere ländliche Fabrikationszweige in Verbindung mit der land- und forstwirtschaftlichen Benützung von Grundstücken betrieben werden, den gesamten Betrieb bei der Ermittlung des Reinertrages als ein Ganzes zu behandeln, kann in Spalte 2 ein Betrag mitgerechnet sein, der streng genommen in Spalte 4 gehört. Ähnlich steht es mit dem Einkommen aus Grundpachtungen. — [4]) Darunter das Einkommen von Verwaltungsräten aus Tantièmen, der Bürgermeister aus ihren Dotationen u. dgl., dann jenes Einkommen, hinsichtlich dessen die Kommission nicht in der Lage ist, zu entscheiden, aus welcher der vorher bezeichneten Quellen es fließt. — [5]) Samt Zuschlägen, dann sonstige öffentliche Lasten.

(Fortsetzung und Schluß.)

Jahr, bezw. Gemeindebezirk	Verbleibt Einkommen (Spalte 8 weniger Spalte 14)	Nach § 173, Abs. 2, abzuziehendes Einkommen [1])	Hiernach erübrigt (Spalte 15 weniger Spalte 16)	Abzug nach § 173, Abs. 1 [1])	Verbleibt steuerpflichtiges Einkommen	Summe der veranlagten Steuersätze	Im Sinne des Art. XVII nicht zur Einhebung gelangender Steuerbetrag [2])
	in Kronen						
1	15	16	17	18	19	20	21
1898	838,467.512	3,804.350	834,663.162	3,427.662	831,235.500	19,029.002	58.520
1899	852,739.332	3,333.356	849,405.976	3,633.268	845,772.708	19,193.354	64.410
1900	885,284.373	3,809.314	881,475.059	4,108.720	877,366.339	19,726.382	47.329
u. zw. im Jahre 1900 im Gemeindebezirke I	175,285.308	73.769	175,211.539	48.112	175,163.427	5,933.616	1.074
IIu.XX	101,223.145	588.197	100,634.948	610.720	100,024.228	1,766.234	5.305
III	88,452.032	276.455	88,175.577	332.033	87,843.544	1,943.305	7.029
IV	85,547.923	147.240	85,400.683	126.224	85,274.459	2,547.715	1.869
V	36,637.887	218.786	36,419.101	229.141	36,189.960	543.124	2.808
VI	40,525.314	263.007	40,262.307	175.882	40,086.425	789.424	1.473
VII	49,810.712	295.880	49,514.832	187.391	49,327.441	956.646	1.863
VIII	34,492.349	156.956	34,335.393	91.633	34,243.760	648.460	1.787
IX	65,510.351	317.204	65,193.147	168.859	65,024.288	1,462.249	2.898
X	26,951.618	163.405	26,788.213	424.833	26,363.380	332.574	3.071
XI	7,906.526	12.680	7,893.846	99.163	7,794.683	117.619	787
XII	17,045.273	107.434	16,937.839	220.993	16,716.846	229.347	1.331
XIII	23,269.120	90.380	23,178.740	187.132	22,991.608	385.803	1.251
XIV	16.205.689	223.437	15,982 252	219.535	15,762.717	195.524	1.796
XV	14,849.070	171.671	14,677.399	138.090	14,539.309	204.689	1.592
XVI	24,737.079	214.307	24,522.772	259.386	24,263.386	315.604	3.018
XVII	19,394.289	161.649	19,232 640	253.855	18,978.785	248.004	2.883
XVIII	34,878.064	254.990	34,623.074	226.601	34,396.473	524.383	4.375
XIX	22,562.624	71.867	22,490.757	109 137	22,381.620	582.062	1.119

[1]) Den Wortlaut des 1. und 2. Absatzes des § 173 siehe in der 4. Anmerkung auf Seite 263. — [2]) Art. XVII bestimmt: Die von den Dienstbezügen jener zur Zeit bereits angestellten Staatsbediensteten, welche bei einem Gehaltsbezuge von nicht mehr als 1260 K nach den bisherigen Steuergesetzen volle Steuerfreiheit genossen, eventuell entfallende Personaleinkommensteuer hat insolange, als der Gehaltsbezug die bezeichnete Höhe nicht überschreitet, nicht zur Einhebung zu gelangen.

3. Zahl der in jede Steuerstufe eingereihten personaleinkommensteuerpflichtigen Personen für die Jahre 1898—1900 in ganz Wien, für das letztere Jahr auch in den einzelnen Gemeindebezirken nach dem Stande mit Beendigung des Einschätzungsgeschäftes.

In der folgenden Tabelle sind die Einkommenstufen nach dem „steuerpflichtigen Einkommen" und nicht auf Grund des „veranlagten Steuersatzes" ermittelt. Das „steuerpflichtige Einkommen" enthält noch die bei der Veranlagung in Abfall kommenden Beträge auf Grund der §§ 172, Abs. 3, 173, Abs. 1 und 174, dann auf Grund des Artikels XVII, enthält aber nicht die bei der Veranlagung zuwachsenden Beträge auf Grund des § 175. Der § 172, Abs. 3, bestimmt, daß die Steuer mit der Maßgabe zu bemessen ist, daß von dem Einkommen einer höheren Stufe nach Abzug der Steuer niemals weniger erübrigen darf, als von dem höchsten Einkommen der nächst niedrigeren Stufe nach Abzug der auf letztere entfallenden Steuer erübrigt; § 173, Abs. 1, ist in der 4., § 174 in der 5. Anmerkung auf Seite 263, Art. XVII in der 2. Anmerkung oben angeführt; § 175 bestimmt: Bei Steuerpflichtigen, welche außer dem nach dem IV. Hauptstück, betreffend die Personaleinkommensteuer und Besoldungssteuer von höheren Dienstbezügen, der Personaleinkommensteuer unterliegenden Einkommen noch ein Einkommen der im § 154, Z. 6, bezeichneten Art beziehen — es sind dies die Aktivitätsbezüge der Offiziere (Auditore, Militärärzte, Truppenrechnungsführer), der Seelsorger und der Mannschaft der bewaffneten Macht — ist von dem auf das gesamte Einkommen des Steuerpflichtigen entfallenden Steuersatze der Anteil zu berechnen, welcher auf das steuerpflichtige Einkommen verhältnismäßig entfällt; sie haben denjenigen Steuersatz zu entrichten, welcher diesem Anteil am nächsten kommt.

Was das Ausmaß der Personal-Einkommensteuer betrifft, so läßt es sich aus der folgenden Tabelle leicht entnehmen; es ist nur noch beizufügen, daß, sofern auf Grund der Bestimmungen des § 153, Z. 1, lit. b) und Z. 2, dann des § 155, Abs. 2 — siehe oben in der Einleitung auf Seite 227 und 228 — Einkommen von 1200 K oder weniger zur Veranlagung kommen, sich die Einkommenstufen um je 50 K und die Steuer um je 30 h vermindern, ferner daß bei Einkommen von über 200.000 K bis einschließlich 210.000 K die Steuer 9300 K beträgt, und daß bei Einkommen über 210.000 K die Stufen um je 10.000 K und die Steuer um je 500 K steigen.

Die Angaben der folgenden Tabelle sind den Materialien entnommen, welche von der k. k. Finanz-Landesdirektion der Statistischen Magistrats-Abteilung freundlichst zur Benützung überlassen wurden. In den „Mitteilungen des k. k. Finanz-Ministeriums", IV. Jahrg., Seite 914 ff., dann VI. Jahrg., Seite 822 ff. und 1028 ff., ferner VII. Jahrg., Seite 1368 ff, sind ebenfalls Daten für Wien abgedruckt, und zwar für 1899 und 1900 mit der Teilung nach Gemeindebezirken; da aber diese Angaben nicht für jede einzelne Einkommensstufe gemacht sind, werden in dieser Tabelle die aus den Materialien der k. k. Finanz-Landesdirektion gewonnenen Ergebnisse veröffentlicht, obgleich sie teilweise, wenn auch unwesentlich, von denen der „Mitteilungen" abweichen.

3. Zahl der in jede Steuerstufe eingereihten personaleinkommensteuerpflichtigen Personen für die Jahre 1898—1900 2c.
(I. Teil, 1. Seite.)

Einkommensstufe	Einkommen in Kronen von mehr als	Einkommen in Kronen bis einschließlich	Steuersatz	In ganz Wien 1898	In ganz Wien 1899	In ganz Wien 1900	Davon 1900 im Gemeindebezirke I	II u. XX	III	IV	V	VI	VII	VIII
				Anzahl der steuerpflichtigen Personen										
—	0	1.200	30 h bis K 6.90	248	240	292	35	16	109	8	4	16	25	10
1	1.200	1.250	„ 7.20	14.184	15.065	15.927	427	2.002	1.379	640	1.213	713	746	537
2	1.250	1.300	„ 8.—	11.921	12.304	13.821	356	2.135	1.111	536	990	538	642	432
3	1.300	1.350	„ 8.80	7.466	7.690	8.587	242	1.018	800	318	651	348	360	262
4	1.350	1.400	„ 9.60	12 550	12.634	12.917	425	2.261	1.095	479	956	547	575	363
5	1.400	1.500	„ 10.80	14.880	15.167	17.069	597	2.467	1.541	652	1.326	746	800	571
6	1.500	1.600	„ 12.—	15.921	15.917	16.453	636	2.571	1.434	655	1.221	767	920	555
7	1 600	1.700	„ 13.60	9.675	9.887	10 596	387	1.447	1.041	450	790	486	610	406
8	1.700	1.800	„ 15.20	10.036	9.856	10.333	365	1.622	1.027	508	689	534	648	393
9	1.800	1.900	„ 16.80	6.943	7.096	7.224	297	888	745	379	475	378	471	281
10	1.900	2.000	„ 18.40	9.677	9.775	10.754	595	1.692	1.024	521	718	512	743	458
11	2.000	2.200	„ 20.—	9.583	9.571	10.232	501	1.434	1.188	622	683	496	622	481
12	2.200	2.400	„ 24.—	10.273	9.896	10.396	667	1.718	1 072	624	664	556	694	486
13	2.400	2.600	„ 28.—	6 357	6.097	6.060	347	803	695	409	360	320	371	311
14	2.600	2.800	„ 32.—	6.438	6.076	5.912	308	860	660	440	307	333	380	295
15	2.800	3 000	„ 36.—	6.377	6.194	6.586	374	1.069	672	432	397	376	456	293
16	3.000	3.200	„ 40.—	4.484	4.398	4.675	299	673	547	356	262	247	289	215
17	3.200	3.400	„ 44.—	3.939	3.842	3.891	261	519	439	289	182	214	293	188
18	3.400	3.600	„ 48.—	3.943	3.952	4.116	275	662	427	278	222	228	287	232
19	3.600	3.800	„ 54.—	2.775	2.841	3.029	245	376	341	263	140	158	195	179
20	3.800	4.000	„ 60.—	3.746	3.406	3.504	302	619	333	273	204	200	218	191
21	4.000	4.400	„ 68.—	4.645	4.655	4.911	399	658	585	397	224	245	365	276
22	4.400	4.800	„ 78.—	3.831	4.048	4.311	351	629	532	367	213	240	326	229
23	4.800	5.200	„ 88.—	3 402	3.225	3.378	301	488	362	308	136	197	239	170
24	5.200	5.600	„ 98.—	2.501	2.486	2.590	266	355	306	238	111	129	184	157
25	5.600	6.000	„ 110.—	3.015	2.725	2.941	329	451	316	238	138	167	234	161
26	6.000	6.600	„ 124.—	2.518	2.622	2.769	345	351	317	242	108	161	210	173
27	6.600	7.200	„ 142.—	2.218	2.244	2.361	309	314	262	236	97	122	184	135
28	7.200	7.800	„ 160.—	1.625	1.575	1.777	249	173	196	173	66	113	152	109
29	7.800	8.400	„ 180.—	1.599	1.617	1.650	258	249	153	159	61	97	137	87
30	8.400	9.200	„ 202.—	1.491	1.451	1.557	247	182	178	120	51	91	152	88
31	9.200	10.000	„ 228 —	1.383	1.340	1.384	269	182	145	132	46	74	86	72

Fortsetzung. (I. Teil, 2. Seite.)

Einkommensstufe	Einkommen in Kronen von mehr als	Einkommen in Kronen bis einschließlich	Steuersatz	In ganz Wien 1898	In ganz Wien 1899	In ganz Wien 1900	Davon 1900 im Gemeindebezirke I	II u. XX	III	IV	V	VI	VII	VIII
				Anzahl der steuerpflichtigen Personen										
32	10.000	11.000	K 258.—	1 144	1.192	1.262	269	143	139	118	43	60	92	66
33	11.000	12.000	„ 292.—	1.227	1.100	1.180	270	126	134	114	36	56	88	58
34	12.000	13.000	„ 326.—	753	814	856	190	81	108	83	21	48	62	44
35	13.000	14.000	„ 362.—	708	667	698	171	73	82	74	13	49	49	34
36	14.000	15 000	„ 398.—	562	580	661	179	54	80	59	11	48	41	29
37	15.000	16.000	„ 434.—	567	549	530	141	53	62	55	10	33	35	29
38	16.000	17.000	„ 470.—	420	407	421	126	38	40	31	11	21	26	24
39	17.000	18.000	„ 506.—	401	380	389	111	35	31	38	10	19	27	14
40	18.000	19.000	„ 544.—	322	326	324	95	31	31	35	9	17	21	16
41	19.000	20.000	„ 582.—	368	353	338	117	28	34	26	11	15	22	13
42	20.000	22.000	„ 638.—	459	482	479	152	42	51	44	12	30	28	17
43	22.000	24.000	„ 714.—	426	404	413	128	34	34	46	12	23	30	18
44	24.000	26.000	„ 790.—	304	324	348	128	35	32	36	7	14	16	13
45	26.000	28.000	„ 866.—	257	260	262	108	21	15	29	5	11	11	9
46	28.000	30.000	„ 942.—	261	258	283	110	22	22	34	4	7	18	18
47	30.000	32.000	„ 1020.—	200	193	167	65	10	9	13	3	5	16	5
48	32.000	34 000	„ 1100.—	160	175	164	67	8	11	16	3	14	7	6
49	34.000	36.000	„ 1180.—	130	123	153	63	13	14	19	2	9	6	—
50	36.000	38.000	„ 1260.—	128	124	134	53	10	6	9	4	5	11	7
51	38.000	40.000	„ 1340.—	127	120	130	45	16	8	12	1	2	8	5
52	40.000	44.000	„ 1460.—	191	172	177	69	9	16	20	—	14	10	2
53	44.000	48.000	„ 1600.—	167	162	156	68	14	8	11	4	5	3	4
54	48.000	52.000	„ 1760.—	130	133	144	76	11	8	11	1	4	10	1
55	52.000	56.000	„ 1920.—	96	110	106	53	4	6	16	1	7	2	1
56	56.000	60.000	„ 2080.—	119	103	105	48	5	10	10	1	7	3	—
57	60.000	64.000	„ 2250.—	74	78	86	37	4	9	12	1	2	7	3
58	64.000	68.000	„ 2424.—	72	71	68	29	7	5	8	1	1	3	1
59	68.000	72.000	„ 2600.—	44	51	56	36	—	1	4	1	2	1	1
60	72.000	76.000	„ 2780.—	69	59	58	29	1	3	3	1	4	—	1
61	76.000	80.000	„ 2964 —	44	52	43	18	7	4	4	—	2	2	1
62	80.000	84.000	„ 3148.—	33	56	53	22	5	3	7	—	2	2	3
63	84.000	88.000	„ 3336.—	34	34	34	14	3	3	5	—	—	5	1

Fortsetzung (I. Teil, 3. Seite).

Einkommensstufe	Einkommen in Kronen von mehr als	Einkommen in Kronen bis einschließlich	Steuersatz	In ganz Wien 1898	In ganz Wien 1899	In ganz Wien 1900	Davon 1900 im Gemeindebezirke I	II u. XX	III	IV	V	VI	VII	VIII
				Anzahl der steuerpflichtigen Personen										
64	88.000	92.000	K 3528.—	39	26	41	14	4	4	6	—	—	2	1
65	92.000	96.000	„ 3720.—	[1] 35	35	32	15	3	5	5	—	1	—	—
66	96.000	100.000	„ 3920.—	[2] 30	[8] 27	29	13	1	6	2	1	1	3	—
67	100.000	104.000	„ 4120.—	[3] 28	34	24	12	2	1	2	—	—	1	1
68	104.000	108.000	„ 4320.—	18	31	26	13	1	3	4	—	1	—	1
69	108.000	112.000	„ 4520.—	13	17	22	10	1	2	1	1	1	1	—
70	112.000	116.000	„ 4720.—	21	12	15	6	2	3	1	—	—	—	1
71	116.000	120.000	„ 4920.—	19	18	18	6	—	2	1	—	—	1	1
72	120.000	124.000	„ 5120.—	14	18	19	10	1	1	—	—	—	1	2
73	124.000	128.000	„ 5320.—	13	13	9	4	—	1	3	—	—	—	—
74	128.000	132.000	„ 5520.—	21	13	15	5	1	4	2	1	1	1	—
75	132.000	136.000	„ 5720.—	7	9	8	5	—	—	—	—	—	—	—
76	136.000	140.000	„ 5920.—	14	11	9	6	1	1	—	—	—	—	—
77	140.000	144.000	„ 6120.—	[4] 13	11	10	7	—	—	1	—	—	1	—
78	144.000	148.000	„ 6320.—	10	23	9	3	2	1	1	—	—	—	—
79	148.000	152.000	„ 6520.—	12	7	13	9	1	—	1	—	—	—	—
80	152.000	156.000	„ 6720.—	5	6	9	7	—	—	—	—	—	1	—
81	156.000	160.000	„ 6920.—	[5] 9	13	10	4	—	1	1	—	1	—	—
82	160.000	164.000	„ 7120.—	4	8	8	4	—	1	—	—	1	1	—
83	164.000	168.000	„ 7320.—	3	5	8	5	—	—	1	—	1	—	—
84	168.000	172.000	„ 7520.—	7	6	10	6	1	—	2	—	—	1	—
85	172.000	176.000	„ 7720.—	7	4	3	2	—	—	—	—	1	—	—
86	176.000	180.000	„ 7920.—	5	3	6	2	—	1	1	—	1	—	—
87	180.000	184.000	„ 8120.—	7	4	3	2	1	—	—	—	—	—	—
88	184.000	188.000	„ 8320.—	4	6	5	2	—	1	1	—	—	—	—
89	188.000	192.000	„ 8520.—	4	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—
90	192.000	196.000	„ 8720.—	3	5	5	2	—	—	2	—	—	—	—
91	196.000	200.000	„ 8920.—	3	[9] 4	4	3	—	—	—	—	—	—	—
92 ff.	200.000	u. darüber	K 9300 und mehr	[6] 137	[10] 134	143	69	5	20	23	3	2	1	1
	—	—	—	[7] 210.146	[12] 210.308	222.795	14.598	31.854	22.109	12.805	13.950	10.897	13.291	9248

Fortsetzung. (II. Teil, 1. Seite.)

Einkommensstufe	Einkommen in Kronen von mehr als	Einkommen in Kronen bis einschließlich	Steuersatz	Davon 1900 im Gemeindebezirke IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX
				Anzahl der steuerpflichtigen Personen										
—	0	1.200	30 h bis K 6.90	26	3	5	4	7	—	—	—	3	19	2
1	1.200	1.250	„ 7.20	671	1.153	359	676	617	1.119	650	1.110	867	724	324
2	1.250	1.300	„ 8.—	852	1.048	280	731	529	774	437	1.006	666	569	189
3	1.300	1.350	„ 8.80	421	842	257	357	383	472	300	545	389	431	191
4	1.350	1.400	„ 9.60	636	868	262	638	513	550	353	1.026	576	596	198
5	1.400	1.500	„ 10.80	932	1.433	449	688	576	777	500	1.087	722	911	294
6	1.500	1.600	„ 12.—	910	1.171	337	622	585	647	511	1.066	670	859	316
7	1.600	1.700	„ 13.60	689	809	231	384	355	411	332	560	417	595	196
8	1.700	1.800	„ 15.20	653	697	191	319	316	318	280	639	426	522	186
9	1.800	1.900	„ 16.80	463	505	124	235	241	273	227	390	305	405	142
10	1.900	2.000	„ 18.40	898	550	143	290	306	287	273	575	415	569	185
11	2.000	2.200	„ 20.—	700	550	133	294	316	267	233	461	360	690	201
12	2.200	2.400	„ 24.—	788	438	113	270	303	235	224	405	338	602	199
13	2.400	2.600	„ 28.—	473	252	70	152	192	127	157	250	219	426	126
14	2.600	2.800	„ 32.—	478	205	51	165	175	107	141	254	212	428	113
15	2.800	3.000	„ 36.—	494	190	58	185	216	157	157	260	197	488	115
16	3.000	3.200	„ 40.—	368	138	52	124	151	84	105	164	167	341	93
17	3.200	3.400	„ 44.—	339	107	32	110	135	66	95	111	138	286	87
18	3.400	3.600	„ 48.—	383	102	27	83	146	72	91	149	134	247	71
19	3.600	3.800	„ 54.—	275	62	18	69	118	55	70	95	95	216	59
20	3.800	4.000	„ 60.—	281	77	19	73	128	63	61	93	88	202	79
21	4.000	4.400	„ 68.—	395	120	24	111	180	82	123	146	133	332	116
22	4.400	4.800	„ 78.—	379	100	19	87	128	58	75	114	104	250	110
23	4.800	5.200	„ 88.—	303	68	11	68	122	72	75	74	93	214	77
24	5.200	5.600	„ 98.—	227	50	12	45	100	39	50	63	60	156	42
25	5.600	6.000	„ 110.—	262	44	13	45	85	46	51	53	66	189	53
26	6.000	6.600	„ 124.—	244	50	16	36	99	45	57	61	55	145	54
27	6.600	7.200	„ 142.—	231	28	15	50	90	26	33	45	32	95	57
28	7.200	7.800	„ 160.—	159	25	17	39	69	26	34	24	30	75	48
29	7.800	8.400	„ 180.—	129	32	3	19	53	21	23	34	28	72	35
30	8.400	9.200	„ 202.—	143	24	10	17	50	20	29	29	26	57	43
31	9.200	10.000	„ 228.—	122	14	8	26	45	19	19	20	19	57	29

Fortsetzung. (II. Teil, 2. Seite.)

Einkommensstufe	Einkommen in Kronen von mehr als	Einkommen in Kronen bis einschließlich	Steuersatz	Davon 1900 im Gemeindebezirke IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX
				Anzahl der steuerpflichtigen Personen										
32	10.000	11.000	K 258.—	107	23	3	15	36	14	13	21	19	50	31
33	11.000	12.000	„ 292.—	116	14	3	9	31	7	14	16	15	41	32
34	12.000	13.000	„ 326.—	75	8	3	11	24	9	10	19	9	28	23
35	13 000	14.000	„ 362.—	61	6	3	4	14	10	5	8	9	14	19
36	14.000	15.000	„ 398.—	56	10	1	6	17	5	5	10	10	16	24
37	15.000	16.000	„ 434.—	38	5	1	2	14	7	9	4	5	10	17
38	16.000	17.000	„ 470.—	39	4	2	5	11	7	6	5	2	9	14
39	17.000	18.000	„ 506.—	38	4	1	5	10	5	7	6	2	11	15
40	18.000	19.000	„ 544.—	25	2	—	9	4	1	1	1	3	12	11
41	19.000	20.000	„ 582.—	24	3	—	7	14	3	2	1	2	4	12
42	20.000	22 000	„ 638.—	43	4	3	3	9	3	3	4	1	9	21
43	22.000	24.000	„ 714.—	41	3	2	1	7	4	2	3	—	5	20
44	24.000	26.000	„ 790.—	28	4	4	3	5	4	1	2	4	6	6
45	26.000	28.000	„ 866.—	20	3	2	—	8	1	2	3	1	3	10
46	28.000	30.000	„ 942.—	19	2	—	3	8	—	3	—	3	3	7
47	30.000	32.000	„ 1020.—	22	4	—	1	2	2	1	2	—	3	4
48	32.000	34.000	„ 1100.—	14	—	1	1	2	—	4	—	2	2	6
49	34.000	36.000	„ 1180.—	14	1	—	—	3	2	—	2	1	1	3
50	36.000	38.000	„ 1260.—	16	1	1	8	1	1	—	—	—	—	1
51	38.000	40.000	„ 1340.—	19	2	—	1	1	—	—	1	1	2	6
52	40.000	44.000	„ 1460.—	11	4	2	—	4	—	1	—	2	2	11
53	44.000	48.000	„ 1600.—	16	2	3	1	2	—	—	1	1	3	10
54	48.000	52.000	„ 1760.—	11	1	—	—	2	—	1	—	2	1	4
55	52.000	56.000	„ 1920.—	9	—	2	—	—	—	—	—	—	1	4
56	56.000	60 000	„ 2080.—	13	1	—	—	2	—	—	—	—	1	4
57	60.000	64.000	„ 2250.—	6	—	—	—	3	—	—	1	—	—	1
58	64 000	68 000	„ 2424.—	6	1	—	—	1	—	1	—	1	—	3
59	68.000	72.000	„ 2600.—	6	—	—	—	1	—	—	—	—	1	2
60	72.000	76.000	„ 2780.—	8	1	—	1	1	2	1	—	—	2	—
61	76.000	80.000	„ 2964.—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	2	1
62	80 000	84 000	„ 3148.—	4	—	—	1	—	—	—	—	—	1	3
63	84.000	88.000	„ 3336.—	1	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—

Fortsetzung und Schluß. (II. Teil, 3. Seite.)

Einkommensstufe	Einkommen in Kronen von mehr als	Einkommen in Kronen bis einschließlich	Steuersatz	Davon 1900 im Gemeindebezirke IX	X	XI	XII	XIII	XIV	XV	XVI	XVII	XVIII	XIX
				Anzahl der steuerpflichtigen Personen										
64	88.000	92.000	K 3528.—	4	1	—	—	2	—	—	—	1	1	1
65	92.000	96.000	„ 3720.—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
66	96.000	100.000	„ 3920.—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—
67	100.000	104.000	„ 4120.—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
68	104.000	108.000	„ 4320.—	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
69	108.000	112.000	„ 4520.—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1	3
70	112.000	116.000	„ 4720.—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
71	116.000	120.000	„ 4920.—	5	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
72	120.000	124.000	„ 5120.—	2	—	—	—	—	—	—	1	—	—	1
73	124.000	128.000	„ 5320.—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
74	128.000	132.000	„ 5520.—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
75	132.000	136.000	„ 5720.—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	1	—
76	136.000	140.000	„ 5920.—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
77	140.000	144.000	„ 6120.—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
78	144.000	148.000	„ 6320.—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
79	148.000	152.000	„ 6520.—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
80	152.000	156.000	„ 6720.—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
81	156.000	160.000	„ 6920.—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
82	160.000	164.000	„ 7120.—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
83	164.000	168.000	„ 7320.—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
84	168.000	172.000	„ 7520.—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
85	172.000	176.000	„ 7720.—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
86	176.000	180.000	„ 7920.—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
87	180.000	184.000	„ 8120.—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
88	184.000	188.000	„ 8320.—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
89	188.000	192.000	„ 8520.—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
90	192.000	196.000	„ 8720.—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
91	196.000	200.000	„ 8920.—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
92 ff.	200.000	u. darüber	K 9300 und mehr	7	2	2	—	—	—	—	2	—	—	6
	—	—	—	15.274	11.873	3.399	7.110	7.571	7.402	5.859	11.023	8.146	12.014	4.372

4. Zahl der personaleinkommensteuerpflichtigen Personen und Gesamtsummen ihrer Steuersätze, dann Gesamtsummen der tatsächlich vorgeschriebenen Personal-Einkommensteuer, endlich Summen der Steuersätze jener steuerpflichtigen Personen, welche ein steuerpflichtiges Einkommen von mehr als 200.000 Kronen haben, für die Jahre 1898—1900 in ganz Wien, für letzteres Jahr auch in den einzelnen Gemeindebezirken.

Die Angaben dieser Tabelle sind den „Mitteilungen des k. k. Finanz-Ministeriums" entnommen. Daraus erklären sich die Verschiedenheiten einzelner Ziffern in dieser und der vorausgehenden Tabelle, deren Angaben — wie bereits erwähnt — den Materialien der k. k. Finanz-Landes-Direktion entnommen sind

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Zahl der personaleinkommensteuerpflichtigen Personen	Gesamtsummen der Steuersätze der personaleinkommensteuerpflichtigen Personen		Gesamtsummen der tatsächlich vorgeschriebenen Personal-Einkommensteuer [1])		Es beträgt daher die Differenz zufolge Anwendung des Art. XVII, dann der §§ 172, Abs. 3, 173, Abs. 1, 174 u. 175 des Gesetzes [2])		Zahl jener steuerpflichtigen Personen, welche mit einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 200.000 K verzeichnet sind [1])	Summen der Steuersätze jener steuerpflichtigen Personen, welche mit einem steuerpflichtigen Einkommen von mehr als 200.000 K verzeichnet sind [1])
		K	h	K	h	K	h		K
1898	210.167	19,053.920	90	18,950.483	52	103.437	38	141	3,760.800
1899	210.331	19,228 348	50	19,128.943	52	99.404	98	138	3,973.400
1900	222.819	19,766.030	30	19,679.053	28	86.977	02	148	4,007.900
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke:									
I (Innere Stadt), 1. Teil [3])	8.759	4,521.715	20	4,517.288	30	4.426	90	66	1,620.300
I „ „ 2. „ [3])	5.863	1,416.399	90	1,415.252	90	1.147	—	8	217.900
II u. XX (Leopoldstadt und Brigittenau) 1. Teil [3])	16.114	740.840	70	737.010	10	3.830	60	2	67.600
II u. XX (Leopoldstadt und Brigittenau) 2. „ [3])	15.740	1,028.205	80	1,023.919	20	4.286	60	3	52.900
III (Landstraße)	22.109	1,941.164	40	1,936.276	30	4.888	10	20	432.500
IV (Wieden)	12.805	2,548.875	80	2,545.845	70	3.030	10	23	1,152.400
V (Margareten)	13.950	543.490	70	540.315	20	3.175	50	3	43.900
VI (Mariahilf)	10.897	795.065	10	787.950	70	7.114	40	2	33.600
VII (Neubau)	13.291	970.094	—	954.783	90	15.310	10	1	19.800
VIII (Josefstadt)	9.248	650.604	40	646.673	24	3.931	16	1	27.800
IX (Alsergrund)	15.274	1,464.517	40	1,459.351	05	5.166	35	7	115.600
X (Favoriten)	11.873	332.164	50	329.503	10	2.661	40	2	21.600
XI (Simmering)	3.399	117.782	40	116.832	20	950	20	2	20.600
XII (Meidling)	7.110	230.805	30	228.016	50	2.788	80	—	—
XIII (Hietzing)	7.571	386.511	—	384.551	36	1.959	64	—	—
XIV (Rudolfsheim)	7.402	196.476	40	193.727	86	2.748	54	—	—
XV (Fünfhaus)	5.859	205.708	80	203.096	80	2.612	—	—	—
XVI (Ottakring)	11.023	318.890	—	312.586	17	6.303	83	2	23.100
XVII (Hernals)	8.146	248.031	90	245.121	30	2.910	60	—	—
XVIII (Währing)	12.014	525.542	30	520.007	50	5.534	80	—	—
XIX (Döbling)	4.372	583.144	30	580.943	90	2.200	40	6	158.300

[1]) Darunter sind auch jene Beträge an Personal-Einkommensteuer enthalten, welche nicht vom städtischen Steueramte einzuheben sind, sondern von Hof- und Staatskassen eingehoben werden. Siehe die untere Tabelle auf Seite 275 und die oberste auf Seite 276. — [2]) Siehe hierüber die Einleitung zur vorhergehenden Tabelle auf Seite 265. — [3]) Der I. Gemeindebezirk besteht aus zwei Gerichtsbezirken, deren jeder einen Schätzungsbezirk für die Personal-Einkommensteuer bildet; dasselbe gilt für das Gebiet des II. und XX. Gemeindebezirkes zusammen.

5. Die Personal-Einkommensteuer, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt, in den Jahren 1898—1900.

Gemeindebezirk	Vorgeschriebene Personal-Einkommensteuer-Beträge		Abgeschriebene Personal-Einkommensteuer-Beträge		Eingezahlte[1]) Personal-Einkommensteuer-Beträge		Rückständige[2]) Personal-Einkommensteuer-Beträge	
	K	h	K	h	K	h	K	h
1898	17,657.727	46	119.432	98	13,776.335	94	4,265.590	38
1899	18,163.413	42	508.195	16	17,192.750	32	4,873.827	80
1900	18,736.504	31	675.477	02	17,000.162	92	5,946.823	48
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	6,565.274	14	125.681	11	6,244.964	73	1,245.762	02
II (Leopoldstadt)[3])	1,558.387	22	94.972	91	1,239.358	50	1,109.217	85
III (Landstraße)	1,648.803	11	51.133	59	1,547.261	62	412.351	74
IV (Wieden)	2,347.830	94	97.490	02	2,171.781	94	477.865	97
V (Margareten)	479.593	64	47.867	39	373.032	60	341.331	22
VI (Mariahilf)	774.183	73	26.738	71	730.633	69	248.812	33
VII (Neubau)	892.104	29	17.042	15	821.501	19	280.270	12
VIII (Josefstadt)	487.580	21	14.755	95	450.446	31	162.591	39
IX (Alsergrund)	1,261.086	99	50.299	01	1,130.851	45	520.262	09
X (Favoriten)	300.854	42	25.478	39	221.911	28	198.437	12
XI (Simmering)	109.100	78	4.300	75	100.802	98	16.955	60
XII (Meidling)	202.578	46	14.330	39	169.166	13	110.361	25
XIII (Hietzing)	306.231	36	7.979	80	246.223	85	145.743	99
XIV (Rudolfsheim)	164.224	14	9.190	48	134.137	20	76.530	31
XV (Fünfhaus)	158.214	54	5.869	14	138.707	60	58.407	64
XVI (Ottakring)	290.384	91	15.983	14	260.730	13	111.214	82
XVII (Hernals)	196.225	68	14.187	25	181.757	41	77.481	83
XVIII (Währing)	342.059	10	25 972	32	298.521	54	134.748	58
XIX (Döbling)	532.024	06	18.981	27	480.791	17	99.974	37
XX (Brigittenau)[4])	119.762	59	7.223	25	57.581	60	118.503	24
Darunter von:								
Selbstzahlern[5])	16,366.172	02	539.952	23	14,816.880	10	5,334.362	03
Dienstgebern[5])	2,370.332	29	135.524	79	2,183.282	82	612.461	45

[1]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 233. — [2]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 231. — [3]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 231, die 3. auf Seite 232 und die 5. auf Seite 233. — [4]) Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 231 und 232 und die 6. auf Seite 233. — [5]) Siehe hierüber auf Seite 229.

h) Besoldungssteuer.

1. Anzahl der in die einzelnen Steuerstufen eingereihten besoldungssteuerpflichtigen Personen und Betrag der Besoldungssteuer in den Jahren 1898—1900.[1])

Jahr	1. Stufe Steuer-Proz. 0.4	2. Stufe Steuer-Proz. 0.8	3. Stufe Steuer-Proz. 1.2	4. Stufe Steuer-Proz. 1.6	5. Stufe Steuer-Proz. 2	6. Stufe Steuer-Proz. 3
	Besoldungssteuerpflichtiges Einkommen von					
	6400 bis ausschließl. 8000 K	8000 bis ausschließl. 9000 K	9000 bis ausschließlich 10.000 K	10.000 bis ausschließlich 12.000 K	12.000 bis ausschließlich 14.000 K	14.000 bis ausschließlich 16.000 K
	Anzahl der besoldungssteuerpflichtigen Personen					
1898	1.784	578	406	644	305	202
1899	1.767	627	418	576	401	189
1900	2.014	689	464	655	441	212

(Fortsetzung.)

Jahr	7. Stufe Steuer-Proz. 4	8. Stufe Steuer-Proz. 5	9. Stufe Steuer-Proz. 6	Gesamtzahl der besoldungssteuerpflichtigen Personen	Summe: der unter Anwendung des Prozentsatzes[1]) entfallenden Besoldungssteuer	Summe: der vorgeschriebenen[2]) Besoldungssteuer	Ausfall infolge Anwendung der Bestimmung des § 233, Abs. 2[3]) des Gesetzes
	Besoldungssteuerpflichtiges Einkommen von						
	16.000 bis ausschließlich 20.000 K	20.000 bis ausschließlich 30.000 K	30.000 K und darüber				
	Anzahl der besoldungssteuerpflichtigen Personen				Kronen		
1898	186	168	99	4372	949.543.84	929.001.10	20.542.74
1899	234	132	73	4417	962.446.96	951.272.58	11.174.38
1900	199	150	73	4897	1,023.770.59	1,012.899.59	10.871.—

[1]) Dieser Nachweisung, die den von der k. k. Finanz-Landes-Direktion freundlichst zur Benützung überlassenen Materialien entnommen ist, liegt das Verzeichnis der Personen zugrunde, welche im Genusse von Dienstbezügen stehen; aus der achten Spalte dieses Verzeichnisses wurden die Bezüge postenweise herausgezogen und von den Summen derselben die Steuerbeträge nach den gesetzlich bestimmten Prozenten berechnet. Es war daher notwendig, die Änderungen, welche durch die Anwendung des Absatzes 2 des § 233 (siehe die 3. Anmerkung) herbeigeführt werden und welche einen Ausfall bedeuten, in der letzten Spalte der Tabelle nachzuweisen. — [2]) In diesem Betrage der vorgeschriebenen staatlichen Besoldungssteuer ist nicht bloß die Steuer enthalten, deren Einhebung der Gemeinde obliegt (siehe die folgende Tabelle), sondern auch die von Hof- und Staatskassen einzuhebende (siehe die untere Tabelle auf Seite 275 und die oberste auf Seite 276). — [3]) § 233, Abs. 2, bestimmt: Die Besoldungssteuer ist mit der Maßgabe zu bemessen, daß von den Bezügen einer höheren Stufe nach Abzug der Steuer niemals weniger erübrigen darf, als von den höchsten Bezügen der nächst niedrigeren Stufe nach Abzug der auf letztere entfallenden Steuer erübrigt.

2. Die Besoldungssteuer, insoweit deren Einhebung der Gemeinde obliegt, im Jahre 1900.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die landesfürstliche Steuer		Landes-Zuschläge		Gemeinde-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h
a) Vorgeschriebene Besoldungssteuerbeträge								
1900	1,071.026	66	742.726	64	178.430	03	149.869	99
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	743.060	97	514.327	31	124.315	30	104.418	36
II (Leopoldstadt) [2]	70.997	09	48.680	67	12.128	51	10.187	91
III (Landstraße)	46.657	58	32.174	44	7.871	25	6.611	89
IV (Wieden)	54.322	34	37.596	72	9 090	05	7.635	57
V (Margareten)	9.128	60	6.252	48	1.563	10	1.313	02
VI (Mariahilf)	14.591	49	9.999	50	2.498	02	2.093	97
VII (Neubau)	30.584	37	20.948	13	5.237	12	4.399	12
VIII (Josefstadt)	18.879	43	13.819	88	2.749	76	2.309	79
IX (Alsergrund)	34.720	47	25.151	68	5.2 0	47	4.368	32
X (Favoriten)	3.570	07	2.445	26	611	32	513	49
XI (Simmering)	2.771	82	1.898	51	474	63	398	68
XII (Meidling)	1.303	62	910	64	213	57	179	41
XIII (Hietzing)	10.841	14	7.463	87	1.835	50	1.541	77
XIV (Rudolfsheim)	1.447	66	991	55	247	89	208	22
XV (Fünfhaus)	841	58	581	72	141	23	118	63
XVI (Ottakring)	5.685	02	3.893	82	973	47	817	73
XVII (Hernals)	1 144	71	789	24	193	20	162	27
XVIII (Währing)	7.323	56	5.188	11	1.160	61	974	84
XIX (Döbling)	13.115	65	9.586	06	1.918	27	1.611	32
XX (Brigittenau) [2]	39	49	27	05	6	76	5	68
und zwar 1900:								
Selbstzahler	87.087	53	64.552	95	12.246	33	10.288	25
Dienstgeber	983.939	13	678.173	69	166.183	70	139.581	74
b) Abgeschriebene Besoldungssteuerbeträge								
1900	77.342	27	54.098	43	12.631	28	10.612	56
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	31.793	33	22.244	88	5.189	39	4.359	06
II (Leopoldstadt) [3]	5.237	63	3.587	45	896	87	753	31
III (Landstraße)	6.288	38	4.307	11	1.076	77	904	50
IV (Wieden)	15.674	57	11.060	16	2.507	86	2.106	55
V (Margareten)	477	88	327	31	81	83	68	74
VI (Mariahilf)	3.313	51	2.270	90	565	77	476	84
VII (Neubau)	567	77	391	36	95	85	80	56
VIII (Josefstadt)	1.007	55	759	82	134	63	113	10
IX (Alsergrund)	4 351	67	3.224	92	612	37	514	38
X (Favoriten)	1.238	28	848	14	212	04	178	10
XI (Simmering)	7	66	5	25	1	31	1	10
XII (Meidling)	191	66	131	26	32	82	27	58
XIII (Hietzing)	1.445	76	990	27	247	56	207	93
XIV (Rudolfsheim)	—	—	—	—	—	—	—	—
XV (Fünfhaus)	30	54	20	92	5	23	4	39
XVI (Ottakring)	361	29	247	46	61	87	51	96
XVII (Hernals)	12	80	8	76	2	20	1	84
XVIII (Währing)	2.597	49	1.779	11	444	78	373	60
XIX (Döbling)	2.744	50	1.893	35	462	13	389	02
XX (Brigittenau) [4]	—	—	—	—	—	—	—	—
und zwar 1900:								
Selbstzahler	16 838	89	12.411	33	2.406	29	2.021	27
Dienstgeber	60.503	38	41.687	10	10.224	99	8.591	29

[1] Siehe die untere Tabelle auf Seite 275 und die oberste auf Seite 276. — [2] Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 231. — [3] Vgl. die 3. Anmerkung auf Seite 232. — [4] Vgl. die 4. Anmerkung auf Seite 232.

(Fortsetzung.)

Jahr, bezw. Gemeindebezirk	Gesamtbetrag		Hievon entfallen auf die landesfürstliche Steuer		Landes-Zuschläge		Gemeinde-Zuschläge	
	K	h	K	h	K	h	K	h
c) Eingezahlte Besoldungssteuerbeträge[1])								
1900	1,026.210	54	656.573	42	165.394	83	204.242	29
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	745.488	14	458.768	87	119.882	26	166.837	01
II (Leopoldstadt)[3])	65.323	46	44.747	10	11.869	15	8.707	21
III (Landstraße	35.600	86	24.023	87	6.076	54	5.500	45
IV (Wieden)	30.887	18	21.907	35	4.842	34	4.137	49
V (Margareten)	6.230	46	4.291	69	1.053	89	884	88
VI (Mariahilf)	10.201	01	6.881	65	1.844	69	1.474	67
VII (Neubau)	24.681	09	17.983	17	3.665	03	3.032	89
VIII (Josefstadt)	25.021	25	18.196	46	3.705	25	3.119	54
IX (Alsergrund)	43.352	—	31.990	61	6.185	95	5.175	44
X (Favoriten)	3.466	29	2.371	—	596	15	499	14
XI (Simmering)	3.291	49	2.264	81	578	15	448	53
XII (Meidling)	1.302	22	901	16	217	02	184	04
XIII (Hietzing)	8.121	87	5.511	23	1.373	74	1.236	90
XIV (Rudolfsheim)	1.227	97	835	61	213	21	179	15
XV (Fünfhaus)	654	12	446	66	111	63	95	83
XVI (Ottakring)	6.215	26	4.273	26	1.043	03	898	97
XVII (Hernals)	939	54	626	06	157	04	156	44
XVIII (Währing)	7.911	40	5.706	12	1.191	60	1.013	68
XIX (Döbling)	6.255	44	4.819	69	781	40	654	35
XX (Brigittenau)[4])	39	49	27	05	6	76	5	68
d) Rückständige Besoldungssteuerbeträge[2])								
1900	445.278	79	321.215	26	67.831	15	56.232	38
u. zw. 1900 im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	289.230	70	212.924	44	41 854	21	34.452	05
II (Leopoldstadt)	28.382	70	19.933	37	4.606	40	3.842	93
III (Landstraße)	12.004	56	8.364	39	1.992	34	1.647	83
IV (Wieden)	35.511	23	24.771	71	5.856	77	4.882	75
V (Margareten)	4.186	59	2.863	45	716	79	606	35
VI (Mariahilf)	6.783	34	4.646	18	1.160	70	976	46
VII (Neubau)	15.499	05	9.678	62	3.171	23	2.649	20
VIII (Josefstadt)	7.377	82	5.212	85	1.173	77	991	20
IX (Alsergrund)	23.721	70	17.118	91	3.532	85	3.069	94
X (Favoriten)	2.417	—	1.651	04	401	89	364	07
XI (Simmering)	102	33	78	70	6	98	16	65
XII (Meidling)	456	16	341	72	61	96	52	48
XIII (Hietzing)	9.750	47	6.772	17	1.634	91	1.343	39
XIV (Rudolfsheim)	513	91	352	63	87	67	73	61
XV (Fünfhaus)	566	30	392	48	94	46	79	36
XVI (Ottakring)	607	76	409	26	120	30	78	20
XVII (Hernals)	475	66	348	44	82	48	44	74
XVIII (Währing)	1.924	81	1.342	12	323	51	259	18
XIX (Döbling)	5.766	70	4.012	78	951	93	801	99
XX (Brigittenau)	—	—	—	—	—	—	—	—

[1]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 233. — [2]) Siehe die 1. Anmerkung auf Seite 234. — [3]) Vgl. die 5. Anmerkung auf Seite 233. — [4]) Vgl. die 6. Anmerkung auf Seite 233.

i) Bei den der Aufsicht der k. k. Finanz-Landesdirektion unterstehenden Kassen eingehobene, ferner an die k. k. Finanz-Landesdirektion überwiesene direkte Personalsteuern.

1. Die bei den der Aufsicht der k. k. Finanz-Landesdirektion unterstehenden Kassen in Wien in den Jahren 1898—1900 eingehobenen direkten Personalsteuern.

Jahr	Personal-Einkommensteuer, eingezahlt von Steuerpflichtigen selbst		Personal-Einkommensteuer, eingezahlt von Hof- u. Staatskassen		Besoldungssteuer von Hof- u. Staatskassen		Rentensteuer von Hof- und Staatskassen		Rentensteuer von nicht ärar. Kassen		Erwerbsteuer von den zur öffentl. Rechnungslegung verpflicht. Untern.		Frühere Einkommensteuer		Zusammen	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
1898	261.264	—	210.840	51	46.849	86	11.287	68	70.611	03	667.665	32	35.953	90	1,304.472	30
1899	326.246	—	266.800	92	69.234	66	5.406	75	89 430	54	907.955	36	6	86	1,665.081	09
1900	253.992	10	270.560	29	70.148	95	27.597	70	108.269	49	1,092.234	70	—	—	1,822.803	23

2. Von den Zentralstellen und anderen Behörden an die k. k. Finanz-Landes-Direktion überwiesene direkte Personalsteuern in den Jahren 1898—1900. [1])

Jahr	Personal-Einkommensteuer		Besoldungssteuer		Rentensteuer		Frühere Einkommensteuer		zusammen	
	von Hof- und Staatskassen									
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
1898	951.357	81	175.813	03	75	62	163.926	09	1,291.172	55
1899	1,073.879	83	222.857	52	827	68	—	—	1,297.565	03
1900	1,159.450	90	250.057	46	668	66	—	—	1,410.177	02

[1]) Die in dieser Tabelle verzeichneten Beträge können nur zum Teil als Steuerleistung Wiens betrachtet werden, weil sie auch solche Steuerpflichtige betreffen, die sich außerhalb Wiens befinden. Jedoch entfällt der größte Teil auf in Wien befindliche Steuerpflichtige.

k) Gemeindeumlagen auf den Mietzins.[1])

Ertrag der Gemeindeumlagen auf den Mietzins[1]) in den Jahren 1896—1900.

Jahr	Ertrag der Gemeindeumlagen auf den Mietzins[1])							
	zusammen[2])		Hievon entfallen auf					
			Zinsheller (für allgemeine Gemeindezwecke)		Schulheller (für Volksschulzwecke)		Einquartierungsheller (für Zwecke der Militär-Einquartierung)	
	K	h	K	h	K	h	K	h
1896	17,911.890	89	9,098.431	08	8,621.792	05	191.667	76
1897	18,554.917	55	9,425.712	40	8,931.336	89	197.868	26
1898	18,637.730	90	9,468.194	50	8,970.665	30	198.871	10
1899	20,097.686	63	10,208.778	40	9,675.252	92	213.655	31
1900	20,441.004	40	10,382.676	78	9,838.947	77	219.379	85

[1]) Die hauptsächlichsten Gemeindeumlagen auf den Mietzins, die Zins- und die Schulheller, sind in den vorausgegangenen Tabellen auf Seite 241 ff. zusammen mit den Gemeindezuschlägen zur Hauszinssteuer ausgewiesen, da die Vorschreibung, Einhebung und Verbuchung dieser drei Steuern eine gemeinsame ist. Wie groß der Ertrag jeder derselben tatsächlich gewesen ist, kann daher ganz genau nicht angegeben, sondern bloß annähernd berechnet werden. Eine Berechnung der vom städtischen Steueramte an die städtische Hauptkasse abgestatteten Beträge macht die städtische Buchhaltung für den Hauptrechnungsabschluß der Gemeinde. Um nun den Ertrag zu berechnen, sind in der vorstehenden Tabelle die von der Buchhaltung als vom städtischen Steueramte an die städtische Hauptkasse „abgestattet" nachgewiesenen Beträge um die bei dem Steueramte am Schlusse des Berichtsjahres zurückbehaltenen Kassenreste vermehrt und um die am Schlusse des Vorjahres zurückbehaltenen Kassenreste vermindert. Dagegen ist das Erträgnis der Einquartierungsheller, wie es in der Tabelle erscheint, das tatsächliche Ergebnis der Einhebung und unterscheidet sich von dem im Hauptrechnungsabschlusse angeführten Betrage bloß dadurch, daß auch hier die Kassenreste beim städtischen Steueramte berücksichtigt sind. — [2]) Die geringen Zunahmen im Ertrage der Jahre 1898 gegen 1897, dann 1900 gegen 1899, ebenso wie die stärkere Erhöhung im Jahre 1899 gegen 1898 ist eine Folge des Gesetzes vom 12. Juli 1896, R.-G.-Bl. Nr. 120. Vgl. hierüber die 1. Anmerkung auf Seite 240.

l) Zur Einhebung der direkten Steuern.

1. Einzahlung von Steuern mittels Steuer-Postanweisungen und Post-Einzahlungsscheine in den Jahren 1896—1900.

Mittels Steuer-Postanweisungen wurden 1896 in 11.191 Fällen 830.636 K Steuerzahlungen geleistet. Die Steuer-Postanweisungen wurden Ende 1896 außer Verkehr gesetzt. Mittels Post-Einzahlungsscheine im Scheck- und Clearingverkehre der Postsparkasse wurden im Jahre 1896 (seit 1. Mai, seit welcher Zeit diese Art der Steuerzahlung eingeführt worden ist) in 4750 Fällen 2,221.524 K, 1897 in 15.357 Fällen 4,827.050 K, 1898 in 32.373 Fällen 8,482.863 K 48 h, 1899 in 51.161 Fällen 11,209.660 K 74 h, 1900 in 51.924 Fällen 13,630.470 K 87 h eingezahlt.

2. Aus Anlaß der Bemessung und Einhebung der direkten Steuern im Jahre 1900 beim städtischen Steueramte eingegangene Strafbeträge, Verzugszinsen und Exekutionsgebühren.

Werden die direkten Steuern samt Staatszuschlägen nicht spätestens 14 Tage nach Ablauf der Einzahlungstermine entrichtet, so tritt die Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen für den Staat ein, insoferne die Steuergebühr für das ganze Jahr 100 K übersteigt. An Verzugszinsen ist für je 100 K und für jeden Tag $1^3/_{10}$ Heller von dem auf den Einhebungstermin nächstfolgenden Tage an bis zur Abstattung der fälligen Schuldigkeit zu entrichten. (Gesetz vom 23. Jänner 1892, R.-G.-Bl. Nr. 26.) Für rückständige Gemeindezuschläge zu den direkten Staatssteuern und für rückständige Mietzinsheller werden auch Verzugszinsen für die Gemeinde, und zwar seit 1. Jänner 1882 $1^1/_2$ Heller, seit 1. Jänner 1895 $1^3/_{10}$ Heller pro 100 K und Tag berechnet. Die Voraussetzung der Zahlungsverpflichtung hinsichtlich der Verzugszinsen für die Gemeinde ist die gleiche, wie hinsichtlich jener für den Staat (Gemeinderatsbeschluß vom 22. November 1881, mit Beziehung auf das Landesgesetz vom 6. Juli 1877, L.-G.-Bl. Nr. 18).

Jahr, bzw. Steuergattung	Strafbeträge [1] (für den Staat)		Verzugszinsen für rückständige: Staatssteuern		Verzugszinsen für rückständige: Gemeindezuschläge und Mietzinsumlagen		Exekutionsgebühren (für die Gemeinde)	
	K	h	K	h	K	h	K	h
1900	10.630	01	271.732	86	67.416	14	230.482	09
u. zw. im Jahre 1900:								
Grundsteuer	—	—	200	22	39	50	1.160	44
Gebäudesteuer vom Zinsertrage steuerbarer Gebäude	3.501	21	28.405	82	34.416	56	28.952	71
Gebäudesteuer vom Zinsertrage steuerfreier Gebäude	46	17	7.934	72	143	16	156	17
Allgemeine Erwerbsteuer	379	65	118.255	71	23.565	88	116.383	80
Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen	—	—	33.020	22	6 342	76	351	10
Rentensteuer	—	—	1.972	55	858	84	2.718	01
Personal-Einkommensteuer	288	—	72.640	94	—	—	77.747	84
Besoldungssteuer	—	—			496	28		
Frühere Erwerbsteuer	3.911	55	6.237	67	1.201	28	2.625	69
Frühere Einkommensteuer	2.503	43	3.065	01	351	88	386	33

Ferner wurden 1900: 8328 K 32 h an Mietzins als Strafe wegen dessen Verheimlichung für den Staat entrichtet. An Ordnungsstrafen nach § 250 des Ges. vom 25. Oktober 1896, R.-G.-Bl. Nr. 220[2]), welche in den Armenfonds fließen, wurden im Jahre 1900: 6131 K 60 h eingezahlt.

[1]) Wegen unrichtiger Angaben oder gänzlicher Unterlassung des Steuerbekenntnisses. — [2]) Die Steuerpflichtigen, Auskunftspersonen und Sachverständigen, sowie die zur Erstattung von Anzeigen verpflichteten Personen, welche ohne genügenden Entschuldigungsgrund den auf Grund dieses Gesetzes von den Steuerbehörden, den Kommissionen oder deren Vorsitzenden an sie gerichteten Aufträgen und Aufforderungen keine Folge leisten, können, sofern diese Außerachtlassungen nicht eine in den §§ 239 bis 249 bezeichnete strafbare Handlung (Steuerhinterziehung, wissentlich unwahre Angaben der Sachverständigen und Auskunftspersonen, Steuerverheimlichung) bilden, von den genannten Organen mit Ordnungsstrafen bis 200 K bestraft werden. Der gleichen Strafe unterliegen die in diesem Gesetze speziell mit Ordnungsstrafen bedrohten Unterlassungen.

3. Taxen und Gebühren, welche im Jahre 1900 vom städtischen Steueramte für den Staat zugleich mit den direkten Steuern eingehoben worden sind.

Die Kommissionsgebühren sind von solchen Gebäudesteuerpflichtigen zu entrichten, für welche das Steuerbekenntnis, das sie zu erstatten unterlassen haben, durch kommissionelle Erhebung festgestellt werden muß. — Eingaben, wodurch der selbständige Betrieb eines freien Gewerbes bei der Behörde angemeldet oder die zum Gewerbsbetriebe erforderliche Konzession der Behörde nachgesucht wird, dann Eingaben um Befugnisse zu Privatagentien sind in Orten mit mehr als 50.000 Einwohnern auf dem ersten Bogen mit einem Stempel von 8 K, auf den folgenden Bogen mit einem Stempel von je 1 K zu versehen (Gesetz vom 9. Juli 1891, R.-G.-Bl. Nr. 97). Für den Fall, als 10% des Jahresbetrages der von dem bezüglichen Gewerbebetriebe entfallenden Erwerbsteuer die für den ersten Bogen der Eingabe zu entrichtende feste Stempelgebühr übersteigen, ist dieser Mehrbetrag zugleich mit der Erwerbsteuer zur unmittelbaren Entrichtung vorzuschreiben und mit der ersten Rate derselben zu erlegen. Dieser Mehrbetrag ist die sogenannte Gewerbe-Anmeldungs-Taxe. (Kaiserliches Patent vom 9. Februar 1850, R.-G.-Bl. Nr. 50, bzw. Gesetz vom 13. Dezember 1862, R.-G.-Bl. Nr. 89, Tarifpost 43 b 1.) — Eingaben um Eintragung der Firma oder Änderung einer bereits eingetragenen Firma oder der Inhaber derselben unterliegen einer Stempelgebühr, und zwar vom ersten Bogen von 20 K, von jedem weiteren Bogen von 1 K. Hat jedoch die eingetragene Unternehmung an einjähriger Erwerbsteuer mit Beziehung auf den Zeitpunkt des Eintragungsgeschäftes mehr als 200 K zu zahlen, so sind weitere 10% von dem Mehrbetrage dieser Steuer unmittelbar zu entrichten. Diese weiteren 10% sind die sogenannten Firma-Protokollierungs-Taxen. (Kaiserliches Patent vom 9. Februar 1850, R.-G.-Bl. Nr. 50, bzw. Gesetz vom 13. Dezember 1862, R.-G.-Bl. Nr. 89, Tarifpost 43 l 1.)

Jahr	Kommissions-Gebühren		Gewerbe-Anmeldungs-Taxen		Firma-Protokollierungs-Taxen	
	K	h	K	h	K	h
1900	144	20	28.631	90	[1])253.927	31

[1]) Die ungewöhnliche Höhe dieses Betrages erklärt sich aus der im Jahre 1900 erfolgten Protokollierung der Bau- und Betriebsgesellschaft für städtische Straßenbahnen.

4. Exekutive Schritte zur Hereinbringung der direkten Steuern samt Zuschlägen und exekutiv eingehobene Steuerbeträge in den Jahren 1896—1900.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Steuerexekutionen [1]									Exekutiv eingehobene Steuerbeträge						
	Zugestellte exekutive Mahnungen	Pfändungen: Gegebene Pfändungsaufträge	Pfändungen: Vollzogene Pfändungen	Pfändungen: Wegen Mangels an Deckung unterbliebene Pfändungen	Vollzogene Transferierungen [2]	Zahl der Parteien, deren Pfandgegenstände veräußert worden sind	Realsteuerrestanten	Gegebene Sequestrationsaufträge	Vollzogene Sequestrationen	Durch das Steuerexekutionspersonal an das städtische Steueramt abgeführte Steuergelder: Zahl der Abfuhrposten	Betrag: K	Betrag: h	Durch Veräußerung von Pfandgegenständen gingen ein: K	h	Durch Sequestrationen gingen ein: K	h
1896	202.482	108.194	27.791	30.788	1116	209	5624	2347	256	80.667	4,394.486	98	16.858	14	76.988	80
1897	205.494	107.028	24.311	28.782	846	281	5917	2454	192	79.895	4,286.556	—	18.692	02	60.356	20
1898 [3]	[4] 369 481	93.080	16.926	21.702	658	93	5286	1385	144	61.257	3,134.552	34	4.555	62	67.533	28
1899	434.753	140.083	18.921	35.376	512	119	6176	1774	276	73.215	3,915.098	—	8.273	58	109.734	40
1900 [5]	309.365	117.242	16.677	34.450	651	90	6446	2557	241	78.872	3,582.045	28	6.501	24	96.963	20
und zwar 1900 im Gemeindebezirke: I (Innere Stadt)	22.282	10.869	1.744	688	188	16	392	63	5	[6] 11.635	1,217.574	48	3.396	35	5.550	40
II (Leopoldstadt)	28.990	7.077	2.879	3.901	27	4	678	168	15	7.632	235.933	23	91	21	8.756	60
III (Landstraße)	13.901	8.208	765	1.330	22	6	628	265	18	4.316	220.593	86	292	01	7.266	20
IV (Wieden)	10.435	7.436	313	577	10	—	125	35	—	4.455	168.435	07	—	—	—	—
V (Margareten)	16.835	2.342	694	2.466	15	1	217	115	14	3.102	94.686	29	29	04	4.390	—
VI (Mariahilf)	18.993	7.838	706	1.264	32	3	191	94	1	5.406	294.976	39	747	12	334	60
VII (Neubau)	23.655	9.201	930	2.205	62	3	220	177	—	5.631	348.685	08	212	75	—	—
VIII (Josefstadt)	9.862	3.196	858	978	9	2	47	43	4	[7] —	64.409	12	218	38	3.463	20
IX (Alsergrund)	8.129	550	720	1.010	23	1	307	68	3	3.106	110.449	42	11	10	16.023	40
X (Favoriten)	18.318	9.235	324	2.933	7	16	504	227	26	7.227	147.137	05	440	—	9.969	20
XI (Simmering)	7.690	1.981	24	329	—	—	256	52	11	1.822	90.225	87	—	—	246	20
XII (Meidling)	10.770	2.592	372	1.665	44	11	353	159	19	3.216	66.491	78	293	10	5.487	20
XIII (Hietzing)	9.438	2.061	156	905	14	—	620	199	28	2.726	52.846	56	—	—	5.418	80
XIV (Rudolfsheim)	15.409	5.411	404	1.671	15	—	190	140	7	3.081	60.057	10	—	—	9.062	80
XV (Fünfhaus)	10.289	3.244	239	509	8	—	115	51	—	3.225	61.406	07	—	—	—	—
XVI (Ottakring)	25.992	11.523	3.045	6.028	147	26	534	260	29	3.720	131.551	61	745	—	8.158	20
XVII (Hernals)	19.812	8.501	710	3.013	11	—	345	112	13	2.726	75.842	01	—	—	1.994	40
XVIII (Währing)	15.004	6.456	908	1.304	9	—	375	143	12	2.427	40.749	54	—	—	3.987	20
XIX (Döbling)	8.760	2.157	168	289	—	1	203	130	33	1.302	43.478	71	25	18	5.720	40
XX (Brigittenau)	14.801	7.364	718	1.385	8	—	146	56	3	2.117	56.516	04	—	—	1.134	40

[1] Mahnungen werden zugestellt, Pfändungsaufträge gegeben und Pfändungen vollzogen nach Ablauf jeder Einzahlungsfrist, also seit Beginn des Jahres 1898 durchwegs 4mal jährlich; bis Ende 1897 war die Erwersteuer 2mal jährlich zu entrichten. Hier ist die Summe der zu allen Zahlungsfristen des bezeichneten Jahres vorgenommenen Exekutionsschritte eingesetzt. Dasselbe ist der Fall bezüglich der Realsteuerrestanten, welche die Summe der in jedem der vier Quartale im Rückstand befindlichen Hauseigentümer bildet; ebenso sind die Sequestrationsaufträge aller vier Quartale hier zusammen gerechnet. — [2] Darunter sind auch solche Transferierungen enthalten, welche nicht wegen Zahlungsunfähigkeit der Parteien, sondern zur Sicherstellung solcher Steuerbeträge vorgenommen werden, gegen deren Vorschreibung Rekurse im Zuge sind. — [3] Die niedrigeren Gesamtzahlen der Pfändungen, Transferierungen und Veräußerungen, dann der Abfuhrposten und des Betrages der durch das Steuerexekutionspersonal an das städtische Steueramt abgeführten Steuergelder im Jahre 1898 gegenüber dem Vorjahre erklären sich daraus, daß die Schwierigkeiten, welche die mit Beginn des Jahres 1898 eingetretene Wirksamkeit des neuen Gesetzes, betreffend die direkten Personalsteuern, im Gefolge hatte, eine Verzögerung in der Bemessung und dementsprechend aus Mangel an Zeit eine Verringerung jener Tätigkeiten herbeiführten. — [4] Die bedeutende Erhöhung erklärt sich aus der Vermehrung der Einzahlungstermine der Erwerbsteuer; Vgl. die 1. Anmerkung. — [5] Infolge des zu geringen Standes des Steuerpersonals, dessen Erhöhung im Zuge war, blieb in diesem Jahre die Steuereintreibung einigermaßen zurück. — [6] Darunter auch die Posten aus dem VIII. Bezirke. — [7] In der für den I. Bezirk angegebenen Zahl enthalten.

2. Verbrauchssteuern.

Der l. f. Verzehrungssteuer sind in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern folgende Gegenstände unterworfen: Wein, Weinmost und Obstmost, Bier, Branntwein, Fleisch von Schlacht- und Stechvieh, Zucker, Mineralöl und Spiritus-Preßhefe. In 9 für die Verzehrungssteuer-Entrichtung als geschlossen erklärten Städten Österreichs, und zwar in Wien, Linz, Graz, Laibach, Triest, Prag, Brünn, Lemberg und Krakau, unterliegen der l. f. Verzehrungssteuer noch einige andere Gegenstände. In Wien sind außer den erwähnten noch Geflügel, Wildbret und Federwild, Fische und Schaltiere mit der l. f. Verzehrungssteuer belegt.

Das Ausmaß der l. f. Verzehrungssteuer ist nicht überall dasselbe; namentlich in den „geschlossenen Städten" ist es bei solchen Gegenständen, welche allgemein der Verzehrungssteuer unterworfen sind, häufig höher als auf dem „offenen Lande". Dies ist insbesondere hinsichtlich Wein, Most, Obstmost, Bier und Fleisch der Fall, wogegen für Branntwein, Zucker, Mineralöl und Spiritus-Preßhefe überall dasselbe Ausmaß gilt.

Branntwein, welcher innerhalb der Zoll-Linie erzeugt wird, unterliegt einer Abgabe, welche nach Verschiedenheit der Brennereien, in welchen die Erzeugung stattfindet, als Produktionsabgabe bei der Erzeugung oder als Konsumabgabe bei dem Übergange des Branntweines aus der amtlichen Kontrolle in den freien Verkehr zu entrichten ist; die Produktionsabgabe beträgt 70 Heller für jeden Hektoliter und jeden Alkoholgrad nach dem vorgeschriebenen hundertteiligen Alkoholometer (Hektolitergrad Alkohol-Liter Alkohol), die Konsumabgabe hat zweierlei Sätze, nämlich 70 h und 90 h für jeden Hektolitergrad (Liter) Alkohol. Welche Alkoholmenge von sämtlichen unter die Konsumabgabe fallenden Brennereien Österreichs in einem Betriebsjahre zum niedrigeren Satze erzeugt werden dürfen, ist durch ein besonderes Gesetz bestimmt; ebenso der Anteil, welcher auf die einzelnen Brennereien dieser Art entfällt. Frei von der Konsumabgabe ist derjenige Branntwein, welcher über die Zoll-Linie ausgeführt oder welcher zu gewerblichen Zwecken (einschließlich der Essigbereitung), zum Kochen, Heizen, Putzen, zur Beleuchtung und zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet wird.[1]) Für den abgabefrei angewiesenen Alkohol ist jedoch eine Kontrollgebühr von 3 h per Liter Alkohol von demjenigen zu entrichten, auf welchen die abgabefreie Anweisung des Alkohols lautet — Kontrollgebühr für die Denaturierung von Branntwein.[2]) (Vgl. das Gesetz vom 20. Juni 1888, R.-G.-Bl. Nr. 95, dann die kaiserl. Verordnung vom 17. Juli 1899, R.-G.-Bl. Nr. 120, und die zu jenen Gesetzen erlassenen Verordnungen.) In der Regel ist zur Zahlung der Produktionsabgabe der Brennerei-Unternehmer, zur Zahlung der Konsumabgabe derjenige verpflichtet, welcher den Branntwein zur freien Verfügung erhält.

Zucker jeder Art, welcher aus Rohstoffen oder aus Rückständen einer früheren Zuckererzeugung erzeugt wird, unterliegt einer Verbrauchsabgabe, und zwar: Rübenzucker und aller Zucker von gleicher Art (Rohrzucker) in jedem Zustande der Reinheit mit alleiniger Ausnahme von zum menschlichen Genusse nicht geeignetem Sirup für 100 Kilogramm netto 38 K, Zucker anderer Art für 100 Kilogramm netto 12 K[3]). Zur Zahlung der Abgabe ist in der Regel der Unternehmer der Zuckererzeugung, bzw. derjenige verpflichtet, für den die Auslagerung unversteuerter Zuckererzeugnisse aus einem Freilager erfolgt. (Gesetz vom 20. Juni 1888, R.-G.-Bl. Nr. 97, dann kaiserl. Verordnung vom 17. Juli 1899, R.-G.-Bl. Nr. 120.) Da in Wien eine Zucker-Erzeugungsstätte nicht besteht, so hat sich der im folgenden ausgewiesene Ertrag anläßlich der Auslagerung aus einem Freilager ergeben.

Mineralöl, welches mittels Raffinierung (Reinigung) dargestellt wird und dessen Dichte bei der Temperatur von 12 Grad Réaumur 870, aber nicht 880 Grade (Tausendstel der Dichte des reinen Wassers) überschreitet, unterliegt einer Verbrauchssteuer von 13 K für je 100 Kilogramm Nettogewicht, welche von dem Unternehmer der Mineralöl-Raffinierung zu entrichten ist. (Gesetz vom 26. Mai 1882, R.-G.-Bl. Nr. 55, und vom 21. Mai 1887, R.-G.-Bl. Nr. 52.) Wenn mit der Branntwein-Erzeugung zugleich die Erzeugung von

Preßhefe (zum Absatze bestimmte Hefe) verbunden wird, so ist von dem Brennerei-Unternehmer von jedem erzeugten, bzw. bei der Erzeugung der Produktionsabgabe unterliegenden Liter Alkohol eine Abgabe im Betrage von 5 h zu entrichten. (Gesetz vom 20. Juni 1888, R.-G.-Bl. Nr. 95.)

Was die übrigen, einer staatlichen Verbrauchssteuer unterliegenden Gegenstände betrifft, von welchen bemerkt wurde, daß das Ausmaß in den „geschlossenen Städten" ein höheres ist, als auf dem „offenen Lande", so bestehen für das „offene Land" Tarife[4]) der Verzehrungssteuer von Wein, Wein- und Obstmost, dann von Schlacht- und Stechvieh und Fleisch (Gesetz vom 18. Mai 1875, R.-G.-Bl. Nr. 84), deren Sätze niedriger sind, als die entsprechenden Sätze jener Tarife, welche für die „geschlossenen Städte" gelten. Die für Wien geltenden Tarifsätze sind in der unten folgenden Tabelle verzeichnet.

Von Bier ist sowohl in diesen Städten, als auch auf dem „offenen Lande" bei der Erzeugung eine allgemeine Verzehrungssteuer zu entrichten, welche von jedem Hektoliter und Saccharometergrade Bierwürze mit 34 h[5]) bemessen ist. Für die „geschlossenen Städte" kommt noch bei der Einfuhr die Linien-Verzehrungssteuer, bei der Erzeugung innerhalb der Linien der Biersteuerzuschlag hinzu. Da es sich hier um eine Besteuerung des örtlichen Verbrauches handelt, so finden bei der Ausfuhr

[1]) Seit 1. September 1899 kommt jedoch bei der Verwendung zur Essigerzeugung die Abgabefreiheit nur dem unter den niedrigeren Satz fallenden Branntwein zu. Bis zu diesem Zeitpunkte war übrigens auch der zu Heilzwecken verwendete Branntwein abgabefrei. — [2]) Bis 1. September 1899 war diese Gebühr bloß für den zu gewerblichen Zwecken abgabefrei angewiesenen Alkohol zu entrichten. — [3]) Bis 1. September 1899 waren diese Steuersätze 26, bzw. 6 K; überdies war der letztere Betrag nur von „Zucker anderer Art" zu entrichten, wenn er sich in festem Zustande befand, für „Zucker anderer Art" in flüssigem Zustande war der Steuersatz 2 K. — [4]) Diese Tarife werden von der k. k. Finanzverwaltung nur dann zur Anwendung gebracht, wenn die Verzehrungssteuer auf dem Wege der Abfindung mit den einzelnen Betriebsunternehmern über angemessene Pauschalbeträge oder durch Verpachtung nicht zu erlangen war. — [5]) Bis 1. September 1899 33·4 h.

aus den „geschlossenen Städten" Rückvergütungen statt. In Wien beträgt die staatliche Linien-Verzehrungssteuer von Bier 2 K per Hektoliter Bier, der staatliche Biersteuerzuschlag 1 K 90 h per Hektoliter Bierwürze; bei der Ausfuhr des im Linien-Verzehrungssteuergebiete erzeugten Bieres wird, wenn die Sendung mindestens einen halben Hektoliter umfaßt, die Rückvergütung dieses Zuschlagsbetrages mit 2 K per Hektoliter Bier geleistet; bei der Ausfuhr von Bier in Flaschen wird ohne Rücksicht auf die Herkunft die Rückvergütung bei Sendungen von einem halben Hektoliter aufwärts gewährt, auch wenn die Sendung aus mehreren Frachtstücken besteht, welche aber von demselben Aufgeber herrühren müssen.

In manchen Gemeinden wird zu der staatlichen Verzehrungssteuer ein Zuschlag für Gemeindezwecke eingehoben. Durch einen solchen Zuschlag darf aber bloß der Verbrauch im Gemeindegebiete und nicht die Produktion und der Handelsverkehr getroffen werden (Gesetz vom 5. März 1862, R.-G.-Bl. Nr. 18). In Wien wird zu der staatlichen Linien-Verzehrungssteuer von Bier bei dessen Einfuhr über die Verzehrungssteuerlinie, dann zum ärarischen Biersteuerzuschlage bei der Biererzeugung im Linien-Verzehrungssteuergebiete ein 100prozentiger Gemeindezuschlag eingehoben und bei der Ausfuhr der gleiche Betrag rückvergütet, welcher vom Staate zurückgegeben wird (Ges. v. 19. Dezember 1891, L.-G.-Bl. Nr. 58); zu der staatlichen Linien-Verzehrungssteuer von den übrigen im Tarife angeführten Gegenständen läßt die Gemeinde einen 30prozentigen Zuschlag einheben.

Die Gemeinden können aber auch auf Grund eines Landesgesetzes Verzehrungssteuern einführen. So besteht in Wien eine kommunale Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, die sogenannte Spritsteuer (zuletzt geregelt mit Ges. v. 19. Dezember 1891, R.-G.-Bl. Nr. 59). Von derartigen Flüssigkeiten, deren Alkoholgehalt mit dem vorgeschriebenen Alkoholometer erhoben werden kann, sind bei der Einfuhr über die Verzehrungssteuerlinie zum Konsum innerhalb dieser Linie, dann bei der Hinwegbringung von einem innerhalb der Verzehrungssteuerlinie gelegenen Freilager oder aus einer innerhalb dieser Linie befindlichen, der Konsumabgabe von Branntwein unterliegenden Branntweinbrennerei zum Konsum innerhalb der Verzehrungssteuerlinie, endlich — wenn es sich um eine der Produktionsabgabe unterliegende Branntweinbrennerei handelt — gleichzeitig mit der Einhebung der Produktionsabgabe als Zuschlag zu derselben 16 h per Hektolitergrad (gleich einem Liter Alkohol) zu entrichten; von gebrannten geistigen Flüssigkeiten hingegen, deren Alkoholgehalt mit dem vorgeschriebenen Alkoholometer nicht erhoben werden kann, bei der Einfuhr über die Verzehrungssteuerlinie per Hektoliter 8 K 80 h. Von der Gemeindeabgabe sind jene gebrannten geistigen Flüssigkeiten befreit, welche die Befreiung von der staatlichen Branntwein-Konsumabgabe genießen. Bei der Ausfuhr über die Verzehrungssteuerlinie in Mengen von einem halben Hektoliter aufwärts wird den zur Erzeugung und zum Handel mit Spirituosen berechtigten Personen für gebrannte geistige Flüssigkeiten, deren Alkoholgehalt mit dem vorgeschriebenen Alkoholometer erhoben werden kann, die geleistete Gemeindeabgabe von 16 h per Hektolitergrad zurückvergütet, für gebrannte geistige Flüssigkeiten, deren Alkoholgehalt mit dem Alkoholometer nicht genau erhoben werden kann, aber eine Rückvergütung von 16 h für jeden Hektoliter und jedes Volumprozent Alkohol nur dann geleistet, wenn diese Flüssigkeiten einen Alkoholgehalt von mindestens 30 Volumprozenten haben.

Die früher geltenden Bestimmungen über die Wiener Linien-Verzehrungssteuer wurden mit dem Gesetze vom 10. Mai 1890, R.-G.-Bl. Nr. 78, welches am 21. Dezember 1891 in Wirksamkeit getreten ist, abgeändert. Das Linien-Verzehrungssteuergebiet fällt seitdem fast ganz mit dem Gemeindegebiete zusammen; bloß der auf dem linken Ufer der regulierten Donau befindliche Teil des Gemeindegebietes, auf welchem Ende 1900 ungefähr 4040 Personen gezählt wurden, liegt außerhalb der Verzehrungssteuerlinie und wird nach den für das „offene Land" geltenden Verzehrungssteuer-Vorschriften behandelt.

Die im Tarife (auf Seite 283 ff.) aufgeführten, bei Beginn der Wirksamkeit des erwähnten Gesetzes in den neu hinzugekommenen Teilen des erweiterten Linien-Verzehrungssteuergebietes vorrätig gewesenen Gegenstände mußten mit wenigen Ausnahmen nachbesteuert werden. Ähnlich waren die Vorräte von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, jedoch innerhalb des ganzen erweiterten Verzehrungssteuergebietes, einer Nachversteuerung zu unterziehen; nur Mengen unter einem Hektoliter blieben hievon befreit.

Die Einhebung der Gemeindezuschläge zu den ärarischen Verbrauchssteuern, dann der kommunalen Spritsteuer wird durch staatliche Organe besorgt; ein Entgelt ist von der Gemeinde für die Einhebung der Spritsteuer nur insoferne zu leisten, als Auslagen erwachsen, welche in dem Kostenaufwande, den die staatliche Linien-Verzehrungssteuer in Wien samt ihren Gemeindezuschlägen, bzw. die staatliche Branntweinbesteuerung in Wien fordert, die Deckung nicht finden.

Zur Erläuterung der folgenden Tabellen ist noch beizufügen: Der innerhalb der Verzehrungssteuerlinie erzeugte Kunst- und Halbwein unterliegt der Verzehrungssteuer nach den für die Weineinfuhr aufgestellten Sätzen (Gesetz vom 30. März 1882, R.-G.-Bl. Nr. 45). Auch Wein und Weinmost, innerhalb der Verzehrungssteuerlinie, erzeugt aus Trauben der innerhalb der Linie gelegenen Weingärten, ist, wofern diese Getränke nicht über die Linie ausgeführt werden, wie bei der Einfuhr zu besteuern; jedoch können mit Personen, welche als Eigentümer oder Pächter einen innerhalb der Linie gelegenen Weingarten bewirtschaften, um aus dessen Trauben Weinmaische, bzw. Weinmost innerhalb der Linie zu bereiten, Abfindungen für die Zeit von einer Weinernte bis zur nächstfolgenden unter bestimmten Bedingungen abgeschlossen werden (Gesetz vom 10. Mai 1890, R.-G.-Bl. Nr. 78, dann Verordnung der k. k. Finanz-Landesdirektion in Wien vom 12. Juli 1891, L.-G.-Bl. Nr. 41).

Über den Anteil der Gemeinde an dem Ertrage der staatlichen Liniensteuer vgl. auf Seite 139.

1. Ertrag sämtlicher Verbrauchssteuern in den Jahren 1896—1900.

Jahr	Linien-Verzehrungssteuer für das Steuerjahr							Nachsteuer	zusammen	Sonstige Verbrauchssteuern		
	Wein, Wein- und Obstmost, Weintrauben [1]	Bier: bei der Einfuhr in das Verzehrungssteuergebiet [2]	Bier: innerhalb der Verzehrungssteuerlinie erzeugt und verbraucht [3]	Gebrannte geistige Flüssigkeiten [4]	Schlacht- und Stechvieh, Fleischwaren [5]	Geflügel, Wildbret, Federwild, Fische 2c. [6]	zusammen			Allgemeine Verzehrungssteuer der außerhalb der Steuerlinie liegenden Gebietsteile der Gemeinde [7]: Wein u. Most	Fleisch	zusammen
	Ertrag in Kronen											
1	2	3	4	5	6	7	2 bis 7	8	2 bis 8	9	10	9 und 10
Ertrag für den Staat												
1896	4,587.942	2,410.776	2,855.646	—	6,956.742	1,189.778	18,000 884	2630	18,003.514	3480	1320	4800
1897	4,576.354	2,518.450	2.886.444	—	7,104.936	1,224.046	18,310.230	82	18,310.312	3480	1320	4800
1898	4,451.892	2,595.642	[8] 2,887.084	—	7,000.112	1,283.264	18,217.994	6	[8] 18,218.000	3480	1320	4800
1899	4,609.038	2,572.023	2,803.713	—	7,170.230	1,335.784	18,490,788	135	18,490.923	3480	1320	4800
1900 [10]	4,779.604	2,615.544	2,652.318	—	7,599.552	1,301.357	18,948 375	—	18,948 375	3480	1320	4800
Ertrag für die Gemeinde [9]												
1896	1,376.382	2,410 776	2,855.646	1,185.772	2,087.022	356.934	10,272.532	788	10,273.320	1044	396	1440
1897	1,372.906	2,518.450	2,886.444	1,208.144	2,131.480	367.214	10,484.638	24	10,484.662	1044	396	1440
1898	1,335.568	2,595.642	[8] 2,887.084	1,227.912	2,100.034	384.978	10,531.218	2	[8] 10,531 220	1044	396	1440
1899	1,382.711	2,572.023	2,803.713	1,218.102	2,151.069	400.725	10,528.343	40	10,528,383	1044	396	1440
1900 [10]	1,433.881	2,615.544	2,652.318	1,182.802	2,279.866	390.407	10,554.818	—	10,554.818	1044	396	1440
Gesamtertrag												
1896	5,964 324	4,821.552	5,711.292	1,185.772	9,043.764	1,546.712	28,273.416	3418	28,276.834	4524	1716	6240
1897	5,949.260	5,036,900	5,772.888	1,208.144	9,236.416	1,591.260	28,794.868	106	28,794.974	4524	1716	6240
1898	5,787.460	5,191.284	[8] 5,774.168	1,227.912	9,100.146	1,668.242	28,749.212	8	[8] 28,749.220	4524	1716	6240
1899	5,991.749	5,144.046	5,607.426	1,218.102	9,321.299	1,736.509	29,019.131	175	29,019.306	4524	1716	6240
1900 [10]	6,213.485	5,231.088	5,304.636	1,182.802	9,879.418	1,691.764	29,503.193	—	29,503.193	4524	1716	6240

[1]) Mit Einschluß des Ertrages der im Wege der Abfindung eingehobenen Verzehrungssteuer a) für Wein und Most, welcher aus Trauben der innerhalb der Verzehrungssteuerlinie gelegenen Weingärten erzeugt wurde (der Ertrag für den Staat war 1896: 13.734 K, 1897: 15.738 K, 1898: 15.956 K, 1899: 13.593 K, 1900: 17.587 K), b) für anderen Wein und Most und für Weintrauben (1896: 68 K, 1897: 142 K, 1898: 164 K, 1899: 200 K), dann des Ertrages der Verzehrungssteuer von dem innerhalb der Linien erzeugten Halbwein (der Ertrag für den Staat war 1896: 5062 K, 1897: 690 K, 1898: — K, 1899: — K, 1900: ? K). — [2]) Mit Einschluß der im Wege der Abfindung eingehobenen Beträge (1896: 146 K, 1897: 386 K, 1898: 444 K, 1899: 541 K, 1900: ? K). — [3]) Nach Abrechnung des rückvergüteten Steuerbetrages für das ausgeführte Bier (1896: 358.604 K, 1897: 417.914 K, 1898: 363.724 K. 1899: 376.110 K, 1900: 396.489 K und nach Einrechnung der im Wege der Abfindung eingehobenen Beträge für die in der Akademie für Brauindustrie zu Studienzwecken hergestellten Gebäude (1899: 1320 K). — [4]) Nach den Haupt-Rechnungsabschlüssen der Gemeinde, Spalte: Abstattung. Die Rückvergütungen sind in Abrechnung gebracht. — [5]) Mit Einschluß der im Wege der Abfindung eingehobenen Beträge (1896: 18 K, 1897: 48 K, 1898: 54 K, 1899: 67 K, 1900: ? K). — [6]) Mit Einschluß der im Wege der Abfindung eingehobenen Beträge (1896: 8 K, 1897: 14 K, 1898: 16 K, 1899: 23 K, 1900: ? K). — [7]) Der Ertrag für den Staat ist von der k. k. Finanz-Bezirksdirektion freundlichst unmittelbar mitgeteilt. Für die Gemeinde wird ein 36%iger Zuschlag erst seit 23. März 1895 eingehoben. — [8]) Außerdem 35.328 K für den Staat, 31.896 K für die Gemeinde, zusammen also 67.224 K aus einem Straffalle. Dem Staat allein floß überdies daraus ein Betrag von 63.044 K an Biersteuer zu. — [9]) Bis auf die Beträge in der 5. Spalte sind alle anderen aus dem Ertrage für den Staat berechnet. — [10]) Vorläufige Angaben; die endgiltigen waren bei Drucklegung dieses Bogens vom k. k. Finanz-Ministerium noch nicht veröffentlicht.

(Fortsetzung.)

Jahr	Sonstige Verbrauchssteuern							Sonstige Einnahmen			Hauptsumme[2])
	Branntwein-Abgabe	Abgabe von der Preßhefe-Erzeugung	Kontrollgebühr für die Denaturierung von Branntwein	Biersteuer von der Bier-Erzeugung	Verbrauchsabgabe von Zucker	Verbrauchssteuer von Mineralöl	zusammen	Verwaltungs-Einnahmen[1])	sonstige	zusammen	
	Ertrag in Kronen										
1	11	12	13	14	15	16	11 bis 16	17	18	17 und 18	2 bis 18
Ertrag für den Staat											
1896	4,590.440	431.928	139.298	5,877.472	535.468	550.762	12,125.368	28.740	—	28.740	30,162.422
1897	4,972.756	425.122	147.398	6,124.860	1,340.900	244.504	13,255.540	29.776	—	29.776	31,600.428
1898	5,150.074	366.498	135.028	6,063.446	1,568.156	239.820	13,523.022	35.114	—	35.114	[4]) 31,780.936
1899	4,958.810	406.770	167.252	5,941.096	1,275.220	449.563	13,198.711	34.209	—	34.209	31,728.643
1900[5])	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Ertrag für die Gemeinde[3])											
1896	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,274.760
1897	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,486.102
1898	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[4]) 10,532.660
1899	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,529.823
1900	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10,556.258
Gesamtertrag											
1896	4,590.440	431.928	139.298	5,877.472	535.468	550.762	12,125.368	28.740	—	28.740	40,437.182
1897	4,972.756	425.122	147.398	6,124.860	1,340.900	244.504	13,255.540	29.776	—	29.776	42,086.530
1898	5,150.074	366.498	135.028	6,063.446	1,568.156	239.820	13,523.022	35.114	—	35.114	[4]) 42,313.596
1899	4,958.810	406.770	167.252	5,941.096	1,275.220	449.563	13,198.711	34.209	—	34.209	42,258.466
1900[5])	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.

[1]) Nebengebühren, Miet- und Pachtzinse, Ersätze aller Art 2c. — [2]) Ohne die „Gefällssicherstellungen", welche im Jahrbuche pro 1896 noch mitgerechnet waren, nunmehr aber auch für das Jahr 1896 in Abschlag gebracht erscheinen. — [3]) Ohne die an die Gemeindekasse eingegangenen Rückstände von Verzehrungssteuer-Zuschlägen ehemaliger Vorortegemeinden im Betrage von 650 K (1896), bzw. 62 K (1897), bzw. 134 K (1900). — [4]) Vgl. die 8. Anmerkung auf der vorhergehenden Seite. — [5]) Diese Angaben waren bei Drucklegung dieses Bogens vom k. k. Finanz-Ministerium noch nicht veröffentlicht.

2. Linien-Verzehrungssteuertarif und Ertrag der Linien-Verzehrungssteuer in den Jahren 1899 und 1900.[1]

Tarifpost des staatl. Tarifes	Gegenstand der Besteuerung	Maßstab der Belegung	Tarifsatz staatlicher K	staatlicher h	kommunaler K	kommunaler h	zusammen K	zusammen h	Ertrag[1] 1899 für den Staat	1899 für die Gemeinde	1899 zusammen	1900 für den Staat	1900 für die Gemeinde	1900 zusammen
									Kronen					
1 a	Wein[2] in Gebünden	1 hl	8	—	2	40	10	40	4,136.208	1,240.863	5,377.071	4,201.598	1,260.479	5,462.077
	in Flaschen	"	16	—	4	80	20	80	85.584	25.675	111.259	88.852	26.656	115.508
b	Weinmost und Weinmaische[2]	"	6	—	1	80	7	80	271.536	81.461	352.997	339.946	101.984	441.930
c	Weintrauben	100 kg	3	—	—	90	3	90	92.231	27.669	119.900	119.225	35.767	154.992
2	Obstmost	1 hl	2	—	—	60	2	60	9.686	2.906	12.592	12.395	3.719	16.114
3	Bier bei der Einfuhr[3]	"	2	—	2	—	4	—	2,571.482	2,571.482	5,142.964	2,615.544	2,615.544	5,231.088
—	Gebrannte geistige Flüssigkeiten, deren Alkoholgehalt mit dem vorgeschriebenen Alkoholometer erhoben werden kann[4]	"	—	—	16	—	16	—	—	[5]1,218.102	[5]1,218.102	—	1,182.802	1,182.802
—	Sonstige gebrannte geistige Flüssigkeiten[4]	"	—	—	8	80	8	80	—			—		
4 a	Rindvieh über 400 kg Lebendgewicht	1 Stück	14	—	4	20	18	20	2,739.618	821.886	3,561.504	2,732.030	819.609	3,551.639
b	Rindvieh bis 400 kg Lebendgewicht	"	7	—	2	10	9	10	416.884	125.065	541.949	445.472	133.642	579.114
c	Rindvieh bis 120 kg Lebendgewicht oder 100 kg geschlachtet (d. i. Kälber, einschließl. der Haut)	"	2	60	—	78	3	38	806.632	241 900	1,048.622	821.764	246.529	1,068.293
5 a	Schafe, Widder, Hammel (Schöpse), Lämmer, Ziegen, Böcke, dann Kitze über 10 kg lebend oder 8 kg geschlachtet	"	1	—	—	30	1	30	103.407	31.022	134.429	93.619	28.086	121.705
b	Kitze bis 10 kg lebend oder 8 kg geschlachtet	"	—	60	—	18	—	78	4.748	1.424	6.172	3.543	1.063	4.606
6 a	Spanferkel bis 10 kg lebend oder 8 kg geschlachtet	"	1	—	—	30	1	30	12.677	3.803	16.480	13.720	4.116	17.836
b	Frischlinge, d. h. Schweine über 10—35 kg lebend oder über 8—25 kg geschlachtet	"	2	—	—	60	2	60	37.598	11.279	48.877	56.740	17.022	73.762
c	Schweine über 35 kg lebend od. 25 kg geschlachtet	"	4	—	1	20	5	20	2,082.868	624.861	2,707.729	2,319.232	695.770	3,015.002
7 a	Frisches Fleisch und andere zum menschlichen Genusse geeignete frische Teile von Rindern der T.-P. 4 a und b, dann von Tieren der T.-P. 5 a und b, Würste und Konservenfleisch	100 kg	5	—	1	50	6	50	287.917	86.375	374.292	297.001	89.100	386.101

[1]) Die Ziffern des Ertrages für den Staat im Jahre 1899 sind dem vom k. k. Finanz-Ministerium veröffentl. Ausweise über die „Ergebnisse der Verzehrungssteuer", die Ziffern des Ertrages für die Gemeinde im Jahre 1900 vorläufigen Mitteil. der k. k. Finanz-Landes-Direktion entnommen; der Ausweis des k. k. Finanz-Ministeriums für 1900 war zur Zeit der Drucklegung dieses Bogens noch nicht veröffentlicht. Der Ertrag für die Gemeinde im Jahre 1899 und für den Staat im Jahre 1900 ist berechnet; eine Ausnahme ist in der 5. Anmerkung verzeichnet. Die im Abfindungswege eingehobenen Beträge (vgl. die Anmerkungen 1, 2, 5 und 6 auf Seite 281) sind hier nicht mitgerechnet. Die versteuerten Mengen siehe im XVI. Abschnitte unter „Lebensmittel-Verbrauch". — [2]) Über den Ertrag an Verzehrungssteuer für jenen Wein und Weinmost, welcher aus Trauben der innerhalb der Verzehrungssteuerlinie gelegenen Weingärten erzeugt und im Wege der Abfindung besteuert wird, dann über den Ertrag der Verzehrungssteuer für Halbwein siehe die 1. Anmerkung auf Seite 281. Diese Erträge sind hier nicht angegeben. — [3]) Über den Ertrag des Biersteuerzuschlages für das innerhalb der Verzehrungssteuerlinie erzeugte und verbrauchte Bier, für welches pro Hektoliter Bierwürze je K 1·90 für den Staat und die Gemeinde zu entrichten ist, siehe auf Seite 281. Dieser Ertrag ist hier nicht angeführt. — [4]) Ohne Unterschied, ob diese Flüssigkeiten über die Linie eingeführt oder hier erzeugt oder verbraucht sind. — [5]) Nach den Angaben des Rechnungsabschlusses der Gemeinde. Die bei der städtischen Hauptkasse tatsächlich eingezahlten Beträge sind hier um die bei ihr ausgezahlten Restitutionen vermindert.

(Fortsetzung.)

Tarifpost des staatl. Tarifes	Gegenstand der Besteuerung	Maßstab der Belegung	Tarifsatz						Ertrag[1]					
			staatlicher		kommunaler		zusammen		1899			1900		
									für den Staat	für die Gemeinde	zusammen	für den Staat	für die Gemeinde	zusammen
			K	h	K	h	K	h	Kronen					
7 b	Frisches Fleisch und andere zum menschlichen Genusse geeignete frische Teile von Kälbern (T.-P. 4c), dann v. Schweinen, mit Ausnahme von Speck und Fett, losgetrennt vom Fleische	100 kg	8	—	2	40	10	40	317.247	95.174	412.421	434.702	130.410	565.112
c	Fleisch, eingesalzen od. gepökelt, dann Rauchfleisch	"	10	—	3	—	13	—	303.588	91.076	394.664	319.914	95.974	415.888
d	Salami, gepökelte oder geselchte Zungen . .	"	12	—	3	60	15	60	56.979	17.094	74.073	59 380	17.814	77.194
8 a	Truthühner, Kapaune, dann Gänse in den Monaten März bis einschließlich Juni . .	1 Stück	—	50	—	15	—	65	97.014	29.104	126.118	101.071	30.321	131.392
b	Gänse von Anfang Juli bis Ende Februar u. Enten	"	—	30	—	9	—	39	433.494	130.048	563.542	447.105	134.132	581 237
c	Hühner und Tauben	"	—	8	—	2.4	—	10.4	326.067	97.820	423.887	315.431	94.629	410.060
9 a	Hirsche	"	7	—	2	10	9	10	23.772	7.132	30.904	22.799	6.840	29.639
b	Wildschweine über 17 kg und Damhirsche . .	"	6	—	1	80	7	80	3.252	975	4.227	3.117	935	4.052
c	Wildschweine (Frischlinge) bis 17 kg, Rehe, Gemsen	"	3	—	—	90	3	90	35.322	10.597	45.919	31.602	9.481	41.083
d	Hasen	"	—	30	—	9	—	39	137.039	41.112	178.151	124.015	37.204	161.219
10 a	Hirschfleisch, ausgehackt	100 kg	8	—	2	40	10	40	2.939	882	3.821	3.293	988	4.281
b	Alles andere ausgehackte Wildbret	"	12	—	3	60	15	60	6.927	2.078	9.005	6.325	1.897	8.222
11 a	Fasanen, Auerhühner, Birkhühner	1 Stück	—	80	—	24	1	04	26.148	7.844	33.992	18.318	5.496	23.814
11 b	Haselhühner, Wildgänse, Trappen, Waldschnepfen, Wildenten mit Ausnahme der Duckenten .	"	—	40	—	12	—	52	4.958	1.487	6.445	4.632	1.390	6.022
c	Rebhühner, Schnee- und Steinhühner, Moos-, auch Heide- und Wiesenschnepfen	"	—	20	—	6	—	26	29.963	8.989	38.952	15.465	4.640	20.105
d	Rohrhühner, Duckenten, Wildtauben	"	—	10	—	3	—	13	153	46	199	135	40	175
e	Krametsvögel, Wachteln und andere genießbare kleine Vögel	"	—	4	—	1.2	—	5.2	450	135	585	855	256	1.111
12 a	Fische und Schaltiere, genießbare, nicht besonders benannte, aus dem Meere, aus Flüssen, Seen und Teichen, frisch, eingesalzen[2]), mariniert oder in Öl eingelegt, Fischrogen, Krebse, Schnecken, Austern, Meerspinnen u. Meerkrebse	100 kg	12	—	3	60	15	60	203.070	60.921	263.991	200.143	60.043	260.186
b	Weißfische, Stockfische, Schellfisch	"	2	—	—	60	2	60	5.193	1.558	6.751	7.051	2.115	9.166
	zusammen[1]) . . .	—	—	—	—	—	—	—	15,672.651	7,719.935	23,392.586	16,276.034	7,896.493	24,172.527

[1]) Siehe die 1. Anmerkung auf der vorhergehenden Seite. — [2]) Eingesalzene Heringe sind jedoch frei von der Liniensteuer.

3. Sonstige Steuern und Gebühren.[1])

1. Die Gemeindeauflage auf den Besitz von Hunden, das Musikimpost-Erträgnis der Gemeinde und die Gemeinde-Zuschläge zu den Gebühren anläßlich der Veränderung des Besitzes von unbeweglichen Sachen in den Jahren 1896—1900.[2])

Steuern	1896		1897		1898		1899		1900	
	K	h	K	h	K	h	K	h	K	h
Hundesteuer[3])	280.968	48	286.821	10	283.750	36	295.163	—	304.147	29
Musikimpost	33.446	88	27.268	66	25.291	15	21.809	68	33.312	89
Zuschlag zu den Gebühren bei wirklichen Besitzveränderungen[4])	564.104	19	544.070	98	635.219	42	715.583	54	844.228	16
Zuschlag zu den Äquivalentgebühren vom Realbesitze juristischer Personen . .	61.429	16	61.800	58	61.736	19	56.398	67	58.539	36

[1]) Es sind hier noch nicht alle Steuern behandelt, auch nicht die Gebühren ꝛc. Die hier nicht behandelten Gemeindesteuern siehe auf Seite 139. Die Militärtaxe siehe im XI. Abschnitte. — [2]) Die Daten sind dem Hauptrechnungsabschlusse der Gemeinde (Rubrik „Abstattung") entnommen; die rückvergüteten Beträge erscheinen von den eingegangenen abgerechnet. — [3]) Die Hundesteuer beträgt in der Regel 8 K für je einen Hund. — [4]) Mit der kais. Verordnung vom 16. August 1899, R.-G.-Bl. Nr. 158, bzw. mit dem an deren Stelle getretenen Gesetze vom 18. Juni 1901, R.-G.-Bl. Nr. 74, wurden die Gebühren bei wirklichen Besitzveränderungen (Immobiliar-Gebühren) geändert, bzw. erhöht.

2. Das Erträgnis der staatlichen Effekten-Umsatz-Steuer im Jahre 1900.[1])

Jahr, bzw. Monat	Unmittelbar entrichtete Steuer: im Arrangement		Unmittelbar entrichtete Steuer: sonstig		Mittelbar entrichtete Steuer (durch aufgeklebte Marken)		Zusammen entrichtete Steuer	
	K	h	K	h	K	h	K	h
1900	541.509	40	239.324	15	349.028	01	1,129.861	56
u. zw. 1900 im Monate: Jänner	46.267	20	21.532	30	37.611	25	105.410	75
Februar	46.601	50	22.002	45	32.157	31	100.761	26
März	48.035	70	23.555	30	29.064	40	100.655	40
April	55 728	20	22.481	40	42.492	92	120.702	52
Mai	49.682	40	26.427	—	42.048	68	118.158	08
Juni	60.203	40	19.308	70	30.319	31	109.831	41
Juli	51.281	10	18.621	60	28.314	82	98.217	52
August	19 390	20	13.455	20	17.568	46	50.413	86
September	37.385	10	14.281	50	18.484	51	70.151	11
Oktober	42.793	80	20.245	10	28.962	97	92.001	87
November	42.068	80	18.262	40	21.480	89	81.812	09
Dezember	42.072	—	19.151	20	20.522	49	81.745	69

[1]) Nach dem Gesetze vom 9. März 1897, R.-G.-Bl. Nr. 195.

3. Das Erträgnis der staatlichen Schanksteuer im Jahre 1900.

Der Ausschank und der Kleinverschleiß[1]) von gebrannten geistigen Flüssigkeiten, sowie der Handel mit solchen, falls letzterer in verschlossenen Gefäßen von nur einem Liter und darunter betrieben wird, sind nach dem Gesetze vom 23. Juni 1881, R.-G.-Bl. Nr. 62, einer besonderen Abgabe[2]) unterworfen. Als Maßstab für deren Bemessung dienen die Größe der Bevölkerung der Ortschaft, in welcher das Geschäft betrieben wird, und die Art des Geschäftes. Nach der Größe der Ortschaft ist die besondere Abgabe in sechs Abstufungen von 10 K (für Ortschaften bis mit 500 Einwohnern) bis 100 K.

[1]) Die Konzession zum Ausschanke berechtigt zur Verabfolgung gebrannter geistiger Flüssigkeiten an Sitz- und Stehgäste oder über die Gasse in unverschlossenen Gefäßen, und zwar in beliebigen, auch den geringsten Mengen. Die Konzession zum Kleinverschleiße berechtigt zum Verkaufe dieser Flüssigkeiten in unverschlossenen Gefäßen, jedoch nur in Mengen von mindestens einem Achtel Liter, mit der Beschränkung, daß dem Kleinverschleißer nicht gestattet ist, die verabreichten Getränke in Räumlichkeiten, über welche ihm das Verfügungsrecht zusteht, genießen zu lassen. Schankberechtigte und Kleinverschleißer sind auch zum gewöhnlichen Handel mit den bezeichneten Flüssigkeiten befugt. — [2]) Neben der allg. Erwerbsteuer.

(Fortsetzung.)

(für Ortschaften mit mehr als 100.000 Einwohnern) halbjährig festgesetzt.[1]) Nach der Art des Geschäftes ist unterschieden, ob der Ausschank, der Kleinverschleiß oder der Handel betrieben wird. Für jede Ausschank-Stätte ist der ganze Satz, für jede Kleinverschleiß-Stätte sind zwei Fünftel, für jede Stätte, wo der Handel das ausschließliche oder das Hauptgeschäft bildet, der vierte Teil, für Handelsgewerbe aber, welche den Handel mit gebrannten geistigen Getränken im obigen Sinne nur nebenbei betreiben, dann aber auch für Gastgewerbe zur Beherbergung von Fremden, zur Verabreichung von Speisen und von Kaffee, endlich für Zuckerbäcker- und Mandolettibäckergewerbe der fünfte Teil des Satzes zu entrichten, wobei noch hinsichtlich der mit dem fünften Teile des Satzes zu besteuernden Gewerbe die Beschränkung besteht, daß das Höchstmaß für die Abgabe den fünften Teil der auf das Gewerbe entfallenden Erwerbsteuer nicht übersteigen darf.

Jahr, bzw. Gemeindebezirk	Zahl der Ausschankstätten: belegt mit dem vollen Ausmaße der besonderen Abgabe	Zahl der Ausschankstätten: als nur nebenbei betrieben mit einem geringeren Ausmaße belegt	Zahl der Ausschankstätten: zusammen	Zahl der Kleinverschleißstätten	Zahl der Handelsstätten: belegt mit dem vollen Ausmaße der besonderen Abgabe	Zahl der Handelsstätten: als nur nebenbei betrieben mit einem geringeren Ausmaße belegt	Zahl der Handelsstätten: zusammen	Zahl der Ausschank, Kleinverschleiß- und Handelsstätten zusammen	Eingegangener Betrag an Schanksteuer in Kronen von Ausschankstätten: belegt mit dem vollen Ausmaße der besonderen Abgabe	Eingegangener Betrag an Schanksteuer in Kronen von Ausschankstätten: als nur nebenbei betrieben mit einem geringeren Ausmaße belegt	Eingegangener Betrag an Schanksteuer in Kronen von Ausschankstätten: zusammen	Eingegangener Betrag an Schanksteuer in Kronen von Kleinverschleißstätten	Eingegangener Betrag an Schanksteuer in Kronen von Handelsstätten: belegt mit dem vollen Ausmaße der besonderen Abgabe	Eingegangener Betrag an Schanksteuer in Kronen von Handelsstätten: als nur nebenbei betrieben mit einem geringeren Ausmaße belegt	Eingegangener Betrag an Schanksteuer in Kronen von Handelsstätten: zusammen	Eingegangener Betrag an Schanksteuer in Kronen von Ausschank, Kleinverschleiß- und Handelsstätten zusammen
1900	982	2.273	3.255	97	349	4.639	4.988	8.340	178.740	30.794	209.534	6 527	13.898	44.628	58.526	274.587
und zwar 1900 im Gemeindebezirke: I	36	284	320	7	6	263	269	596	7.200	6.188	13.388	560	275	4.204	4.479	18.427
II–XX	106	315	421	8	69	450	519	948	21.000	5.451	26.451	640	3.425	5.638	9.063	36.154
III	99	307	406	11	69	676	745	1.162	9.900	1.782	11.682	440	1.725	3.585	5.310	17.432
IV	23	95	118	2	8	155	163	283	4.600	1.180	5.780	160	400	1.736	2.136	8.076
V	33	75	108	5	40	303	343	456	6.600	737	7.337	400	2.000	2.979	4.979	12.716
VI	26	97	123	1	4	159	163	287	5.200	1.371	6.571	80	200	1.641	1.841	8.492
VII	30	99	129	3	1	176	177	309	6.000	1.388	7.288	240	50	2.030	2.080	9.708
VIII	20	57	77	—	1	133	134	211	4.000	1.046	5.046	—	50	1.228	1.278	6.324
IX	37	129	166	—	12	252	264	430	7.600	2.937	10.537	—	675	3.237	3.912	14.449
X	70	110	180	—	86	261	347	527	14.000	1.776	15.776	—	2.750	2.855	5.605	21.381
XI	21	62	83	16	1	98	99	198	4.200	534	4.734	1.280	50	645	695	6.709
XII	70	64	134	4	10	173	183	321	14.000	591	14.591	160	250	1.379	1.629	16.380
XIII	67	161	228	25	7	294	301	554	10.810	1.692	12.502	1.415	275	2.390	2.665	16 582
XIV	66	70	136	3	8	168	176	315	12.900	688	13.588	240	400	1.557	1.957	15.785
XV	43	47	90	1	1	101	102	193	4.300	394	4.694	40	25	434	459	5.193
XVI	85	65	150	6	16	352	368	524	17.000	750	17.750	480	800	2.550	3.350	21.580
XVII	93	54	147	3	2	237	239	389	18.340	827	19.167	240	125	2.679	2.804	22.211
XVIII	33	108	141	1	8	274	282	424	6.370	935	7.305	72	423	1.774	2.197	9 574
XIX	24	74	98	1	—	114	114	213	4.720	527	5.247	80	—	2.087	2.087	7.414

[1]) Nach § 2 des Gesetzes vom 9. Juli 1891, R.-G.-Bl. Nr. 97, bleiben diese Steuersätze in den in Wien einverleibten Ortschaften in den dem Ergebnisse der Volkszählung zu Ende 1890 in diesen Ortschaften (im ganzen) entsprechenden Ausmaße bis Ende 1893 in Geltung. Vom 1. Jänner 1894 ab, ferner nach Ablauf von je weiteren drei Jahren hat sodann immer der nächst höhere Satz zur Vorschreibung zu gelangen, so daß am 1. Jänner 1906 in allen einverleibten Ortschaften der höchste Satz von 100 K zu entrichten sein wird.

4. Der staatliche Spielkartenstempel nach dem Gesetze vom 15. April 1881, R.-G.-Bl. Nr. 43, in den Jahren 1896—1900.

Die im Geltungsgebiete des Gesetzes erzeugten, sowie die in dasselbe eingebrachten Spielkarten — mit Ausnahme derjenigen, welche unter amtlicher Kontrolle in das Ausland ausgeführt werden, — unterliegen der Stempelgebühr. Sie beträgt 30 h für jedes Spiel von 36 oder weniger Blättern, 60 h für jedes Spiel von mehr als 36 Blättern, das Doppelte dieser Gebühren, wenn die Karten lackiert oder waschbar sind. Bei Überführung von Spielkarten aus Ungarn greift eine weitere Besteuerung in Österreich nicht Platz.

Jahr	Zahl der Spielkarten-erzeuger	Zahl der abgestempelten Kartenspiele, und zwar										Hiefür entrichtete Stempelgebühren in Kronen	Ins Ausland ausgeführte, nicht abgestempelte Spiele
		im ganzen	nach der Gattung der Spiele					nach der technischen Ausstattung der Spiele		nach der Herkunft der Spiele			
			Deutsche	Tarock	Whist	Piket	verschiedene sonstige	lackierte oder waschbare	nicht waschbare	im Inlande erzeugte	aus dem Auslande eingeführte		
1896	4	1,415.820	764.960	175.789	114.521	340.633	19.917	162.827	1,252 993	1,414.033	1.787	573.950	43.140
1897	3	1,262.634	646.716	155.349	102.465	336.174	21.930	137.296	1,125.338	1,260.845	1.789	514.136	57.139
1898	3	1,209.780	582.827	144.757	101.533	356.503	24.160	135.885	1,073.895	1,207.400	2.380	494.548	50.834
1899	3	1,223.201	593.856	143.261	90.997	365.303	29.784	129.959	1,093.242	1,220.987	2.214	493.376	63.921
1900	3	1,282.921	636.822	146.894	86.231	375.200	37.774	225.228	1,057.693	1,280.331	2.590	552.990.3	49.617

5. Der Ertrag des staatlichen Zeitungs- und Kalender-Stempels in den Jahren 1896—1899.

Mit dem Gesetze vom 27. Dezember 1899, R.-G.-Bl. Nr. 261, wurde der Zeitungs- und Kalenderstempel vom 1. Jänner 1900 an aufgehoben. Bis dahin galten folgende Bestimmungen: Der Stempelabgabe unterliegen alle Zeitschriften des In- und Auslandes, welche ein- oder mehrmal die Woche erscheinen. Ausgenommen hievon sind die amtlichen Zeitungen, dann diejenigen, welche der Besprechung rein wissenschaftlicher, künstlerischer, technischer oder anderer Fachgegenstände gewidmet sind, vorausgesetzt, daß diese Zeitschriften Unterhaltungslektüre oder andere Ankündigungen, als solche über Gegenstände ihres Faches nicht enthalten. Die Stempelgebühr wird vom Hauptblatte entrichtet und beträgt für die im Inlande und in den Postvereinsstaaten erscheinenden Zeitungen 1 kr., von anderen 2 kr. von jedem Exemplare desselben; erscheint an einem Tage kein Hauptblatt, sondern nur ein Nebenblatt, so ist die Gebühr von diesem zu entrichten. Die Stempelung kann in den Amtsräumen oder mit behördlicher Bewilligung in den Räumen der Unternehmung vorgenommen werden. Der Kalenderstempel beträgt 6 kr. per Stück.

Jahr	Inländische Zeitungen					Ausländische Zeitungen			Kalender	
	Amtsstempelung		Hausstempelung		Gebühr in Gulden	Anzahl zu		Gebühr in Gulden	Anzahl	Gebühr in Gulden
	Zahl der									
	Zeitungs-Unternehmungen	Stempel	Zeitungs-Unternehmungen	Stempel		2 kr.	1 kr.			
1896	112	10,092.270	20	95,806.028	1,058.983	80.026	3,196.410	33.565	1,328.975	79.738
1897	111	8,541.975	19	101,880.770	1,104.227	82.770	3,438.678	36.042	1,408.722	84.523
1898	100	9,134.258	19	103,506.843	1,126.411	87.450	3,848.249	40.231	1,314.595	78.876
1899	118	9,534.522	20	104,906.264	1,144.408	109.842	4,217.813	44.375	1,349.402	80.964

6. Der Verschleiß an Stempelwertzeichen in den Jahren 1896—1900.

Gattung der Stempelwertzeichen	1896	1897	1898	1899	1900
	Gebühr in Kronen				
Stempelmarken	6,385.866	6,254.194	6,713.940	7,001.402	6,807.754
Wechselblankette [1]	537.126	528.174	568.988	591.828	620.341
Eisenbahnfrachtbriefe	164.904	169.446	177.520	[3] 183.980	[3] 187.819
Effektenumsatzsteuer-Marken [2]	167.336	229.012	524.064	637.800	354.343
Promessen	146.996	129.510	110.344	106.042	97.795
zusammen	7,402.228	7,310.336	8,094.856	8,521.052	8,068.052

[1]) Mit Einschluß der kaufmännischen Anweisungen. — [2]) Die Gebühr ist hier ohne Abzug der Verschleißprovision (1½%) an die Verschleißer angegeben, während in der 2. Tabelle auf Seite 285 der Netto-Ertrag eingesetzt erscheint. — [3]) Überdies durch unmittelbare Bestellung bei der k. k. Hof- und Staatsdruckerei 1899: 722.048 K, 1900: 684.212 K.

7. Der unmittelbare Stempelzeichen-Aufdruck und sein Ertrag im Jahre 1900.

Art der mit Stempelzeichen versehenen Papiere	Abdrücke zu 2	4	10	14	24	26	30	38	40	50	64	88
	Hellern											
	Anzahl der geleisteten Abdrücke											
Blankette	3,452.126	16.804	4,533.011	576	972	1.238	3.124	418	4.000	164	473	64
Wertpapiere	—	—	—	4	—	714	8	1	1	804	97	70
zusammen	3,452.126	16.804	4,533.011	580	972	1.952	3.132	419	4.001	968	570	134

Fortsetzung.

Art der mit Stempelzeichen versehenen Papiere	Abdrücke zu 1	2	5	7	10	12	20	25	50	100	Zusammen	Gesamtwert der Abdrücke K	h
	Kronen												
	Anzahl der geleisteten Abdrücke												
Blankette	3.317	569	82	63	72	62	92	57	69	306	8,017.659	570.873	66
Wertpapiere	797	585	230	188	33	29	63	9	2	22	3.657	9.611	06
zusammen	4.114	1.154	312	251	105	91	155	66	71	328	8,021.316	580.484	72

8. Der Ertrag der Wegmaut-Gebühren bei den im Staatsbetriebe stehenden Wiener Linienmautstellen in den Jahren 1896—1900.

Name der Mautstelle	1896 K	h	1897 K	h	1898 K	h	1899 K	h	1900 K	h
Kaiser Franz Josef-Brücke	48.044	—	50.484	—	53.976	—	56.828	72	55.333	36
Kronprinz Rudolf-Brücke	39 210	—	40.464	—	42.188	—	41.728	88	42.682	—
Schwechat	17.053	94	16.085	56	15.628	22	15.380	48	16.050	24
Laxenburgerstraße	5.303	80	5.876	—	6.680	—	7.348	—	7.130	—
Triesterstraße	14.188	—	14.691	50	13.616	—	13.757	68	13.850	—
Linzerstraße	12.936	—	13.214	80	12.502	10	13.166	—	12.140	—
zusammen	136.735	74	140.815	86	144.590	32	148.209	76	147.185	60

B. Regalien.

Das Lottogefälle.

Spielsammlungen, Ziehungen, Spieleinlagen, Spielgewinste und Nettoeinnahmen während der Jahre 1896—1900 in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern im allgemeinen und in Niederösterreich im besonderen. [1])

Jahr	Gebiet	Zahl der Spielsammlungen	Zahl der abgehaltenen Ziehungen	Spieleinlagen		Spielgewinste				Überschuß der Spieleinlagen über die Spielgewinste Kronen
				Zahl	in Kronen	Zahl	in Kronen	auf 100 Kronen Einlagen		
								K	h	
1896	Österreich	3415	217	94,174.210	33,308.928	1,113.723	17,241.384	51	76	16,067.544
	Niederösterreich [1])	855	26[2])	40,317.800	15,404.290	505.373	8,721.174	56	62	6,683.116
1897	Österreich	3397	219	86,174.480	30,310.196	2,243.966	14,717.138	48	56	15,593.058
	Niederösterreich [1])	854	26[2])	40,284.675	13,947.854	1,031.406	6,299.898	45	17	7,647.956
1898	Österreich	3360	216	89,247.650	31,878.160	1,202.191	19,101.650	59	91	12,776.510
	Niederösterreich [1])	851	26[2])	38,305.700	14,626.462	485.646	9,126.482	62	39	5,499.980
1899	Österreich	3340	217[2])	90,374.550	31,644.886	1,148.220	16,639.888	52	58	15,004.998
	Niederösterreich [1])	851	26[2])	39,181.650	14,772.264	465.420	7,980.714	54	02	6,791.550
1900	Österreich	3324	217[2])	84,966.810	30,356.998	1,052.591	15,908.114	52	40	14,448.884
	Niederösterreich [1])	843	26[2])	38,090.150	14,561.275	425.550	7,656.328	52	58	6,904.947

[1]) Vom Fachrechnungsdepartement V des k. k. Finanzministeriums. Die bei Niederösterreich ausgewiesenen Lottospielergebnisse wurden zwar in diesem Kronlande, nicht aber nur bei den in Niederösterreich (Wien) abgehaltenen Lottoziehungen erzielt, indem die in Niederösterreich aufgestellten Kollekturen auch für die in den anderen Kronländern stattfindenden Lottoziehungen Spiele sammeln. Für Wien allein waren die entsprechenden Daten nicht zu erlangen; da aber der Vergleich der für Niederösterreich gegebenen Ziffern mit jenen für die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder zeigt, daß das erwähnte Kronland an dem Erträgnisse des Lottogefälles einen unverhältnismäßig hohen Anteil hat, welcher offenbar zumeist durch Wien bewirkt wird, so bilden auch diese Ziffern einen interessanten Beitrag zur Statistik der Stadt Wien. — [2]) Diese Ziffer gibt bloß die Zahl der in Wien abgehaltenen Ziehungen an; im übrigen Niederösterreich finden Ziehungen nicht statt.